# Die Deutsch-Freisinnige Partei bis zu ihrem Auseinanderbruch (1884-1893)

## Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde

der

Philologisch-historischen Abteilung

der

Hohen Philosophischen Fakultät

der Universität Basel

Vorgelegt von

Adolf Rubinstein, Berlin

---

Berlin 1935

# Die Deutsch-Freisinnige Partei bis zu ihrem Auseinanderbruch (1884-1893)

## Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde

der

Philologisch-historischen Abteilung

der

Hohen Philosophischen Fakultät

der Universität Basel

Vorgelegt von

Adolf Rubinstein, Berlin

---

Berlin 1935

Druck: Max Lichtwitz, Berlin SW 19

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät

auf Antrag der Herren Professoren:

Dr. G. Ritter
Dr. H. Schmalenbach

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Basel, den 22. Juni 1935

Prof. Dr. Felix Stähelin
Dekan

# Inhaltsverzeichnis

**A. Einführung**

Der Liberalismus im Bismarck'schen Reich

Seite

I. Die nationalliberale Aera der siebziger Jahre . . . . . 7

II. Der Kurswechsel von 1879 . . . . . 9

III. Sezession und Fusion der Freisinnigen . . . . . 12

**B. Darlegung**

1. Die soziologische Struktur der Deutschfreisinnigen Partei

I. Die Wähler

Bevölkerungsfragen . . . . . 16

Programm und seine Grundlagen . . . . . 17

Anhänger der Partei . . . . . 21

II. Die Führer

Eugen Richter . . . . . 23

Ludwig Bamberger und Theodor Barth . . . . . 30

Rickert, Schrader, Forckenbeck, Stauffenberg, Virchow, Hänel 34

Aus der Reihe der übrigen Abgeordneten . . . . . 38

Ihre Eingruppierung . . . . . 40

III. Bismarck und die Deutschfreisinnige Partei

Vorbemerkung zur Persönlichkeit . . . . . 41

Der Reichskanzler und die freisinnige Opposition . . . . . 41

Der Freisinn zur Entlassung Bismarcks . . . . . 45

Der Freisinn und Bismarck nach seiner Entlassung . . . . 46

IV. Die Nachbar-Parteien

Die Nationalliberale Partei . . . . . 49

Die Deutsche Volkspartei . . . . . 52

Sozialdemokratie und Sozialistengesetz . . . . . 52

V. Die drei Kaiser

Wilhelm I. . . . . 56

Friedrich III. . . . . 56

Wilhelm II. . . . . 58

VI. Caprivi und die Deutschfreisinnige Partei Seite
Der neue Kanzler . . . . . 61
Möglichkeit der Zusammenarbeit . . . . . 65
Konflikte. . . . . 67

2. Abriß der Parteigeschichte und -politik insbesondere für die Jahre 1890—1893

I. Die Parteiorganisation
Wahlergebnisse . . . . . 71
Der Apparat . . . . . 74
Gegensätze der Personen . . . . . 75
Die Freisinnige Zeitung von Eugen Richter . . . . . 78
Der Schraderkonflikt . . . . . 78

II. Innenpolitik
Verfassungsfragen . . . . . 81
Polenpolitik und Landgemeindeordnung . . . . . 82
Ende des Kulturkampfes . . . . . 83
Das Zedlitz'sche Schulgesetz . . . . . 83
Antisemitismus und die Kommune Berlin . . . . . 85

III. Außenpolitik
Allgemeines . . . . . 86
Kolonialfragen . . . . . 87
Interparlamentarische Konferenz . . . . . 89

IV. Wirtschaftspolitik
Zölle und Verbrauchssteuern . . . . . 89
Die Handelsverträge . . . . . 92
Die Miquel'sche Steuerreform . . . . . 94

V. Sozialpolitik
Die Hirsch-Duncker-Gewerkvereine . . . . . 95
Arbeiterversicherungsgesetzgebung . . . . . 96
Arbeiterschutzgesetzgebung . . . . . 98

VI. Die Heeresvorlagen
Die Septennatsvorlage von 1887 . . . . . 101
Die Vorlage von 1890 . . . . . 102
Die Vorlage von 1892/93 . . . . . 103

C. Schluß
Der Auseinanderbruch der Partei . . . . . 108

# A.

## Der Liberalismus im Bismarck'schen Reich

„Seit der Juli-Revolution begannen die allgemeinen liberalen Tendenzen zu einem umschlossenen liberalen Programm einer bestimmten Klasse, eben des Bürgertums, zu werden."[1]) Die Deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wurde eine große und in ihren Anfängen glänzende Kraftprobe dieses deutschen Bürgertums, ihre Aus- und Nachklänge aber rückten die Erfüllung seiner Wünsche wieder in weite Ferne. Erst zehn Jahre später beginnt es sich in Preußen neu zu sammeln, als unter dem Prinzregenten Wilhelm Fürst Hohenlohe-Sigmaringen Ministerpräsident wird und 1858 Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus ausschreibt. Die Zahl der liberalen Abgeordneten wächst von siebenundfünfzig auf zweihundertzehn, während die der Konservativen gleichzeitig von zweihundertvierzig auf sechzig fällt[2]). Die „neue Aera" wird als liberal angesehen, bis der Verfassungskonflikt um die Heeresvorlage vom Jahre 1862 eine neue Spannung herbeiführt. Als Vertreter der Staatsgewalt tritt dem Abgeordnetenhaus der vom König Wilhelm neu berufene Ministerpräsident Otto von Bismarck entgegen. In diesem ersten Kampf mit dem neuen Mann schafft sich der Liberalismus feste Parteiformen.

### I. Die nationalliberale Aera der siebziger Jahre

Der Verfassungskonflikt „ist am Anfang der Erzeuger der Deutschen Fortschrittspartei (1861) und am Ende der der Nationalliberalen Partei"[3]) (1866). Vierundzwanzig Mitglieder der Fortschrittspartei und des linken Zentrums hatten als Nationalliberale Partei mit der Regierung Frieden geschlossen und die Indemnitätsvorlage nach dem siegreich beendeten deutschen Krieg als Bismarcksches Angebot der Zusammenarbeit an die Volksvertretung angenommen. Das erste Dezennium des neuen Deutschland von der 1867 erfolgten Gründung des Deutschen Bundes über die Kaiserproklamation in Versailles bis zum Jahre 1877 steht so sehr unter

[1]) Oncken: Rudolf von Bennigsen, Bd. 1 S. 20.
[2]) Oskar Stillich: Liberalismus, S. 279.
[3]) Stillich: am selben Ort S. 255.

dem Zeichen dieses Bündnisses, daß man es die „liberale Aera" zu nennen pflegt. Die Verfassung nach der Zerschlagung der alten Bundessatzung von 1815, der innere Reichsbau, die Eingliederung neuer Provinzen, die Sonderregelung für Elsaß-Lothringen, der Kulturkampf und zuletzt die Reichsjustizgesetze — bei allem arbeitet der Kanzler Bismarck mit den durch die günstige Konstellation inzwischen Mehrheit gewordenen Liberalen im Parlament zusammen. An sich ist Bismarck bei dieser Zusammenarbeit weder ausführendes Organ der Parteien, noch stimmen die Parteien hundertprozentig seinen Gesetzesvorlagen zu, jede Frage führt nach mehr oder weniger starkem Für und Wider zu einem Kompromiß. In dieser auch eigentlich dem Sinne der Parlamentsberatungen entsprechenden Arbeitsweise entsteht der Staat. Die Reichsjustizgesetzgebung ist Krönung der Zusammenarbeit, gleichzeitig aber auch Konzession der sie am meisten tragenden Nationalliberalen Partei an die Regierung. Die Partei muß es sich gefallen lassen, daß sie wegen dieser Konzession angegriffen wird und in den Wahlen von 1877 fünfundzwanzig Mandate verliert (Anm.). Dem Führer der geschwächten Nationalliberalen Rudolf von Bennigsen bietet Bismarck den Eintritt in das Ministerium an. Die Verhandlungen ziehen sich längere Zeit hin. Es scheint, als ob die Nationalliberalen im Bunde mit den Freikonservativen jetzt auch tatsächlich nicht nur Partner, sondern Kern der Regierung werden sollen. Man spricht offen von den nationalliberalen Nachfolgern der alter Minister[4]). An der Forderung Bennigsens, daß mit ihm auch seine Parteifreunde Max von Forckenbeck und Franz von Stauffenberg ins Ministerium eintreten sollen, scheitert dieser Versuch. Martin Spahn mißt aus-

---

Anm. Im Nekrolog auf Eduard Lasker von Karl Baumbach (Eduard Lasker: Seine Biographie, letzte öffentliche Reden und Nekrolog) S. 28 heißt es:

„Von dem Zustandekommen der Justizgesetze an datiert jedoch der Niedergang der Nationalliberalen Partei. Allerdings hatte Lasker mit seinen Freunden auf die Realisierung einiger liberaler Forderungen verzichten müssen, um das Zustandekommen der hochwichtigen Gesetze zu ermöglichen, und ebendarum ward die nationalliberale Partei vor den Wahlen von 1877 auf's Lebhafteste bekämpft, und ihre Zahl sank von 150 auf 126 Mitglieder. Jetzt denkt kaum noch jemand daran, es zum Gegenstand eines Vorwurfs zu machen, daß man die große Gesetzgebung nicht an etlichen Fragen von immerhin verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung scheitern ließ. Damals schien einen Moment der Bestand der Partei selbst in Frage gestellt, und damals war es, wo Lasker zu dem Verfasser dieser Zeilen sagte: „Eine Partei ist kein Selbstzweck; mag die nationalliberale Partei dabei zu Grunde gehen, das deutsche Volk hat seine Justizgesetze!"

[4]) Spahn: Bismarck, S. 284.

schließlich den Nationalliberalen daran die Schuld zu. Er betont, daß „Bismarck die ehrliche Absicht hatte, mit ihnen weiter zu verhandeln und sich enger zu verbinden“[5]), während Oskar Klein-Hattingen vom „Portefeuillespiel mit den Nationalliberalen“ spricht. Die im gleichen Jahr aus einem Streit mit dem Marineminister von Stosch entstehende Kanzlerkrise dürfte die Verhandlungsführung mit den Nationalliberalen kaum so beeinflußt haben, wie der Gedanke, daß die im Wahlkampf geduckte stolze Partei zu einer dem Kanzler genehmen Koalitionsbildung mit den Freikonservativen (Deutsche Reichspartei) zu bringen sein würde. Die Partei andererseits war natürlich in einer solchen Situation doppelt mißtrauisch und mußte die Stimmung ihrer Wähler berücksichtigen. Dadurch wird das Verlangen Bennigsens, die beiden anderen Parteiführer in die Neubildung des Ministeriums mit einzubeziehen, verständlich. Im ganzen gesehen ist bis zu diesem Konflikt die Nationalliberale Partei Träger der Reichspolitik, und die ihr nahestehende Fortschrittspartei mehr positiver Kritiker, sie tritt auch schon rein zahlenmäßig hinter der Nationalliberalen Partei zurück. Eine dritte Gruppe, die Liberale Reichspartei, war bereits 1873 in der Nationalliberalen aufgegangen. Im Anschluß an die Reichsjustizgesetze macht die Fortschrittspartei den Nationalliberalen den Vorwurf, sie hätten in ihrem Zusammengehen mit der Regierung die liberalen Grundsätze völlig preisgegeben.

## II. Der Kurswechsel von 1879.

Neue Entscheidungen erwarten den Liberalismus auf anderen Gebieten. Der siegreiche Ausgang des Krieges 1870/71 und die sich daraus ergebende französische Zahlung von fünf Milliarden Mark begünstigt die neue Großmacht Deutschland im Zeitalter stärkster Industrialisierung. Senkung der Frachtkosten durch die sich ausbreitende Dampfschiffahrt, der Produktionskosten durch tägliche Aufstellung neuer Maschinen fällt im neuen Deutschland mit der Einführung einer einheitlichen Währung, eines einheitlichen Steuerwesens, einer Vereinheitlichung der Verkehrstarife, mit einer besonderen Zunahme der Bevölkerung zusammen. Die Konjunktur führt zu einem Überangebot, zu einer Überzahl von Neugründungen, die bereits im Jahre 1873 in den sogenannten Gründerkrachs endeten. Die ersten Arbeitslosen bevölkern die Straßen der Großstädte, die Krise wird durch die Konkurrenz des billiger eingeführten ausländischen Getreides für die Landwirtschaft verstärkt.

[5]) Spahn: Bismarck, S. 292.

Die Mehrheitspartei im deutschen Reichstag vertritt getreu der liberalen Wirtschaftstradition das Prinzip des Freihandels, der Selbsthilfe. Wirtschaft, Handel und Finanzen in der Regierung leitet des Kanzlers „rechter Arm" Rudolf Delbrück. „In wirtschaftlichen Fragen ist er der Rückhalt der Liberalen"[6]). Im April 1876 fällt Delbrück über das Reichseisenbahnprojekt. Wenn Bismarck „als Kanzler zehn Jahre lang in der Wirtschaftspolitik Delbrück schalten und walten ließ, geschah es nicht nur, wie Bismarck später behauptete, weil Delbrück der Fachmann war. Es regte sich in Bismarck vielmehr kein innerer Widerspruch gegen die freihändlerische Richtung seines Mitarbeiters"[7]). Es spricht nichts gegen diese Auffassung, auch nichts dagegen, daß die geschilderte Änderung im Wirtschaftsgefüge des Reiches und die sich daraus ergebenden Forderungen landwirtschaftlicher und industrieller Kreise den Kanzler zu einem wirtschaftlichen Stellungswechsel veranlassen. Der konservative Abgeordnete von Frankenberg glaubt schon im Herbst 1875 nach seinem Besuch Bismarcks in Varzin, „den Zusammenbruch der liberalen Minister- und Parlamentsherrschaft sowie der damals noch herrschenden Wirtschaftspolitik prophezeihen zu können"[8]).

Am 22. November 1875 trägt Bismarck dem Reichstag seine Gedanken über eine Steuerreform, über die Ersetzung des direkten Steuersystems der Bundesstaaten durch das System indirekter Reichssteuern vor. Die indirekte Besteuerung etwa der täglichen Genuß- und Bedarfsartikel widerspricht bereits der Finanzpolitik des Liberalismus. Im Jahre 1876 wird von den Vertretern des Schutzzolles (gegenüber dem Freihandel) der Zentralverband Deutscher Industrieller gegründet, dessen Mitglieder politisch hauptsächlich bei den Freikonservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen stehen. Er ist die Zusammenfassung der deutschen Schwerindustrie. Steuerreform und Zollwünsche gehen ineinander über. Die finanziellen Bedürfnisse des Reiches werden mit den Wünschen der leitenden Kreise von Industrie und Landwirtschaft verbunden. Der Schwerindustrie ist die Konkurrenz mit der englischen Ware ohne Staatshilfe nicht mehr möglich. Die Landwirtschaft sieht sich durch die wachsende Konkurrenz der ausländischen Getreideeinfuhr und die steigende Verteuerung der Arbeitskräfte in der Rentabilität der Betriebe bedroht[9]). Im Herbst 1878 entsteht wahrscheinlich mit Wissen Bismarcks die Freie wirtschaftliche Vereinigung der

[6]) Klein-Hattingen: Deutscher Liberalismus, S. 204.
[7]) Spahn: a. a. O. S. 306.
[8]) Spahn: a. a. O. S. 276.
[9]) Brandenburg: 50 Jahre Nationalliberale Partei, S. 12.

Schutzzollpolitiker aus Abgeordneten der meisten Parteien. Es unterstreicht die angedeutete wirtschaftliche Notsituation des Reiches, daß sich dieser Freien Wirtschaftlichen Vereinigung die Mehrheit der Abgeordneten anschließt. Am 12. Dezember 1878 setzt der Bundesrat auf Antrag des Kanzlers eine Kommission für die Revision der Zolltarife ein, der ein Brief aus Friedrichsruh vom 15. Dezember 1878 — Bismarcks berühmter Weihnachtsbrief — die Marschroute vorschreibt[10]). Gleichzeitig setzt sich der Kanzler mit aller Heftigkeit auch durch zahlreiche Artikel in der von ihm gestützten Norddeutschen Allgemeinen Zeitung für die Änderung der Wirtschaftspolitik ein. Er hat „mit allen Mitteln des Agitators in der Zoll- und Handelsfrage einen bellum omnium contra omnes erregt[11])" und hat in einer Sache, deren Behandlung kühlste Ruhe erforderlich macht, „von vornherein mit solcher Heftigkeit angegriffen, so an die Leidenschaften der Masse apppelliert, daß wir heute durch die wirtschaftlichen Gegensätze zerrissener sind als wir es je waren[12]). Die Wirkung dieser veränderten Haltung wird in einem Brief Miquels an Bennigsen, also einem Gedankenaustausch der beiden führenden Köpfe der Nationalliberalen Partei am 26. Dezember 1878 zum Ausdruck gebracht. „Was sagst Du von dem neuesten Bismarck? Es ist ein Schachzug, der die Landwirte und die Industrie unter einen Hut bringen soll und wohl auch wird. Die Situation ist für uns eine äußerst schwierige und ich bin sehr ungewiß, ob das an sich uneinige liberale Bürgertum ihr gewachsen ist. Wir werden möglicherweise noch einmal für eine Zeitlang in die Situation contra Borries geworfen. Hoffentlich haben wir noch die Kraft, eine gleiche Tätigkeit wie damals zu entwickeln[13])". Daß diese Auffassung Miquels von seinen Parteifreunden nicht einheitlich geteilt wurde, ist schon bei der Erörterung der Gründung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller gesagt. Immerhin ist die Mehrheit der Nationalliberalen der in dem zitierten Brief zum Ausdruck gebrachten Auffassung. Mit ihr sieht der Fortschritt den Bruch und das Ende jeglicher Zusammenarbeit mit der Regierung gekommen. Bennigsen ver-

---

[10]) Ernst Feder: Theodor Barth und der demokratische Gedanke, S. 12.

[11]) Heyderhoff-Wentzke: Deutscher Liberalismus. Aus einem Brief an Heinrich von Sybel (geschrieben am 12. 4. 1879 von W. Beseler, Kurator der Universität Bonn).

[12]) Heyderhoff-Wentzke: S. 377 a.s.O. Ebenfalls aus einem Brief an Heinrich von Sybel (geschrieben am 29. 3. 1881 von Hermann Baumgarten, Professor der Geschichte in Straßburg).

[13]) Heyderhoff-Wentzke: a.s.O. S. 227. Borries war reaktionär Minister des Königs von Hannover, gegen dessen Politik sich Miquel und Bennigsen in Hannover zum ersten Mal verbanden.

sucht noch die Oppositionsstellung des gesamten Liberalismus zu vermeiden. Er ist zunächst entschlossen, einen nach rechts neigenden, liberalen Parteiflügel unter dem alten Namen der Nationalliberalen Partei zusammenzuhalten und an die zur Mehrheit befähigten Fraktionen anzuschließen. Die sich daraus ergebende Trennung der entschiedenen Elemente von der Partei hält er für notwendig und unvermeidlich[14]). Diese Bestrebungen scheitern. In den Entscheidungssitzungen des Reichstages vom 9. bis 12. Juli 1879 sagt sich Bismarck von der Nationalliberalen Partei endgültig los, wie Lasker feststellt, in absichtlich verschärfter Form gegenüber den Versuchen Bennigsens[15]). Danach löst sich am 12. Juli 1879 der rechte Flügel, die sogenannte Schauß-Voelck-Gruppe, von der Nationalliberalen Partei ohne Bennigsen und sogar nach einem persönlichen Angriff Voelcks auf Bennigsen ab. Diese Gruppe, im Parlamentsleben die „Schäußliche Völkerschaft" genannt[16]) besteht aus fünfzehn süddeutschen Schutzzöllnern. Dieses erste Abbröckeln von der Nationalliberalen Partei wird von Verhandlungen Bismarcks mit dem Zentrum begleitet. Der Zolltarif wird mit der Klausel Frankensteins, eines Zentrumführers, angenommen. Die Klausel besagt, daß die über 130 Millionen Mark hinausgehenden Zolleingänge den Einzelstaaten zu überweisen sind. Sie ist also partikularistisch und widerspricht der schon angedeuteten Tendenz nach Stärkung der Reichsfinanzen. Das Friedensangebot Bismarcks an das Zentrum ist also offensichtlich und geht über den gleichzeitigen Abbruch des Kulturkampfes hinaus. Das Zentrum löst die Nationalliberale Partei im Reichstag ab, da anders keine Regierungsmehrheit herzustellen ist. Der letzte liberale Minister, Falk, wird 1879 durch von Puttkamer ersetzt[17]). Falk ist freikonservativ und kommt von den Altliberalen her, während Puttkamers Name den Antiliberalismus geradezu verkörpert.

### III. Sezession und Fusion der Freisinnigen.

Am 17. Mai 1879 wird auf einem in Berlin zusammentretenden allgemeinen deutschen Städtetag, der unter Leitung des Berliner Oberbürgermeisters von Forckenbeck steht, gegen die Tags zuvor vom Reichstag in zweiter Lesung angenommene Zolltarif-

[14]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. S. 247. Aus einem Brief Eduard Laskers an Franz von Stauffenberg vom 21. 6. 1879.

[15]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. S. 252. Brief Laskers an Miquel vom 16. 7. 1879.

[16]) Stillich: a. a. O. S. 300.

[17]) Spahn: a. a. O. S. 292.

gesetzgebung scharf protestiert (Festbankett im Zoo)[18]). Am 20. Mai legt Forckenbeck als Präsident, am 23. Mai Stauffenberg als Vizepräsident des Reichstages das Amt nieder. Einen Tag später tritt der Konservative von Seydewitz an Forckenbecks und der Zentrumsmann Frankenstein an Stauffenbergs Stelle. Zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Reichs wird das Präsidium des Reichstages von Nichtliberalen besetzt. Im liberalen Lager selbst werden gleichzeitig die Wünsche nach einer Trennung von der Nationalliberalen Partei und nach einer festeren Oppositionsbildung immer stärker erhoben. „Ist nun die Nationalliberale Partei mit ihrer jetzigen Politik, mit ihrem jetzigen Programm und in ihrer jetzigen Zusammensetzung ein geeignetes Instrument, um solchen Gefahren entgegenzutreten? Werden wir nicht von Etappe zu Etappe tiefer in den Sumpf geführt. Wird nicht reine Opposition zur Pflicht?" „Die Trennung der Partei halte ich nach wie vor für unvermeidlich, ob heute, ob in Wochen, ob am Schlusse des Reichstages, ist Frage der Taktik[19])."

Bereits Silvester 1879 hatten sich Rickert, Benda, Bamberger, Lasker und Forckenbeck, alles nationalliberale Abgeordnete, zu einer Besprechung dieser Frage zusammengefunden und den Beschluß gefaßt, für eine Absonderung Unterschriften zu sammeln. Am 15. März 1880 verläßt Eduard Lasker, der noch ein halbes Jahr vorher in einem Brief (1. August 1879)[20]) Miquel aufgefordert hatte, bei Bennigsen im Sinne einer Festigung und neuen Stellungnahme der Nationalliberalen zur Regierung zu wirken, als erster die Partei. In einem Aufruf an seine Wähler begründet er diesen Schritt mit der Änderung der Politik des Reichskanzlers und erhält Sympathiekundgebungen, u. a. auch von der Freifrau von Stauffenberg für ihren kranken Mann. Der Umstand, daß Lasker vor seinem Austritt sich nicht mit seinem Wahlkreis ins Benehmen gesetzt hat, führt zu einer kurzen Spannung mit dessen Vertrauensmännern, ändert aber die Gesamtwirkung dieses Schrittes in keiner Weise. Der Entscheidung des Einzelnen folgt dann in gewisser Bestätigung dafür, daß nur rein persönliches Zögern bei den übrigen unzufriedenen Nationalliberalen Abgeordneten vorlag, am 20. August 1880 die vertrauliche Mitteilung des Entschlusses einer großen Anzahl Abgeordneter zum Austritt aus der Partei durch ein Rundschreiben Heinrich Rickerts. Rickert betont, daß er

---

[18]) Philippson: Forckenbeck, S. 318.

[19]) Heyderhoff-Wentzke a. a. O. S. 230, 261, Zitat 1 aus einem Brief Forckenbecks an Stauffenberg vom 19. 1. 1879. Zitat 2 aus einem Brief Forckenbecks an Lasker vom 9. 6. 1879.

[20]) Heyderhoff-Wentzke a. a. O. S. 261.

Herrn von Bennigsen in „vertraulicher Weise von dem Entschluß Mitteilung gemacht" hat[21]). Die neunzehn Empfänger dieses Rundschreibens geben am 1. September 1880 ihren Austritt aus der Nationalliberalen Partei öffentlich bekannt und gleichzeitig die Gründung der „Liberalen Vereinigung" oder auch, wie die Gruppe nach der eigentlichen Bedeutung ihres Schrittes genannt wird, der „Sezession"[22]). Unter den Sezessionisten befinden sich Bamberger, Baumbach, Bunsen, Forckenbeck, Rickert, Stauffenberg, zu ihnen tritt selbstverständlich auch Eduard Lasker. Absicht der Sezession ist Anfang einer großen Umgrupppierung im liberalen Lager, einer großen Neubildung des liberalen Bürgertums zu sein. Die mindestens ideelle Verbindung mit den jetzigen linken Vertretern der übrig gebliebenen Nationalliberalen Partei und auch die ideelle und tatsächliche Fühlungnahme mit der benachbarten Fortschrittspartei ergibt sich von selbst. Der Führer der Fortschrittspartei Eugen Richter nimmt in einem Schreiben an Lasker zur Sezession in folgender Weise Stellung:

„Nachdem das Programm der ausgeschiedenen Mitglieder in einer Reihe wichtiger Punkte die auch von der Fortschrittspartei vertretenen Forderungen ausdrücklich anerkannt hat, darf die Fortschrittspartei die Hoffnung hegen, daß in den Parlamenten in dieser Beziehung eine gemeinsame Tätigkeit geübt werden wird[23])". Die Sezessionisten wiederum erinnern sich an die zwanzig Jahre zurückliegende Parteieinheit, die sich sogar vereinzelt noch in einheitliche Wahlvereine hinübergerettet hat. Es wird festgestellt, daß beide Parteigruppen letzten Endes eines Ursprungs sind. Die Projekte, die Sezession Kern einer neuen, großen Partei werden zu lassen, reißen nicht ab. Man denkt zunächst an die Erfassung des rechten Flügels der Fortschrittspartei und des linken Flügels der nationalliberalen Rumpfpartei. Besprechungen insbesondere mit den Fortschrittlern Hänel und Löwe werden immer wieder geführt. Lasker wendet sich auch erneut an einen nationalliberalen Führer. (Anm.) Forckenbeck als einziger scheint zu zögern. Der Wahlerfolg der Fortschrittspartei im Jahre 1881 (von sechsundzwanzig auf neunundfünfzig Mandate) zeigt, daß zahlreiche frühere nationalliberale Wähler zu der alten liberalen Partei von 1861 zurückkehren. Die aus der Wahl mit siebenundvierzig Abgeord-

---

[21]) Heyderhoff-Wentzke a. a. O. S. 349.

[22]) Bamberger rechtfertigt diesen Schritt in seiner Schrift „Die Sezession", geschrieben im Spätsommer 1880.

[23]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. S. 360.

Anm. Heyderhoff-Wentzke a. a. O. S. 386. Es ist nicht klar ersichtlich, ob Laskers Brief an Bennigsen oder Miquel gerichtet ist.

neten hervorgehende Sezession kann dadurch nur in ihrem Wunsch nach einem Zusammenschluß bestärkt werden. Die Nationalliberale Partei selbst war auf fünfundvierzig Mandate herabgesunken.

Wiederum ist Eduard Lasker, diesmal der Tote, Schrittmacher der neuen Parteibildung. Am 5. Januar 1884 war er auf einer Amerikareise in New York verstorben. Eine Beileidskundgebung des amerikanischen Repräsentantenhauses an den Deutschen Reichstag wird von Bismarck in einer Art abgelehnt, die bei allen Liberalen stärksten Widerspruch auslöst. Darüber hinaus hat der Kanzler jede offizielle Beteiligung an der Gedächtnisfeier für Eduard Lasker verboten[24]). Lasker gehörte mit dem bis dahin noch zögernden Forckenbeck zu einer parlamentarischen Generation[25]). Die Fühlungnahme der Sezessionisten mit den Fortschrittlern wird zu richtigen Verhandlungen, die am 24. Februar im Kreise der Eingeweihten und am 5. März 1884 in der Öffentlichkeit das Ergebnis der Bildung der Deutsch-freisinnigen Partei bringen. „Der Totaleindruck nach außen stellt sich sehr gut. Es ist uns entschieden wohler, als wenn die Sache gescheitert wäre[26]".“ Während die bis dahin führende Nationalliberale Partei zahlenmäßig auf ein Minimum herabgesunken ist und politisch und wirtschaftlich einen neuen Weg sucht, ist in Gegnerschaft zu Bismarck im deutschen Liberalismus über Spaltungen eine neue große Partei entstanden.

---

[24]) Ernst Feder: Bismarcks großes Spiel. H. v. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier.

[25]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. S. 295. Forckenbeck an Lasker am 6. 2. 1880. Er sei von Benda aufgefordert, die Einigkeit der N.L. durch Unterschrift zu bestätigen. „Eine derartige Aufforderung würde ich nicht unterschreiben, es sei denn, daß auch Sie unterschrieben.“

[26]) Feder: s. oben S. 289.

## B.

# Die Deutsch-Freisinnige Partei bis zu ihrem Auseinanderbruch (1884–1893)

## 1. Die soziologische Struktur der deutschfreisinnigen Partei.

### I. Die Wähler.

Bevölkerungsfragen[27]).

Am 1. Dezember 1880 hat das Deutsche Reich 45 234 061 Einwohner, das bedeutet gegenüber dem Ergebnis der Volkszählung vom Jahre 1875 eine Zunahme von 270 000. Am 1. Dezember 1885[28]) ergibt die Zählung 45 855 704, das bedeutet die geringere Zunahme von nur 160 000. Dieser Stillstand mit nur 0,70% absoluter Zunahme nimmt die niedrigste Stufe in der Bevölkerungsstatistik des Reiches in dieser Zeit ein. Von 1885—1890 steigert sich die absolute Zahl wieder auf 1,07%. Im Jahre 1890 ergibt die Volkszählung 49 428 470 Einwohner. Die Jahre 1880—1885 weisen außerdem Höchstzahlen der Auswanderung auf. Insgesamt sind jährlich 100—200 000 Menschen (durchschnittlich 195 000) in der Hauptsache nach Amerika gegangen. Da in diesen Jahren Deutschland von außen- und innenpolitischen Verwicklungen verschont war, können nur wirtschaftliche Gründe zur Auswanderung in diesem Umfang geführt haben.

Die übliche Aufteilung in sechs Berufsgruppen ergibt für das Jahr 1882:

| | |
|---|---|
| Landwirtschaft | 42,51% |
| Industrie | 35,51% |
| Handel und Verkehr | 10,02% |
| wechselnde Lohnarbeit | 2,07% |
| Militär, Hof, Kirche, freie Berufe | 4,92% |
| Berufslose | 4,97% |

[27]) Die Zahlen sind entnommen: Wenck: Handbuch für liberale Politik; Peitz: Die Parteien im deutschen Reichstag; Specht und Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867—1903; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgänge 1844, 89, 90 und 1892.

[28]) Nach 1871 finden im Deutschen Reich alle fünf Jahre jeweils am 1. Dezember Volkszählungen statt.

Dieser Berufsgliederung der Reichsbevölkerung entspricht die Verteilung von 9,5% auf Großstädte, 34,2% auf Klein- und Mittelstädte und 56,3% auf das flache Land. Bei starkem Übergang zum Industriestaat besteht in dem Deutschland der achtziger Jahre also noch das Übergewicht des flachen Landes, der kleinen Stadt und auch noch der Vorrang der Landwirtschaft. Beides ist 1895 bereits überholt. Die Bevölkerung der Großstädte hat sich in diesem Jahre verdoppelt. 71,2% der Landwirtschaft besteht entsprechend den deutschen Bodenverhältnissen aus bäuerlichen Gütern. Bei den vor der Fusion stattfindenden Wahlen am 27. Oktober 1881 haben 56,3% der Wahlberechtigten abgestimmt. Bis zum Jahre 1893 steigt diese Beteiligung auf 72,2%.

Aus allem ergeben sich für die Arbeit einer Mittelpartei, wie sie die Deutsch-Freisinnige Partei ihrer Entstehung nach zweifellos ist, folgende Gesichtspunkte:

Die Wirtschaftspolitik der Regierung befindet sich in einem Krisenstadium. Die allgemein zur Mittelpartei zu rechnenden Wählerschichten sind noch stark, werden aber ständig durch die Ausdehnung der Industrie verringert. Dieser Abwanderung zur Industrie und Großstadt muß Rechnung getragen werden. Durch eine gute Propaganda kann die Gruppe der Nichtwähler im Sinne der Partei beeinflußt werden.

### Programm und seine Grundlagen.

Selbstverständlich muß der Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte die traditionelle Linie der Partei in Politik, Wirtschaft und Kultur zugrundeliegen. Das Einigungsprogramm der Deutsch-Freisinnigen Partei von 1884 umfaßt fünf Punkte und einen Schlußsatz.

### Verfassungsrechtlich[29]).

Die Punkte 1—2 enthalten den Standpunkt der Partei zu den Verfassungsfragen:

1. Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens im gesicherten Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung und durch gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums.

Abwehr aller Angriffe auf die Rechte der Volksvertretung, insbesondere Aufrechterhaltung der einjährigen Finanzperiode, der jährlichen Einnahmebewilligung, der Redefreiheit.

---

[29]) Programmpunkte sind zitiert nach: Specht-Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867—1903, S. 369/70. Zum Vergleich benutzt ist die Verfassung von 1871 in der Textausgabe von Philipp Reclam jun., Leipzig.

2. Wahrung der Rechte des Volkes: Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts: Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere auch durch Bewilligung von Diäten; Preß-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit; Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei; volle Gewissens- und Religionsfreiheit; gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften unter gleichem Recht für alle Bekenntnisse.

Der Schlußsatz des Programms lautet:

„Dies alles zur Befestigung der nationalen Einigung, in Treue gegen den Kaiser und auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaates."

Er erklärt die Legalität der Partei.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 10. April 1871 ist ein Bundesvertrag, der zwischen den regierenden Fürsten der deutschen Staaten geschlossen wurde. Eigentlicher Träger der Bundes- oder Reichsgewalt ist der von den Regierungsvertretern gebildete Bundesrat. Der Reichskanzler ist sein Vorsitzender, der Kaiser sein Präsident. Dem Bundesratvorsitzenden (Kanzler) sind die Leiter der Bundes- oder Reichsbehörden (später Staatssekretäre) unterstellt. Der Reichstag ist die aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehende Volksvertretung. Ihm steht die Mitwirkung an der Gesetzgebung und das sehr wichtige Budgetrecht zu. Die Deutsch-Freisinnige Partei verlangt in ihrem Programm, daß die Volksvertretung nicht nur zusätzliche Institution bleibt, sondern daß Regierung und Volksvertretung ‚gesichert zusammenwirken'. Die Verfassung von 1919 fand für ein solches Zusammenwirken die Form, daß die Reichsregierung das Vertrauen der Volksvertretung haben mußte.

Eine Reichsregierung im eigentlichen Sinne gibt es nach der Verfassung von 1871 nicht. Selbst der Kanzler ist dem Parlament nicht im Sinne der parlamentarischen Verfassungstheorie verantwortlich. Dafür reicht seine praktische Verantwortung „soweit wie seine Kompetenz, und seine Kompetenz erscheint fast grenzenlos. Die Staatssekretäre sind seine Untergebenen, die Reichsämter seine Spezialbüros. . . . . Nimmt man noch hinzu, daß der jetzige Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident ist, und somit auch für die preußische Politik die Verantwortung trägt, so springt in die Augen, daß hier eigentlich ein unmögliches Gebilde geschaffen wurde[30])". Das ist die Auffasssung des Freisinns, und deshalb

[30]) Pachnicke: Liberalismus als Kulturpolitik, S. 29/30.

fordert er die „gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums". Der parlamentarische Staat, dessen Regierung dem Parlament verantwortlich ist, gibt jeder Partei die Chance, ihr Programm unter Beweis zu stellen. Das setzt auch der stärksten Opposition gewisse Grenzen. Diese Möglichkeit einer Oppositionseinschränkung ist in der Bismarck'schen Reichsverfassung völlig unbeachtet gelassen.

Die schwache Position des Reichstages in der Verfassung fordert Angriffe auf ihn insbesondere bei einem so starken Kanzler geradezu heraus. Deshalb glaubt die Freisinnige Partei die Erhaltung der Reichstagsrechte „einjährige Finanzperiode, Einnahmebewilligung, Redefreiheit" als Programmforderung ausdrücklich aufstellen zu müssen. Die spätere, noch zu schildernde Entwicklung gibt ihr darin durchaus Recht. Im gleichen Rahmen stellt der Punkt zwei die bestehende Wahlfreiheit besonders fest. Er verwirft gemäß den alten liberalen Traditionen jede Freiheitsbeschränkung und damit auch die Ausnahmegesetzgebung, die in der Gründungszeit der Freisinnigen Partei gegen die Sozialdemokratie angewandt wird. Er verlangt außerdem ausdrücklich „Gewissens- und Religionsfreiheit" und „gleiches Recht für alle Bekenntnisse" in der Zeit des Kulturkampfes, des sich formenden Antisemitismus. Umstritten ist der ins Programm aufgenommene Wunsch nach Diäten. Die Partei begründet ihn damit, daß nur die Zahlung von Diäten dem Abgeordneten die notwendige Bewegungsfreiheit gibt und seine Wahl unabhängig von seinen Einkommensverhältnissen macht. Die Diätenzahlung ist übrigens erst im Jahre 1906 im Sinne des Freisinns in die Verfassung aufgenommen worden.

Im ganzen gesehen ist der Punkt zwei des freisinnigen Parteiprogramms eine knappe Aufstellung der „Grundrechte" von 1789 und 1848. Die Reichsverfassung von 1871 überläßt deren Beachtung dem einzelnen Staat. Sie schließt sich in diesem Kernpunkt nicht an die Tradition von 1848 an, während sie den bundesstaatlichen Befugnissen, besonders der Vertretung des Reiches nach außen, dem Zoll-, Handels-, Gewerbe- und Postwesen den Entwurf von 1849 mit zu Grunde legt.

### Wirtschaftspolitisch.

Im Punkt drei und vier wird die wirtschaftspolitische Auffassung des Freisinns umrissen

3. Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung, bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbsttätigkeit und des freien Vereinigungswesens

der arbeitenden Klassen. Eintreten für alle auf Hebung derselben zielenden Bestrebungen.

Bekämpfung auch des Staatssozialismus, sowie der auf Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens, der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit gerichteten Maßregeln.

4. Im Steuersystem Gerechtigkeit und Schonung der Volkskraft; Entlastung der notwendigsten Lebensbedürfnisse; keine Zoll- und Wirtschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen; keine Monopole; Gesetzgebung und wirksame Aufsicht des Reiches im Eisenbahnwesen.

Der Punkt drei ist eine Kompromißlösung zwischen liberalem Wirtschaftsdenken und Forderungen des Tages. Der „bestehenden Gesellschaftsordnung" entspricht das freie Betätigungsrecht des Einzelnen, Freiheit der Wirtschaft überhaupt, keine Einmischung des Staates. Dem widersprechen staatssozialistische Bestrebungen, die deshalb auch vom Freisinn bekämpft werden. Im Widerspruch dazu steht weiter die Einschränkung der Gewerbefreiheit, des Erwerbs- und Verkehrslebens, die in der Tendenz der Zeit deshalb liegt, weil mit wachsendem Konkurrenzkampf beim Eintritt Deutschlands in den Welthandel die Forderung nach staatlicher Hilfe, wie auch schon aufgezeigt wurde, in den einzelnen Berufsgruppen immer stärker wird. Das „Eintreten für alle auf Hebung der arbeitenden Klassen zielenden Bestrebungen" ist bei grundsätzlichem Festhalten an dem Prinzip der Selbsthilfe nur halbes Zugeständnis an die Zeitströmung im „Arbeiterstand".

Im Punkt vier wird vor allem gegen Bismarcks Steuer- und Wirtschaftspolitik, die eigentliche Ursache der Parteigründung, Stellung genommen. Die alten Grundsätze: gerechte Steuerverteilung, Schonung der Volkskraft (gegen indirekte Steuern) werden der neuen Monopolwirtschaft, der Zoll- und Wirtschaftspolitik im Dienste von „Sonderinteressen" entgegengestellt. Das Prinzip des Freihandels wird zwar nicht unmittelbar als Programmforderung aufgestellt, das Gegenteil von Freihandel aber als Interessenpolitik bezeichnet. Die Aufsicht des Reiches im „Eisenbahnwesen" ist reine Zeitforderung und entspricht den Bismarck'schen Bestrebungen um Vereinheitlichung des gesamten deutschen Eisenbahnwesens.

### Militärfragen.

Der Punkt fünf enthält die Stellungnahme der Partei zu den sehr wichtigen Militärfragen:

5. Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes; volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit; Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode.

Abkürzung der Dienstzeit und Wahrung der Rechte der Volksvertretung bei der Bewilligung von Heeres-Etat und Friedenspräsenz sind die Forderungen des Freisinns. Gerade die Militärfrage spielt im deutschen Parteileben der Vorkriegszeit immer wieder eine große Rolle, weil die Bewilligung des Wehretats entsprechend dem Staatsbau das wichtigste und am meisten umkämpfte Recht des Reichstages ist. Auch in der Politik der Freisinnigen Partei zeigt sich die große Bedeutung dieser Frage.

## Die Anhänger der Partei.

### Allgemein.

Nach bevölkerungspolitischer Situation des Reiches und Parteiprogramm des Freisinns sind die bei der Fusion im Jahre 1884 vorhandenen 1 096 017 Parteiwähler zu suchen: gemäß der Gesamteinstellung der Partei unter den städtischen Klein- und Mittelgewerbetreibenden und dem ländlichen Mittelbesitz, also der guten Bürgerschicht, auf Grund der gradlinigen Fortsetzung der Bestrebungen der Paulskirche unter den liberalen Berufen wie Lehrer, Anwälte, Ärzte, Schriftsteller, Journalisten usw.; gemäß der wirtschaftspolitischen Einstellung in den Kreisen von Exporthandel, Schiffahrt, Banken und Börsen, von Exportindustrie, d. h. derjenigen Industrie, die allein stark genug ist und deshalb für den Freihandel eintritt. Das ist gegenüber der Schwerindustrie die leichte Industrie, wie chemische, Spielwaren, Brauerei, Papier, Porzellan, Konfektion, Mühlen, also alles Wirtschaftszweige, bei denen Deutschland seinen Vorrang auch bis in die neueste Zeit behaupten konnte. Großgrundbesitzer, die Schwerindustrie, die Beamtenschaft als Vertretung der Regierungsmeinung, sind die hauptsächlichsten Gegner der Freisinnigen Partei. Man kann sagen, daß in dieser Zeit das Interesse an Politik in der Bevölkerung allgemein lebhaft ist und demgemäß Zeitaufwand und Opfersinn für politische Dinge stark. Der Freisinn hat sich bei seinen Wählerschichten über fehlende Einsatzbereitschaft nie zu beklagen gehabt. Das ist um so mehr bemerkenswert, als bei der Einstellung der Regierung die freisinnige Parteiabstempelung eines Bürgers besonders auf dem Lande und in einer kleinen Stadt einen bestimmten Gegendruck seitens der Behörden und der von ihnen abhängigen Bevöl-

kerungsteile auslöst, umsomehr als Beamte dann, wenn sie freisinnig sind, in der Regel von der Regierung nicht bestätigt werden[31]).

Die Hochburgen des Freisinns[32]).

Als freisinnige Hochburg kann zunächst die Stadt Berlin bezeichnet werden. Von sechs Wahlkreisen sind regelmäßig vier in Parteibesitz. Die besten Parteimänner Virchow, Munckel, Richter, Baumbach sind in Berlin Wahlkandidaten, sie treten an Plätze, die seit jeher von liberalen Abgeordneten besetzt waren. Schon Hoverbeck, Waldeck, und Lasker haben Berlin im Reichstag vertreten. Auf die freisinnige Vorherrschaft in Berlin wird noch besonders einzugehen sein.

Nächst der Reichshauptstadt ist ganz auffällig der Regierungsbezirk Liegnitz ständig freisinniger Besitz. Von seinen zehn Wahlkreisen werden neun in allen Wahlen vom Freisinn im Reichstag vertreten. Die Bevölkerung des Bezirks ist zu achtzig Prozent evangelisch. Sie wohnt in kleinen Städten wie Grünberg, Sagan, Glogau, Hirschberg, Liegnitz, aber noch mehr in Landgemeinden. Industrie hat die Gegend nicht. Deshalb besteht für die Freisinnigen bei den Wahlen keine sozialdemokratische Konkurrenz. Die wenigen Fabriken in Görlitz und der Oberlausitz beschäftigen sehr bodenständige Arbeiter, die in den Bergen ihrer Heimat Grundstücke besitzen und deshalb die von dem freisinnigen Abgeordneten Max Hirsch gegründeten Hirsch-Duncker-Gewerkvereine den sozialdemokratischen Organisationen vorziehen. Das in den kleinen schlesischen Städten mit an der Spitze stehende jüdische Element ist ebenfalls traditionell freisinnig und auch politisch aktiv. Auf dem Lande besteht, wie kaum sonst in einem Teil des Reiches, ein starker Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Kleinbauer. Der Kleinbauer ist unabhängig von den wenigen Grundbesitzern. Er kämpft gegen den Zoll, weil dadurch Futtermittel für ihn verteuert werden. Die katholische Minderheit des Regierungsbezirks, die keine Aussicht hat, eigene Wahlkandidaten aufzustellen, und für die es auch nicht lohnend ist, eigene Wahl-

---

[31]) Pachnicke: a. a. O. S. 31.

Dem Verfasser wird als Beispiel für den Opfersinn von einem zur Zeit der Niederschrift dieser Arbeit noch lebenden ehemaligen freisinnigen Abgeordneten erzählt, daß der Inhaber von Kempinski täglich 60 Exemplare der „Freisinnigen Zeitung" zu kaufen und zu verteilen pflegte.

[32]) Für den Inhalt ist herangezogen: Specht-Schwabe: a. a. O. Das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches. Außerdem hat sich der Verfasser von zur Zeit der Abfassung der Arbeit noch lebenden freisinnigen Politikern persönlich informieren lassen.

vereine zu gründen, steht zumindest in ihrer älteren Generation (den Kulturkämpfern), zur liberalen Oppositionspartei. Auf dieser günstigen Basis ist ein guter Parteiapparat aufgebaut; der ganze Bezirk hat beispielsweise eine gute freisinnige Presse, wie „Bote im Riesengebirge", „Liegnitzer Anzeiger", „Görlitzer Zeitung", „Breslauer Morgenzeitung". Eingesessene Persönlichkeiten wie der Oberlandesgerichtsrat Schmieder, der Kreisgerichtsdirektor Beisert, der Ingenieur Lüders, und aus dem Reich Männer wie Forckenbeck, Goldschmidt, Bunsen, Siemens, Barth, werben bei den Wahlen um die Stimmen.

In weitem Abstand zu Liegnitz ist der nächstbeste Bezirk des Freisinns Schleswig-Holstein. Hier sind von zehn Wahlkreisen in der Regel vier freisinnig. In den übrigen kämpft die Partei mit wechselndem Glück. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins ist fast ausschließlich evangelisch und überwiegend ländlich. Auch bei ihr sind starke liberale Traditionen vorhanden, die vom Kieler Universitätsprofessor Albert Hänel mit Hilfe der von ihm herausgegebenen „Kieler Zeitung" gepflegt werden. Der Umstand, daß in den kleinen Herzogtümern stets starke freisinnige Wählerschaften vorhanden sind, läßt auf fleißige Wahlarbeit schließen; denn die kleinen Herzogtümer konnten als selbständige Wahlkreise in den einzelnen Reichstagswahlen besonders bearbeitet werden.

## II. Die Führer.

Das Wahlsystem des alten Deutschen Reiches stellt die Persönlichkeit in den Vordergrund. „Oft genügte der Tod eines einzigen Mannes, um einen Wahlkreis zu verlieren[33])". Die Deutsch-Freisinnige Partei kann, wie die linksliberale Gruppe im deutschen Parteileben überhaupt, den Beinamen „Partei der Köpfe" für sich in Anspruch nehmen. Führer der in der Fusion aufgegangenen Fortschrittspartei ist

Eugen Richter.

Richter, am 30. Juli 1838 in Düsseldorf als Kind evangelischer Eltern geboren, wird schon mit neunundzwanzig Jahren Parlamentarier. Er ist Schüler des harten und schroffen Bismarckgegners, des Freiherrn von Hoverbeck. Nach dessen Tode wird er mit sechsunddreißig Jahren dessen Nachfolger in der Führung der Fortschrittspartei. Richter ist aus dem Staatsdienst entlassener Jurist, dann freier Schriftsteller, Angestellter einer Feuerversicherung und schließlich parlamentarischer Journalist. Zu der Stellung des Parteiführers hat er sich Stufe für Stufe im politischen Leben

[33]) Barth und Naumann: Erneuerung des Liberalismus, S. 21.

emporgekämpft. Seinen Parlamentssitz muß er sich beispielsweise achtmal hintereinander immer wieder neu erobern, d. h., dem damaligen Wahlsystem entsprechend in die Stichwahl gehen. Jedesmal bei seiner Wiederwahl wird von seinen Anhängern der für seine Kämpfernatur bezeichnende Vers: „Sie haben ja doch wieder ihn den bösen Richter-Hagen" gesungen[34]). Sein Wahlkreis Hagen stellt als Symbol den Richter-Turm auf, der verglichen mit den in der gleichen Zeit an anderen Orten entstehenden Bismarck-Türmen nicht nur dem Gegner Bismarcks, sondern der ganzen Persönlichkeit Richters als besondere Manifestierung gilt. Richter ist der eiserne Parteichef gegenüber dem eisernen Kanzler. „Bezeichnenderweise haben wir von Richter im Gegensatz zu fast allen anderen liberalen Politikern der Zeit so gut wie gar keine aufschlußreichen mehr persönlichen Briefe, die über die private Existenz und deren inneren Zustand Aufschluß gäben. Auch fehlen uns briefliche oder andere schriftliche Äußerungen, die die Berührungspunkte zwischen der menschlich-privaten und der öffentlich-politischen Sphäre aufdecken und etwa eine Art von Rechenschaftsgründen enthalten würden[35])". Die „Jugenderinnerungen" Richters und seine zweibändige Schilderung „Im alten Reichstag" lassen wenig Schlüsse auf die Persönlichkeit des Verfassers zu. Die eigentliche Darstellung des Charakters und der Gestalt von Eugen Richter ist hauptsächlich auf die Schilderung seiner Zeitgenossen und die darauf basierenden Biographien angewiesen. Richter selbst nennt einmal die Parlamentsgeschichte seiner Zeit „schroff einseitig und spricht davon, daß sie „in vielen wichtigen Dingen ein ganz falsches Bild gewähre", weil sie von Fürst Bismarck und dessen Leuten verbreitet worden sei.[36]) Das ist, auf Eugen Richter selbst bezogen, nur bedingt richtig. Es gibt zwar über ihn wie allgemein über Politiker in so exponierter Stellung Pamphlete und unrichtige Darstellungen.[37]) Aber auch im Kreis seiner Gesinnungsfreunde und Fraktionskollegen ist die Persönlichkeit Richters stark umkämpft. Die Quellen stimmen darin überein, daß er ein Sonderling ist. Maximilian Harden berichtet, daß Richter in seiner Wohnung eine riesige Registratur und viele Vögel hat, daß er sich nie-

---

[34]) R. Eickhoff: Politische Profile, S. 19.

[35]) Leopold Ullstein: Eugen Richter als Publizist u. Herausgeber, S. 27.

[36]) Richter: Im alten Reichstag: Einleitung.

[37]) Zu nennen wäre etwa: Fr. v. d. Gotzel: Eugen Richters deutschfreisinnige Heldentaten; Eugen Richters Sprengbombe und ihre Wirkung, von einem Freisinnigen, und Friedrich Richter, Ein Wort über den Abgeordneten Richter.

mals im Frack zeigt[38]). Der als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei angehörende, aber in seiner Schilderung durchaus sachliche Kulemann stellt fest: „Kühl ging Richter zu seinem Platz . . . kaum unter Beobachtung der gewöhnlichen Höflichkeitsformen . . . Achtung brachte man ihm entgegen aber nichts weiter... Er war der Alleinherrscher, dessen Willen man sich beugte, aber man tat es mit Widerstreben. Richter wurde nicht einmal von seinen Fraktionskollegen gegrüßt.“ Das Ergebnis dieser Beobachtung ist in der Schilderung von Rachfahl und in der Darstellung von Massow bestätigt*). Ullstein faßt in seiner Arbeit über Richter zusammen: „Ein weit übers Ziel schießender gezeigter Mißmut... zugleich die Neigung, irgendwelche Meinungsverschiedenheiten geflissentlich aufzubauschen und dann bis zum äußersten auszutragen, eigenwilligere Individualitäten nur sehr ungern neben sich zu dulden und bei der Würdigung von Personen bloß von ihrer rein parteipolitisch verstandenen Gesinnungstüchtigkeit auszugehen. Dem entsprach eine wachsende Neigung zum Polemischen . . . verbunden mit Reinigungsaktionen des eigenen innerfraktionellen und innerparteilichen Bezirks.“[39]) Hinzu kommt, daß der „Dickschädel“ Richter, wie ihn Theodor Barth portraitiert[40]) keinen Sinn für Feinheiten hat, daß er keine fremde Sprache beherrscht und über Deutschland eigentlich nie hinausgekommen ist. Richter selbst bestätigt in den „Jugenderinnerungen“, daß „es ihm bis zuletzt mit den alten Sprachen recht sauer geworden ist“.[41]) Gleichsam ein wenig entschuldigend wird von Rachfahl darauf hingewiesen, daß dieser für Fernerstehende eigentlich unsympathische Mensch „in dem allerdings sehr kleinen Kreise seiner nächsten Freunde von großer Liebenswürdigkeit war“.[42]) Blum findet für ihn die sehr treffende Bezeichnung „Der unfehlbare Volkstribun“.[43]) Den Schattenseiten der Persönlichkeit Eugen Richters steht eine ungeheure Arbeitskraft gegenüber und vor allen Dingen der Umstand, daß die deutsche Politik sein einziger, dafür aber erschöpfender Interessenkreis ist. Seine

---

[38]) Maximilian Harden: Köpfe, S. 243.

*) Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus im neuen Reiche (Zeitschr. f. Politik, 5. Bd. 1912, S. 334.) Darin heißt es: „Gewiß waren Richters Manieren provozierend“.

Massow: Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II. (S. 224) spricht von „abstoßenden Manieren und gehässiger Schärfe, die sogar im eigenen Kreise Anstoß erregte“.

[39]) Leopold Ullstein: a. a. O. S. 99.

[40]) Barth: Politische Portraits, S. 84.

[41]) Richter: Jugenderinnerungen, S. 2.

[42]) Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus, S. 86.

[43]) Blum: Fürst Bismarck und seine Zeit, S. 137.

Kenntnisse liegen im Budget- und Steuerwesen. Es ist bezeichnend, daß Eugen Richter schon vor seinem Eintritt ins Parlament feststellte, er würde darin nur dann zu einer Bedeutung gelangen, wenn er sich auf ein einzelnes Fachgebiet konzentriere und nur dazu im Reichstag das Wort nehme. Das ist ihm so gelungen, daß von ihm gesagt wird: „Deutschland verdankt ihm zwar nicht de jure aber de facto nicht weniger als einfach alles, was im Reichstag an budgetärem Recht heute besteht.“[44]) Sein Berufsparlamentariertum gibt ihm Zeit zur ausschließlichen Beschäftigung mit politischen Vorgängen und den Vorteil vor seinen Fraktionskollegen, die ihre Zeit zwischen dem Beruf und dem Parlament teilen müssen. Seine persönliche Uneigennützigkeit und Bescheidenheit zeigt sich beispielsweise darin, daß er die ihm am Tage des fünfzigsten Geburtstages als Spende überreichten 100 000 Mark restlos dem Fonds der Freisinnigen Zeitung und der Partei zuführt. Die Partei hat von Richter ständig große Geldzuwendungen erhalten und das Gehalt als Herausgeber der Freisinnigen Zeitung hebt er eigentlich nur der Steuer wegen ab, um es dann dem Betriebe wieder zuzuführen. Für sein Privatleben genügen ihm die übrigen Einkünfte.[45]) Im Ausgleich zu seinem äußeren Wesen steht auch seine glänzende rednerische Begabung.*) Sogar Bismarck nennt ihn Harden gegenüber, wie dieser erzählt, „den besten Redner, den wir hatten, sehr unterrichtet und fleißig, von ungefälligen Manieren, aber ein Mann von Charakter“.[46])*) Ein gutes Organisationsvermögen verschafft Richter gegenüber den anderen Führern der Deutsch-Freisinnigen Partei die guten Beziehungen zu den Parteianhängern und Parteiverbänden im Lande und damit die große Popularität. Die schon angeführte Hunderttausendmarkspende kann als äußerer Beweis dieser Beliebtheit bei den Anhängern angesehen werden. Richter hat auch jedesmal bei Auseinandersetzungen mit der Partei auf diese Popularität und auf die Anhänglichkeit der alten Fortschrittler pochen können. Sogar der gleichnamige Friedrich Richter geht bei seiner Beweisführung für die volkschädigende Wirkung Richters in der Provinz davon aus, daß dort „sein Name in aller Munde

---

[44]) Grotewald: a. a. O. S. 209.

[45]) Ullstein: a. a. O. S. 116.

*) Über seine erste Rede berichtet Richter in den „Jugenderinnerungen“ selbst (S. 187): „Zu meiner Jungfernrede im Parlament kam ich erst zwei Jahre später, als ich am 13. 2. 1869 im Abgeordnetenhaus über die Annahme ausländischer Kassenscheine sprach. Allzu stolz vermag ich auf diese erste Rede nicht zu sein, sie war zu schön und dies war ihr Verderben. Der stenographische Bericht verzeichnet bei dieser Rede viermal „Heiterkeit“ und viermal „Unruhe rechts“ oder „Oho rechts“.

[46]) Harden: a. a. O. S. 239, I. Band.

war".[47]) Der Art dieses Führers entspricht eine „wenn auch kleine in sich fest geschlossene Partei, die im gleichen Schritt und Tritt durchs politische Leben marschiert".[48]) Seine Parlamentsreden gipfeln oft darin, daß er lieber mit einem kleinen Kreis die Fahne des „reinen Liberalismus" hoch hält, als daß er sie mit einem großen verläßt. Die kleine fest geschlossene Gruppe um Richter war zweifellos die Fortschrittspartei. Durch die Fusion kommt dieser Führer in einen neuen Parteiverband, der seinen Wert dadurch anerkennt, daß er ihm zwar nicht das Amt des Parteivorsitzenden, aber den Vorsitz des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei und damit die eigentliche Geschäftsführung überträgt. Den vor allen Dingen von Forckenbeck geäußerten Bedenken gegen Richter als Parteiführer[49]) steht die schon gekennzeichnete große Arbeitskraft und die ungewöhnliche dialektische Begabung gegenüber, die „Herrn Richter eine Stellung im öffentlichen Leben Deutschlands schaffen, mit der man rechnen muß".[50]) Der Nachteil der Fusion für den liberalen Parteiführer Eugen Richter liegt darin, daß er in den Jahren1884 bis 1893 mit der Partei nicht vollständig identifiziert werden kann. Er war gewohnt, sein Urteil allein als maßgebend anzusehen und ein anderes daneben nicht zur Geltung kommen zu lassen. Seiner Natur nach war er bestrebt, „über die ganze Partei autokratisch zu herrschen. Früher hatte er auf Rickert und Forckenbeck als Führer einer beträchtlichen liberalen Fraktion Rücksicht nehmen müssen. Jetzt, wo er sie in der eigenen Partei hatte, wollte er sie mit der ganzen Gewalt seines heftigen Willens und mit der Kraft der von ihm geleiteten Parteiorganisationen sei-

---

[47]) Friedrich Richter: Ein Wort über den Abgeordneten Richter, S. 3.

*) Die „Kreuzzeitung" (Jahrg. 1906, S. 104) entnimmt der Wochenschrift „Der Deutsche" folgenden Nekrolog: „Die Grazien hatten nicht an der Wiege Richters gestanden. Wenn er aber von seinem Eckplatz auf dem freisinnigen Keil sich schwerfällig erhob und der unschöne Sokrateskopf sich dem Hause zuwandte, vergaß man doch das Äußere über der wundervoll klaren Sprechweise des sonoren Organs. Auch der Aufbau der Reden des sonst amusischen Mannes zeugte von Sinn für Architektur; Paragraphen wurden zu Strebepfeilern, Zahlen zu gotischem Rankenwerk, juristische Formeln zu Spitzbögen, man sah das tote Gestein sich gliedern und Leben gewinnen, bis das trockenste Gesetz dem Hörer als ein Wunderwerk von Geist erschien. Niemals brauchte sich Richter über Unaufmerksamkeit zu beklagen. Alles blieb gespannt und selbst, wo er niederriß, daß man den Mörtel und das Schuttgeröll rieseln zu hören vermeinte, hatte der Naive auf der Zuschauertribüne doch den Eindruck, daß es nur geschehe, um sofort danach den Neubau beginnen zu können, den Neubau der Freiheit."

[48]) Nation, Jahrg. 1894, Nr. 15.

[49]) Philippsohn: a. a. O. S. 353.

[50]) Nation 1893, Nr. 43, 10. Jahrg.

ner Herrschaft unterwerfen".[51]) Folgender Vorgang ist bezeichnend für die in der Persönlichkeit Richters liegenden Gegensätze innerhalb der Fusion. Im März 1890 spricht er über eine Ressortveränderung im Bauten- und Handelsministerium im Abgeordnetenhaus. Danach fordert er selbst, ohne vorher das Geringste gesagt zu haben, zum Votieren gegen die Vorlage auf. Die Abgeordneten richten daher an Richter das Ersuchen, sich künftig bei wichtigen politischen Anlässen mit der Fraktion zu verständigen. Die „Nation" spricht davon, daß mit „politischer Gefolgschaft aber kein Kadavergehorsam verbunden ist". Richter antwortet am 10. März 1890 mit dem Austritt aus dem Vorstand der Landtagsfraktion, den er aber zuerst in der „Freisinnigen Zeitung" und dann erst in der Fraktion anzeigt. Außerdem erhebt sich nicht ohne Richters Zutun in den Berliner Bezirksvereinen der alten Fortschrittspartei ein Entrüstungssturm über die erteilte „Rüge". Bamberger spricht sehr bald nach der Fusion davon, daß Richter dasselbe Spiel spielt „wie Bismarck, nur in umgekehrter Richtung . . . Es ist das denkbar niedrigste Stimmvieh neben dem des Zentrums, das in seinem nächsten Gefolge marschiert". „Richter kommandiert die Ja-Stimmer beim Sozialistengesetz heran und die Nein-Stimmer nach Hause."[52]) Die „Nation" stellt fest[53]), daß Einigkeit durch bloße Unterordnung unmöglich ist, Richter aber übe nicht die nötige Toleranz, sondern verlange Unterordnung. „Die äußerste Parteidisziplin und eine strenge freisinnige Orthodoxie gelten ihm so viel, daß die Ketzergerichte kein Ende nehmen." Freilich sind auch die Anhänger der „Nation" bei den um die Persönlichkeit Richters entstehenden Schwierigkeiten nicht ohne Schuld. Maximilian Harden erzählt beispielsweise: „Ich hörte, wie die im selben Parteiverband neben ihm Sitzenden den Unbequemen schmälten, jeder Schlappe sich freuten, die er, sei's auch unter Miquels Streichen erlitt, ihn blind, brutal, das wandelnde Unglück des deutschen Liberalismus nannten."[54]) Daß Eugen Richter trotz aller bestehenden Gegensätze der Parteiführer bis zum Auseinanderbruch der Partei bleibt, ist bezeichnend für seine Führerqualitäten. Er bleibt auch in dem durch die Fusion entstandenen Parteiverband der „Etatsredner par exellence". Er bleibt vor allen Dingen der große Verfechter liberaler Anschauungen dem Kanzler gegenüber. Nicht den persönlichen Gegner sieht er in Bismarck, wie es die Schärfe der auf bei-

---

[51]) Philippson: a. a. O. S. 354.

[52]) Ernst Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 891.

[53]) Am 24. Mai 1890.

[54]) Harden: a. a. O. S. 244, 1. Bd.

den Seiten geführten Reden oft annehmen läßt, sondern: „Das Zeitalter Bismarcks brauchte einfach seinen politischen Kritiker, und wenn es keine leichte Rolle war, Kritiker des stärksten Mannes der Epoche zu sein, so hat doch Richter diese Rolle mit einer Unerschrockenheit und Anständigkeit durchgeführt, die ihm zur dauernden Ehre gereichen . . . Bismarck wußte, was er an ihm hatte, und hätte nicht so viel seiner Leidenschaft auf ihn verwendet, wenn er ihn für niedrig gehalten hätte.“[55]) Sein Einfluß bringt zwar eine Verschärfung des Tones der ganzen Linksopposition schlechthin. Er ist aber nicht durch die Bitternis eines zur Opposition Gezwungenen getrübt. In den „Jugenderinnerungen“ wehrt sich Richter entschieden u. a. gegen Bismarcks Klage über die Nichtbestätigung Richters zum Bürgermeister in Neuwied. Richter stellt fest, daß er alle die liberalen Grundanschauungen, die er später parlamentarisch vertritt, infolge von Erziehung und Bildung schon hatte, bevor er vom Staat gemaßregelt wurde. In einer Rede gegen den Grafen Eulenburg tritt er diesen Gerüchten entgegen. „Da möchte ich aber doch von meinem jetzigen unparteiischen Standpunkt aus mir ganz gehorsamst einen Zweifel zu äußern erlauben, ob meine Berufung in das Bürgermeistereiamt zu Neuwied es dem Grafen Eulenburg erspart haben würde, mich späterhin in der Opposition sich gegenüberzusehen.“[56]) Der Wesensart Richters entspricht diese Stellungnahme. Es ist kaum anzunehmen, daß der im Liberalismus so lange führende Mann Bürgermeister in Neuwied geblieben wäre. Er hat, wie auch schon gezeigt ist, in eigenster Natur die Fähigkeiten und Interessen, die ihm die Stellung im parlamentarischen Leben einbringen. Er hat allerdings auch die Anlagen, die zu dem im Jahre 1893 erfolgten Auseinanderbruch der Deutschfreisinnigen Partei führen. Die Schuld liegt freilich nicht allein bei ihm, sondern darin, daß er in einem Parteiverband steht, in dem vieles seiner Wesensart völlig entgegengesetzt ist. Für ihn ist der Auseinanderbruch die schlimmste Enttäuschung seines Lebens. In der Art des Journalisten schildert Harden Richter, der aus der Sitzung kommt, in der der Bruch vollzogen wird, taumelnd, den Schweiß von der breiten Stirn wischend und vor sich hinmurmelnd.[57]) Als Richter im hohen Alter krank liegt und dem Reichstag fernbleiben muß, wird er von allen Abgeordneten bedauert, und der Abgeordnete Kardorff schickt ihm einen Gruß an das Krankenlager. Der Nachruf seines im eigenen Parteiverbande stärksten Wider-

---

[55]) F. Naumann in „Die Hilfe“, 1906, Nr. 11.

[56]) Richter: Jugenderinnerungen, S. 23.

[57]) Harden: a. a. O. S. 244, Bd. 1.

sachers, Theodor Barth, ist durch Verfasser und Ton doppelt rühmend für ihn. „Es lag Größe in der Herbheit seines Charakters, in der Geschlossenheit seines Wesens. Ein mächtiger Wille beherrschte dieses Leben.“[58]) „Richter hat das Gepräge der Fortschrittspartei in deren heißesten Kampfesjahren am reinsten und vollständigsten in sich aufgenommen und konnte kraft der außerordentlichen Begabung, die er für den politischen und parlamentarischen Kampf mitbrachte, sein Gepräge wieder in besonders charakteristischem Maße der Partei geben, deren unbestrittener Führer er mehr als dreißig Jahre gewesen ist.“[59])

Ludwig Bamberger und Theodor Barth.

Träger des zweiten Teiles der Fusion, der Liberalen Vereinigung, im neuen Parteiverbande sind, sofern man bei einer so großen Anzahl ausgesprochen führender Persönlichkeiten, aus denen die „Sezession“ besteht, überhaupt davon sprechen kann, Ludwig Bamberger und Theodor Barth. Beide sind wie Eugen Richter Publizisten und Parlamentarier mit absoluter Neigung und Eignung zur Politik. Barth sagte von Bamberger: „Politik war die beherrschende Leidenschaft seines Lebens.“[60]) Beide sind durch einen Beruf nicht gehindert, dieser Neigung nachzugehen. Bamberger, nach Lebensjahren der ältere (geb. 1823 in Mainz) hat als junger hessischer Jude in den Reihen der aktiven Revolutionäre gekämpft und nach dem Zusammenbruch der Revolution die Reaktion am eigenen Leibe zu spüren bekommen. In absentia zum Tode verurteilt, lebt er als Flüchtling in der Schweiz, in London und vor allem in Paris. In seinen „Erinnerungen“ hat er dem in Paris verbrachten Teil seines Lebens ein fast zweihundert Seiten starkes Kapitel gewidmet. Als Leiter eines Pariser Bankhauses hat er sich nicht nur ein Vermögen erworben, sondern auch die Kenntnisse und Erfahrungen, die ihn in seiner parlamentarischen Laufbahn auszeichnen. Sein Beruf verschafft ihm den Einblick in das westeuropäische Geldwesen, der ihn später in Deutschland zum Vater der Bank- und Münzgesetzgebung macht. Bambergers am längsten nachwirkende Tat für Deutschland ist die Schaffung der Goldwährung und die Gründung der Reichsbank. Über die Entstehung dieser Säule des deutschen Wirtschaftslebens, die im besten Einvernehmen mit Bismarck errichtet worden ist, erzählt sein Schüler und Schwiegersohn Karl Helfferich. Die Beschäftigung mit dem Bank-

[58]) Ernst Feder: Theodor Barth und der demokratische Gedanke, S. 23.
[59]) Haussmann: Linksliberalismus, S. 37.
[60]) Theodor Barth: Politische Portraits, S. 34.

und Münzwesen hat auf Bamberger die Wirkung, das er die ganze Politik mit den Augen des vorsichtigen Bankiers ansieht, und daß er sich zum Freihandelsprinzip bekennt. Bamberger hat nach seiner Rückkehr aus der Verbannung auf Grund der Amnestie von 1866 sich sofort zum Einigungswerk Bismarcks bekannt. Dieses Bekenntnis ist für ihn, den süddeutschen Demokraten, bestimmt nicht leicht und vielfach mit dem Verlust alter Freundschaften verbunden. Man muß sich vorstellen, daß der Zurückgekehrte eine völlige Veränderung der Verhältnisse vorfindet, daß er sieht, wie der alte Einheitstraum in ganz anderer Weise durch Bismarck verwirklicht worden ist. Die für Männer von der Vergangenheit Bambergers selbstverständliche Entscheidung für die Mitarbeit am Einigungswerk bringt auf der anderen Seite den „Verrat demokratischer Prinzipien" mit sich. Bamberger hat alle Bedenken ohne lange Überlegungen hintan gestellt und sich mit Lasker im Jahre 1870 Bismarck als Verbindungsmann zur liberalen Presse zur Verfügung gestellt.[61]) Sein ständiger Reichstags-Wahlkreis ist Alzey-Bingen.

Den neunundzwanzigjährigen Barth (geb. 1849, evangelisch) lernt er als einen „übersprudelnden, kampflustigen" Menschen kennen, als dieser sich als Vertreter der Hansestädte in der schon genannten, auf Veranlassung Bismarcks einberufenen Zolltarifkommission, die ersten politischen Sporen als Führer des den Freihandel verteidigenden Teiles dieser Kommission holt[62]). Dieses erste Auftreten bringt Barth aber auch schon den ersten Konflikt mit Bismarck ein. Auf Veranlassung Bismarcks muß er aus seinem Amt als Syndikus der Bremer Handelskammer scheiden. Er tritt damit vollständig in das politische Leben, siedelt von Bremen nach Berlin über, und gibt am 6. Oktober 1883 die erste Nummer der „Nation" heraus. Diese Zeitschrift gibt die außerordentliche Vielseitigkeit und Vielbelesenheit des Verfassers wieder. Barth ist im Gegensatz zu Richter als Bremerhavener Kind schon mit dem Blick in die Weiträumigkeit der Welt aufgewachsen. Er beherrscht als junger Mensch perfekt die französische, italienische und englische Sprache und hat ebenfalls in seinen Jugendjahren Paris und Italien aufgesucht. Es ist bezeichnend für ihn, daß er als freier Schriftsteller nach dem politischen Zusammenbruch, der im Auseinanderbruch der Partei liegt, wie Eduard Lasker in ähnlicher Situation eine mehrmonatliche Amerikareise unternimmt. Die stärkste Waffe Barths in seinem politischen Kampf ist die „Nation". Gothein ur-

[61]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 17, 18, 21.

[62]) Nach Feder: Barth und der demokratische Gedanke, S. 13.

teilt darüber: „In einer Zeit des fast beispiellosen Niederganges selbständigen politischen Denkens, wo selbst die Tagespresse der Opposition ihre Aufgabe mehr in der Abwehr der Angriffe Bismarcks und der verrohten offiziösen Presse als in der Vertiefung der Forderung des Liberalismus sah, war es von höchstem Wert, eine Zeitschrift zu haben, in der von seinen Führern im Verein mit anderen geistig hochstehenden Zeitgenossen die politischen Probleme tiefgründig erörtert wurden."[63]) Die Artikel der „Nation" werden in der ganzen liberalen Presse abgedruckt. Dadurch erhält Barth einen starken Einfluß auf die Politik der liberalen Parteien. Zum Reichstag kandidiert er für den Liegnitzer Wahlkreis Hirschberg-Schönau.

Während Barth hauptsächlich mit der Feder kämpft, ist Bambergers politische Waffe seine rednerische Begabung. Paul Nathan gibt in dem Vorwort der von ihm herausgegebenen Erinnerungen Bambergers seinen Eindruck wieder: „Er erschien mir neben Bismarck als Redner die reichste und vielseitigste Individualität des Reichstages, und dieser Reichtum, der nicht des warmen Glanzes echter und tiefer Ueberzeugungen entbehrte, machte Bamberger zu einem unserer großen Parlamentarier." Wie von vielen anderen Parlamentariern dieser Epoche wird auch von Bamberger gesagt: „Es hat in der Tat nicht viele Redner des Reichstages gegeben, denen dieser so willig und andauernd, wenn auch oft widerstrebend, gelauscht hatte."[64])*) In ihrer wirtschaftlichen Auffassung stehen Bamberger und Barth auch insofern auf gleicher Linie, als Barth hierin Schüler Bambergers ist.

Der empfindsame Bamberger geht schon mit Abscheu in die Fusion hinein. „Man kommt in ordinäre Gesellschaft und doch läßt sich's nicht abweisen, und wird immer fühlbar, wieviel man vom eigenen Selbst verleugnen muß, um in dem politischen Stall mitzuarbeiten. Man muß mit der Gemeinheit und Trivialität irgendetwas gemein haben, sonst geht's nicht."[65]) Trotzdem ist Bam-

---

[63]) Gothein: Theodor Barth (im Biographischen Jahrbuch, Band 14), S. 349.

[64]) Otto Hartwig: Ludwig Bamberger, S. 64.

*) In dem schon zitierten Vorwort zu den Erinnerungen Bambergers von Paul Nathan heißt es an anderer Stelle: „Ein kleines Blatt Papier in der Hand, fast ohne Gesten, die gebrechliche, schmal aufragende Gestalt ein wenig vornüber geneigt, so sprach Bamberger von seinem Platz aus in fließender, durch klare Betonung belebter Diktion, die schwache, manchmal belegte Stimme durch kluge Behandlung eindrucksvoll und tragfähig machend.

[65]) Ernst Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 275.

berger derjenige Abgeordnete der „Sezession", der in erster Linie die Fusion mit der Fortschrittspartei betreibt. Dieser Widerspruch zeigt den Kompromißpolitiker, der Bamberger auch während der neun Jahre des Bestehens der Deutsch-Freisinnigen Partei geblieben ist. Theodor Barth sagt in seinem „Portrait" Bambergers, daß er zu klug gewesen ist, um nicht einzusehen, daß in der Politik der Kompromiß die Regel bleibt.[66]) Nicht immer arbeitet Bamberger allerdings mit Kompromissen. Streitigkeiten, die in der Partei entstehen, werden vielfach auf eine von Bamberger „eingefädelte Intrige" und auf „die um Bamberger" zurückgeführt.[67]) Theodor Barth ist demgegenüber der gradlinigere Gegner Richters, der seine Gegnerschaft gegen dessen autokratisches Wesen von Anfang an in aller Öffentlichkeit zeigt. Er wird gerade dieser Offenheit wegen von Richter vielleicht am meisten geschätzt und auch oft im Kreise der Parteifreunde lobend erwähnt. Barth ist die Natur „mit einer starken Individualität" die sich „nicht gern in der Freiheit ihrer Entschließung einschränken" läßt.[68]) So gesehen, ist er in dieser Epoche der ausgesprochenste Vertreter des liberalen Individualismus. Unterschiede zwischen Barth und Bamberger sind auch durch den starken Altersunterschied zu begründen. Der Auseinanderbruch der Partei beendet das politische Leben Ludwig Bambergers. „Ludwig Bamberger als weitsichtiger Politiker, hatte in der letzten gemeinsamen Fraktionssitzung der Partei als Präsident alles aufgeboten, um einen Bruch zu verhindern. Er erklärte, wenn der Bruch doch erfolge, werde er ein Mandat nicht wieder annehmen. Er hielt sein Wort."[69]) In einem Brief an seinen Biographen, Hartwig, beantwortet er die Versuche, ihn zum Bleiben zu bewegen: „Wäre es eine Lust, dabei zu sein, ich könnte noch ganz gut meinen Mann stehen. Aber ich käme mir fast wie ein Narr vor, wenn ich mir Arbeit zumutute — mehr Sisyphismen als je —, um noch freudloser und innerlich verstimmter als je zuvor das undankbare Handwerk fortzusetzen . . . Der scheußliche Vorgang in der Fraktion und gerade der Antisemitismus treibt mich mit fort."[70]) Theodor Barth dagegen spricht in der „Nation" davon, daß der Auseinanderbruch unvermeidlich war und erfolgen mußte. Er zerbricht bewußt das, was nicht zueinander gehört. Er verteidigt auch als erster die Spaltung. „Im übrigen sollte man nicht außer Acht lassen, daß Vorkommnisse, wie die Spaltung einer

[66]) Theodor Barth: Politische Portraits, S. 34.
[67]) Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus, S. 337/38.
[68]) Nation, Jahrg. 1893, Nr. 39.
[69]) Nation (10. Jahrgang) 1893, Nr. 39.
[70]) Otto Hartwig: a. a. O. S. 75.

Fraktion, selbst wenn sie wie ein Blitz einschlagen, doch nur Produkte einer längeren Entwicklung sind . . . Unser parlamentarisches Leben ist seit Jahren krank . . . Die Unnatur unseres deutschen Parlamentarismus drängt deshalb zu Neubildungen. Sämtliche alten Parteiverbände haben sich überlebt."[71]) Es ist charakteristisch, daß Harden vom „Barthischen Fähnlein" spricht, „das sich von der Fortschrittsgruppe wieder geschieden hat".[72])

### Rickert, Schrader, Forckenbeck, Stauffenberg, Virchow und Hänel.

Wie Bamberger und Barth gehört zum Lager der „Sezession" Heinrich Rickert.

Rickert, geboren 1833 in Putzig bei Danzig als Sohn evangelischer Eltern, wird Jurist und Redakteur, später Miteigentümer der „Danziger Zeitung". Von 1876 bis 1878 wohnt er als Landesdirektor der Provinz Preußen in Königsberg, nach Abgabe des Amtes in Zoppot bei Danzig und später in Berlin. In den Reichstagslisten bezeichnet er sich als Landesdirektor a. D. Noch stärker als seine beiden Fraktionskollegen ist Rickert rein wesensmäßig der Antipode Richters. Er ist der Typ des blonden Germanen. Sympathisch. Die „ideale Grundstimmung seines Wesens nahm für ihn ein".[73]) Theodor Barth sagt, er habe „mit dem Herzen Politik getrieben".[74]) Er widmet ihm in der „Nation" einen Nachruf, in dem es heißt: „Nie gab es einen redlicheren Politiker, und die Humanität war der Leitstern seines Politischen Wollens."[75]) Bamberger rühmte an Rickert die „feine Nase für den Erdgeruch". Auch Rickert wird nachgesagt, daß er ein gern gehörter Redner des Reichstages war. Er selbst hat weniger dem Parlament als der Arbeit für den Volkscharakter seine Zeit gewidmet. Er tritt für die Volksschullehrer ein, ist Vorkämpfer des Frauenstudiums, Gründer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus und Vorsitzender des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung. Es ist kennzeichnend für die Festigkeit in der Grundhaltung Rickerts, daß er sich gegen die „Sezession" gesträubt hat. In der Fusion ist dieser übrigens auch häusliche Nachbar Barths[76]) am häufigsten als spezieller Gegner Richters herausgestellt. Er kann allerdings neben Richter niemals recht zur Geltung kommen. „Ihre spätere

[71]) Nation, Jahrg. 1893, Nr. 39.
[72]) Harden: a. a. O. S. 244.
[73]) Kulemann: a. a. O. S. 78.
[74]) Theodor Barth: Politische Portraits, S. 8.
[75]) Nation, Jahrg. 1902, Nr. 6, S. 82.
[76]) Gothein: Theodor Barth, S. 347.

Trennung war nicht bloß eine politische, sondern zugleich eine psychologische Notwendigkeit."[77])

Karl Schrader ist nur ein Jahr älter als Rickert. Er stammt aus Braunschweig, wird Jurist und kommt 1861 zur Generaldirektion der Eisenbahn in Braunschweig. 1876 wird er Leiter der Berlin-Anhaltischen Eisenbahnen in Berlin. Insgesamt zweiundzwanzig Jahre bis 1883 steht er im aktiven Eisenbahndienst und wird so bester Fachkenner des von der Regierung Bismarck oft erörterten Eisenbahnwesens. Schrader wird als eine sehr entgegenkommende Persönlichkeit geschildert. Auch ihm sagt die „Nation" Festigkeit und konsequente Haltung nach.[78]) Er tritt erst im Jahre 1881 in das parlamentarische Leben und schließt sich sofort der Liberalen Vereinigung an. Als der im gleichen Jahre gewählte Präsident des deutschen Protestantenvereins ist er Führer des kirchlichen Liberalismus. Auf seine Verbindung mit dem Kronprinzenpaar Friedrich wird ebenso noch einzugehen sein wie auf seine Konflikte mit Richter.

Aus bestehenden innerfraktionellen Gegensätzen ragen die drei sehr angesehenen — und vielleicht als Mittler zu bezeichnenden Abgeordneten — der damalige Oberbürgermeister von Berlin, Max von Forckenbeck, der Parteivorsitzende Freiherr Franz von Stauffenberg und der als Mediziner Weltruf genießende Professor Rudolf Virchow heraus. Die beiden zuerst genannten sind als Mitglieder der Liberalen Vereinigung, Virchow als Fortschrittler zur Fusion gekommen. Forckenbeck ist der aus altem westfälischem Adelsgeschlecht stammende Mitbegründer der Fortschrittspartei, kein bürgerlicher Vertreter des Liberalismus, sondern ein freigesinnter Adliger, ein Glied der Gruppe, die in der deutschen Parlamentsgeschichte so oft bei den liberalen Parteien zu finden ist. In der Revolutionszeit von 1848 ist er zwar gemäßigt, doch in den Augen des Justizministers staatsfeindlicher Liberaler, und wird deshalb nur zur Advokatur in dem kleinen ostpreußischen Städtchen Mohrungen zugelassen. Hier schon beginnt seine politische Laufbahn. 1858 wird er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1867 Mitglied des Reichstages, dann dessen jahrelanger Präsident, danach auch Präsident des Abgeordnetenhauses. Als Breslauer Oberbürgermeister ist er Mitglied des Herrenhauses. 1878 wird er, der Katholik, an die Spitze der Reichshauptstadt berufen. Im Jahre der Fusion ist Forckenbeck sechzigjährig. Er gehört also zu

---

[77]) Kulemann: a. a. O. S. 78.

[78]) Nation, Jahrg. 1890, S. 496.

der gleichen parlamentarischen Generation, die Eduard Lasker, Rudolf Virchow und Ludwig Bamberger zu ihren Vertretern zählt. Für die Generation von Eugen Richter, Barth und Rickert ist er der Veteran des entschiedenen Liberalismus. Den Anfang seines parlamentarischen Lebens kennzeichnet die entschiedene Gegnerschaft zu Bismarck. Als Abgeordneter der Deutsch-Freisinnigen Partei ist er eigentlich nur nominelles Mitglied des Reichstages. Er beteiligt sich an der Politik nicht mehr. Sein Tod (26. Mai 1892) liegt vor dem Auseinanderbruch. Der Wert seiner Person, auch für die Deutsch-Freisinnige Partei, liegt vor allem in der Achtung, die die politische Außenwelt ihm entgegenbringt, und liegt weiter darin, daß Forckenbeck der noch im Oktober 1890 wiedergewählte Oberbürgermeister von Berlin, dem starken Kräftereservoir der Partei, ist. Es wird von der „Nation" mit Stolz hervorgehoben, daß dem toten Forckenbeck der Kaiser und sämtliche Minister die letzte Ehre erweisen.[79])

Franz August Freiherr Schenck von Stauffenberg, geb. 1834 in Würzburg hatte als Staatsanwalt eines zu beantragenden Todesurteils wegen im Jahre 1866 den Staatsdienst aufgegeben und sich auf seine Güter zurückgezogen.[80]) Mit Forckenbeck zusammen ist er als Vizepräsident des Reichstages ebenfalls lange vor der „Sezession" und „Fusion" am parlamentarischen Leben führend beteiligt. Man hat ihm, dem „unangreifbaren Politiker"[81]), den Vorsitz der Deutsch-Freisinnigen Partei übertragen, an deren Gründung er mit beteiligt ist. In der Partei selbst wirkt er vornehmlich durch seine Persönlichkeit.[82]) Sein Ziel ist ein möglichst enges Zusammengehen aller liberalen Richtungen. In die Parteipolitik greift er nur dann ein, wenn das Ansehen des Parteivorsitzenden als ausschlaggebender Faktor nötig wird. Daß er im Reichstag oft beim Verkehrsetat spricht, ist weniger erwähnenswert. Bei dem damals bestehenden Willen, eventuell noch vorhandene Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland auszugleichen, ist bemerkenswert, daß Stauffenberg Bayer ist. Seine Aktionskraft in der Partei ist durch einen schwachen Gesundheitszustand außerordentlich behindert. Seine parlamentarische Laufbahn endet mit dem Auseinanderbruch der Partei.

Rudolf Virchows Bedeutung liegt nur zum geringen Teil auf politischem Gebiet. Sein Wert für die Partei ist in der Art zwar

[79]) Nation, Jahrg. 1892, Nr. 35, 8. Jahrg.
[80]) A. Chroust: Lebensläufe aus Franken, S. 437.
[81]) Nation, Jahrg. 1884, S. 417.
[82]) Theodor Barth: Politische Portraits, S. 71.

völlig anders, in der Wirkung aber vergleichbar mit dem Forckenbecks. Diese beiden Männer kann auch Kaiser Friedrich trotz Bismarcks Widerstand ihrer außenpoitischen Verdienste wegen dekorieren. Virchow hat allerdings auch die geringste Parteiarbeit übernommen. Er referiert als fast ältester Abgeordneter (geb. 1821) in der Deutsch-Freisinnigen Partei beispielsweise in Bezirksversammlungen. Es ist bezeichnend für die Gegnerschaft Bismarcks zur freisinnigen Partei, daß der siebzigjährige, weltberühmte Arzt und Leiter des pathologischen Instituts in Berlin von allen Ländern, nur nicht von der deutschen Regierung gefeiert wird, deshalb, weil er Mitglied der freisinnigen Partei ist. In den entscheidenden Tagen des Auseinanderbruchs der Partei hat Virchow seine ganze Person eingesetzt, um den Bruch zu verhindern. Als alter Fortschrittler genießt er auch in diesem Lager die unbedingte Autorität. Er versucht beide Gruppen auf einen Wahlaufruf zu einigen.[83]) Auch seine parlamentarische Tätigkeit endet mit dem Auseinanderbruch.

Ebenfalls einer der ersten Unterzeichner des Programms der alten Fortschrittspartei ist der Kieler Professor der Rechte Albert Hänel.

Hänel, geboren 1833, wird verhältnismäßig jung schon nach der Einverleibung von Schleswig-Holstein in das Reich Mitbegründer der dortigen Liberalen Partei. In der Fortschrittspartei bildet er mit einer kleinen Gruppe den Gegenpol zu Richter. Der Gedanke der Fusion wird im Lager der Fortschrittspartei vor allem durch ihn vertreten. Der Vereinigung selbst geht eine heftige innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen Hänel und Richter voraus. Er führt vor allem mit Bamberger die Verhandlungen über die Fusion.[84]) Seine Tätigkeit in der Deutsch-Freisinnigen Partei ist unter dem Gesichtspunkt zu werten, daß er ziemlich als einziger schon vorher die innerparteilichen Kämpfe geführt hat und trotzdem im alten Parteiverbande geblieben ist. Er kennt vor der Fusion die guten und schlechten Seiten Richters. Nach der Fusion hat er abwechselnd Streitigkeiten mit Richter, in denen er ihm vorwirft, daß es seine Absicht ist, „die ihm persönlich nicht zusagenden Elemente von der Partei abzusprengen“[85]) aber auch Bundesgenossenschaft mit ihm, vor allem im Kampf mit Bamberger. Er vermag „dem Treiben der Bambergerschen Clique wenig Ge-

[83]) Rachfahl: Kaiser und Reich, S. 97.

[84]) Jellinek: Albert Hänel und Schleswig-Holstein (Zeitschr. d. Gesellsch. f. Schleswig-Holsteinische Geschichte), S. 348. O. Klein-Hattingen: Geschichte des deutschen Liberalismus, S. 435. Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 275.

[85]) Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus, S. 343.

schmack abzugewinnen“[86]). Hänel verläßt Richter im Jahre 1893. Sein Austritt ist trotz der alten Gegensätze eine Belastung des Schuldkontos Richters beim Auseinanderbruch.*)

Aus der Reihe der übrigen Abgeordneten.

Noch eine ganze Anzahl führender Persönlichkeiten der Epoche sind der Deutsch-Freisinnigen Partei zuzurechnen. Georg von Siemens, geb. 1839, ist freisinniger Reichstagsabgeordneter für Sachsen-Koburg-Gotha. Dreißig Jahre steht er an der Spitze der von ihm gegründeten Deutschen Bank. Er ist Großkaufmann im Staate der Beamten und Militärs. Gleichsam „Premierminister eines Bankstaates“, von stolzer Rechtlichkeit und ohne kleinbürgerliche Moral. Er gehört zu denen, die in einem Finanzministerium etwas geleistet hätten, die aber wie andere Freisinnige neben Bismarck beziehungsweise unter ihm in dieser Stellung nicht zu denken sind.[87]) Siemens ist der besondere Gegner der Agrarier. Er wehrt im Parlament auch die meist auf Unwissenheit beruhenden Angriffe auf die Börse ab. Die oft hervortretenden Unterschiede in seiner und Richters Einstellung beruhen darauf, daß der eine etwa der praktische Kaufmann und der andere nur der theoretische Verfechter bestimmter Wirtschaftsanschauungen ist. Siemens ist aus der Praxis heraus Freihändler.

Der Gründer der deutschen Gewerkvereine, Max Hirsch, geboren 1832, seit 1890 als Abgeordneter der Deutsch-Freisinnigen Partei wieder Mitglied des Reichstages, dessen Arbeitsgebiet die Konsum-, Arbeiterbildungs-, Jugendfürsorge- und Frauenschutz-Vereine sind, ist dem Parteiführer Richter aus früherer Zeit, in der er sich auch in gleicher Weise betätigte, gut bekannt. Hirsch hat mit seinen Gewerkvereinen den Weg gewiesen, den die bürgerliche Linke zwischen dem Druck von Regierungs- und sozialdemokratischer Seite halten kann. Bei dem ausgesprochenen Manchestertum der Partei, das auch eine Gegnerschaft gegen den Staatssozialismus mit einbezieht, ist der Arbeiterführer Hirsch Außenseiter. Es wird darauf noch einzugehen sein.

Ausgesprochen linksbürgerlich eingestellt ist auch Theodor Mommsen. Mommsen, geb. 1817 als Sohn eines Lehrers, ergreift die Universitätslaufbahn und wird als außerordentlicher Professor

---

[86]) Rachfahl: a. gl. O.

*) Wie dem Verfasser von einem zur Zeit der Niederschrift noch lebenden Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei versichert wird, spielte dabei ein Konflikt mit dem bei Richter bleibenden Abg. Träger um eine Frau keine unbedeutende Rolle.

[87]) Theodor Barth: Politische Portraits, S. 61.

in Leipzig entlassen. Nach mehrjähriger Professur in Zürich und Breslau wird er nach Berlin berufen. Mommsen plädiert als erster für das Zusammengehen der Deutsch-Freisinnigen Partei mit der Sozialdemokratie. Mommsen hat es „Zeit seines Lebens den herrschenden Gewalten außerordentlich schwer gemacht, ihn so zu ehren, wie er es verdiente".[88]) Er hat nie einen Geheimrats- oder Exzellenztitel angenommen. Er ist mit Ludwig Bamberger eng befreundet und hält an dessen Sarg die Abschiedsrede.

Die Verhältnisse erlauben es Georg von Bunsen, ohne Beruf seinen Neigungen zu leben. Als Sohn einer Engländerin und Gatte einer Engländerin gehört er zu denen, die mit dem Kronprinzen immer Fühlung haben und deshalb von Bismarck gehaßt werden.[89]) Er ist als einer der Veranlasser der Fusion bereits im Jahre 1885 von ihr so enttäuscht, „daß er mit der Absicht nach Berlin kam, entweder die zehn Monate vorher gegründete Deutsch-Freisinnige Partei zu sprengen oder selber sie zu verlassen; nur mit Mühe verhinderten ihn daran seine Freunde".[90]) Trotzdem legt er 1885 sein Mandat nieder, wie Barth betont[91]), aus Gesundheitsrücksichten. Bei seinen Wählern ist er sehr beliebt.

Sachverständiger der Partei in den in allen Parlamentsepochen einen großen Raum einnehmenden Militärfragen ist der Major a. D. Hugo Hintze. Seine schlesische Herkunft (Brieg) ist mit ein Zeichen für die dortige starke Tradition des Freisinns.

Zweiter Vizepräsident des Reichstages wird in den Jahren nach Bismarcks Rücktritt, in der Zeit also, in der die freisinnige Partei politisch mitarbeiten kann, der Abgeordnete und (seit 1890) Oberbürgermeister von Danzig, Karl Baumbach. Baumbach ist das einzige Mitglied der „Sezession", das nach der Spaltung bei Eugen Richter bleibt. Er ist im ganzen gesehen kaum an den persönlichen Konflikten beteiligt, mit denen das Parteileben angefüllt ist. Berater des zweiten Kanzlers in nationalökonomischen Fragen ist der freisinnige Abgeordnete Alexander Meyer, der als wirtschaftlicher Sachverständiger der Partei den Kampf gegen die Schutzzölle führt. Er wird darin von dem Schriftsteller Brömel unterstützt.[92])

Der Gymnasialdirektor und Historiker Constantin Bulle, der Landwirt Dirichlet und der Jurist Munckel sind in der Parteigeschichte weniger hervorgetreten.

---

[88]) Theodor Barth: Politische Portraits, S. 44.

[89]) Georg von Bunsen, Aufsatz im Biographischen Jahrbuch B. 1, S. 34 ff. Verfasser Alexander Meyer.

[90]) Philippson: a. a. O. S. 355.

[91]) Theodor Barth, s. o. S. 67.

[92]) Kulemann: a. a. O. S. 77.

Ihre Eingruppierung.

Von den zwanzig die Partei repräsentierenden Abgeordneten sind im Jahre der Fusion nur vier Sechzigjährige und zwar: Forckenbeck rund 60, Bamberger 61, Virchow 63 und Mommsen 67. Diese vier ältesten Vertreter des Freisinns genießen über die Partei hinaus im deutschen Volk hohes Ansehen. Ihr Verbleiben im Fraktionsverband ist deshalb eine Selbstverständlichkeit. Von einer Überalterung der Fraktion kann nicht gesprochen werden, zumal der Leiter der Parteipolitik selbst erst 46 Jahre alt ist und alle anderen genannten Abgeordneten etwa gleichaltrig oder noch jünger (z. B. ist Theodor Barth im Jahre 1885 erst 35 Jahre alt).

Die Durchsicht ihrer Berufsbezeichnungen läßt den Schluß zu, daß fast zwei Drittel etwa auf Grund eines Vermögens oder einer Pension oder unmittelbar die Politik hauptberuflich betreiben. Zweifellos entspricht das bei den meisten, wie auch dargestellt wurde, dem Lebensgang und der eigentlichen Neigung. Achtzehn Abgeordnete von den genannten zwanzig sind Akademiker, einer ist Militär a. D., einer „nur" Landwirt. Der Typ des Gymnasial- und Universitätsprofessors, der dem Frankfurter Parlament das Gepräge gegeben hat, ist auch beim Freisinn stark vertreten. Der „eiserne Bestand der Deutsch-Freisinnigen Partei"[93]) wohnt in Berlin, auch wenn er in ganz anderen Gegenden des Reiches kandidiert.

---

[93]) Blum: a. a. O. S. 146.

## III. Bismarck und die Deutsch-Freisinnige Partei.

### Vorbemerkung zur Persönlichkeit.

Otto von Bismarck verläßt, um die Schule zu besuchen, schon früh seine ländliche Heimat. Als Student wird er Mitglied eines Göttinger Korps und bleibt von den freiheitlichen Idealen der damaligen Burschenschaften unberührt. Mit vierundzwanzig Jahren verläßt er als Referendar den Staatsdienst und wird wieder Landbewohner. Der pommersche Gutsbesitzer Bismarck gehört 1847 der äußersten Rechten des Vereinigten Landtages an, steht 1848 in der vordersten Reihe der Revolutionsgegner und wird in gewisser Bestätigung dieser Haltung von dem neuen, bereits erwähnten Ministerium des Prinzregenten Wilhelm auf den Botschafterposten nach Petersburg abgeschoben. Diese Vergangenheit und der Anlaß seiner Berufung machen den „Konfliktminister" vom Jahre 1862 zum entscheidenden Gegner des deutschen Liberalismus. Es ist schon betont, daß Bismarck nach der Bewährung seiner Politik im Jahre 1866 der liberalen Mehrheit der Volksvertretung mit der Indemnitätsvorlage die Versöhnung anbietet. Daß ihm dieser Versuch schon am Anfang nur teilweise gelingt, und nach sechzehnjährigem Bündnis wieder vollends mißlingt, liegt nicht zuletzt an seinem ganzen geistigen Zuschnitt, der „mit dem Getriebe konstitutioneller Kammern unverträglich" ist.[94])

### Der Reichskanzler und die freisinnige Opposition.

Persönlichkeit und Leistung des Kanzlers bleibt auch bei gleichzeitiger politischer Gegnerschaft allseitig anerkannt. Ludwig Bamberger hat sich dem das Reich einenden Staatsmann zur Verfügung gestellt und nimmt aus dieser Zusammenarbeit soviel Wertschätzung mit, „daß kaum ein anderes Problem den beweglichen und scharfen, billig denkenden und feinfühligen Geist Bambergers so lange und so tief beschäftigt hat, als das, den Gründer des Deutschen Reiches richtig zu erfassen und ihm gerecht zu werden".[95]) Im Jahre 1867 schreibt er seinen Essay M. de Bismarck, den Bismarck selbst noch zwei Jahre nach der Sezession stolz erwähnt. „Er hat ein Buch über mich geschrieben im Jahre 1867, auf das ich stolz bin."[96]) Ein Kapitel der Geheimen Tagebücher ist mit „Bismarck" überschrieben und das letzte

---

[94]) Spahn: a. a. O. S. 327.
[95]) Hartwig: Ludwig Bamberger, S. 40.
[96]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 20.

Werk Bambergers trägt den Titel „Bismarck posthumus“. In der Verteidigungsschrift der Sezession, in der an sich Bamberger mit der Politik des ersten Reichskanzlers abrechnet, urteilt er über die „überschäumende naturalistische Staatskunst“: „Fürst Bismarck personifiziert in sich den Gedanken, welcher Deutschland als völkerrechtliche Einheit unter Ausschluß Österreichs und unter Führung Preußens herstellen wollte. Und diesen Gedanken hat er mit dem glänzendsten Erfolg durchgeführt. Um die Schaffung der deutschen Großmacht war es ihm zu tun.“[97])

Eugen Richter betont am 5. April 1880 dem damals noch nationalliberalen Abgeordneten Heinrich Rickert gegenüber: „Sie unterschätzen den Reichkanzler; nein, das Gebiet diplomatischer Kunstfertigkeit ist es nicht, auf dem Sie ihm gewachsen sind. Ein solcher Diplomat wird in jedem Jahrhundert nur einmal geboren ... dem kann man nicht mit Halbheiten, mit Schwächen gegenübertreten“.[98]) Nach dem Abgang des Kanzlers gibt er sein Urteil über ihn ab: „Bismarck war aus anderem Stoff als Ihr Armseligen, deren Leben und Lebensspur ein Windhauch von oben für ewig verwischen kann.“[99])

Die politische Gegnerschaft ergibt sich schon aus der Entstehungsgeschichte der Deutsch-Freisinnigen Partei. Gegenüber der Fortschrittspartei als dem einen Teil der Fusion hat der Kanzler schon die Sprengung als „eine wesentliche Aufgabe der erhaltenden Politik“ angesehen.[100]) Über Bismarcks Anteil an der Sezession urteilt Spahn: „Bismarck hatte 1878—1879 das Seinige dazu beigetragen, die Loslösung der altpreußischen Nationalliberalen von ihren übrigen Fraktionsgenossen zu fördern und die bis dahin herrschende Partei zu schwächen. Aber es bot sich ihm hinterher nicht die ersehnte Möglichkeit, eine Neuordnung der Parteiverhältnisse statt der zerstörten aufzurichten.“[101]) Bismarck selbst nimmt zu entsprechenden Einwendungen Stellung: „Es ist eine der vielen unwahren Legenden, daß ich die Nationalliberalen hätte an die Wand drücken wollen. Im Gegenteil, die Herren versuchten, es so mit mir zu machen[102]) (Anm.). Auch Brandenburg

---

[97]) Bamberger: Sezession, S. 61.

[98]) Ullstein: a. a. O. S. 97.

[99]) Harden: a. a. O. S. 241, Richters Rede gegen Bötticher.

[100]) Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, S. 400.

[101]) Spahn: a. a. O. S. 324.

[102]) Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 213.

Anm. Die Legende, um die es sich hier handelt, spricht von einem „an die Wand drücken, bis sie quietschten“.

weist darauf hin, daß die Schuld an der Zersprengung der Nationalliberalen Partei Bismarck allein nicht zugeschrieben werden kann[103]). Jedenfalls beginnt die Fusion von Sezession und Fortschrittspartei die politische Arbeit mit der Belastung der „Anti-Bismarckpartei sans phrase". Sie lebt mit dem Kanzler in ständigem Krieg. Es gibt „keine einzige politische Frage von Bedeutung, in der sich eine Übereinstimmung des Freisinns mit dem Fürsten Bismarck konstatieren ließ".[104]) Schon zehn Tage nach der Fusion erklärt er, daß er den Namen „Deutsch-Freisinnige Partei" amtlich nicht gebrauchen werde. Für ihn sei die Neugründung gefährlicher als die Sozialdemokratie[105]). Wie vorher Forckenbeck, der Oberbürgermeister von Berlin, auf Bismarcks Veranlassung aus der Reihe derer, die zu Hoffesten eingeladen sind, gestrichen wurde[106]), so vertritt jetzt sein Minister von Puttkamer den Standpunkt, daß die Mitgliedschaft bei der Freisinnigen Partei ein Grund sei, neu gewählten Kommunalbeamten die Bestätigung zu versagen.

In dem am 20. November 1884 eröffneten neuen Reichstag wird die mit sechsundsechzig Abgeordneten eingezogene Deutsch-Freisinnige Partei am 26. November von Bismarck begrüßt: „Sie existieren nur noch mit Unterstützung anderer Fraktionen. Sie haben keine selbständige Stellung . . . Deutsch-Freisinnig, das kann ich wirklich nicht über meine Lippen bringen. Ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal niederschreibe oder sage, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die Partei weder für deutsch noch für freisinnig; ich halte sie für eine Gefahr für das Deutsche Reich und für unduldsam, für das Gegenteil von freisinnig."[107]) Andererseits bleibt der Führer des Freisinns, Eugen Richter, von Persönlichkeiten wie etwa Windhorst abgesehen, der politische Gegner Bismarcks, wie er es auch schon vor der Fusion gewesen ist. Poschinger weist darauf hin, daß schon 1880 Richter „immer mehr der Brennpunkt der Opposition wurde[108]). Er zitiert eine Äußerung Bismarcks: „Ich verlasse die Sitzung, sobald Herr Richter das Wort ergreift, nicht, weil ich mir nicht zutraue, seine Reden zu beantworten, sondern weil der oppositionelle Duft, welcher die ganze Person umgibt, meine Nerven affiziert und weil er Satisfaktion für eine Grobheit nur durch gesteigertes Schimpfen zu

---

[103]) Brandenburg: 50 Jahre Nationalliberale Partei, S. 19.
[104]) Nation, Jahrg. 1885, S. 565.
[105]) Nation, Jahrg. 1884, S. 320 und 465.
[106]) Philippson: a. a. O. S. 342.
[107]) Blum: a. a. O. S. 150
[108]) Poschinger: Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 3, S. 29.

geben pflegt. Was er sagt, ist mir übrigens Wurst im Superlativ ... Bekehren werde ich ihn nicht, und besiegen wird er mich nicht, und so ist es am besten, wenn wir uns gegenseitig von weitem bewundern." Für die Art des Kampfes, auf die diese ablehnende Äußerung des Kanzlers sich bezieht, bringt Poschinger ebenfalls verschiedene Beispiele[109]). Das Verhältnis der beiden Gegner bleibt auch nach der Fusion das gleiche. Für Richter ist „der Herr Reichskanzler ... Vater alles Bösen. Fast immer visierte er die Ecke, wo der schwefelgelbe Kürassier zu sitzen pflegte"[110]). Und Fürst Bismarck hat bei einer Kampfansage an Richter „das Gesicht mit einem unglaublichen Ausdruck inneren Behagens und befriedigter Gegnerschaft auf Eugen Richter gerichtet"[111]). Wenn also den „Parlamentariern, die den Zorn Bismarcks erregt hatten, fast unmöglich war, mit diesem über politische Fragen auch sachlich zu verhandeln"[112]), so ist der parlamentarische Führer der Deutsch-Freisinnigen Partei bestimmt die Personifizierung dieses Typs. Noch bei der letzten Reichstagsrede des Kanzlers am 18. Mai 1889 kommt es zu einem erregten Zwischenfall mit dem Freisinn[113]).

Sechs Jahre stehen sich der erste Reichskanzler und die Deutsch-Freisinnige Partei gegenüber.

Die Fusion ist von dieser Basis aus gesehen kein nennenswerter Gewinn für das deutsche Staatsleben. Die Hauptursache der Unfruchtbarkeit der Opposition und des sich daraus ergebenden nutzlosen Kräfteverbrauchs auf beiden Seiten liegt in der schon aufgezeigten Eigenart der Verfassung von 1871. Die jahrzehntelange Dauer des in ihr festgelegten Übergewichts des Reichskanzlers bedingt ein „immer persönlicher gewordenes Ministerregiment", dessen Gefahren „sich aus seinem inneren Zustande heraus" entwickeln[114]). Das Parlament als Mosaikbild, aus dem der Kanzler von Abstimmung zu Abstimmung Steinchen herausnimmt[115]), geht nicht nur den Freisinn an. Der Kanzler selbst kennzeichnet die Unmöglichkeit dieses Zustandes, ohne dabei auf die Ursache einzugehen. „Für mich hat der Beistand, den ich von den Fraktionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer

---

[109]) Poschinger: a. a. O. S. 41 und 96.
[110]) Harden: a. a. O. S. 226.
[111]) Poschinger: a. a. O. S. 179.
[112]) Hartwig: a. a. O. S. 59.
[113]) Poschinger: a. a. O. S. 204/05.
[114]) Bamberger: Sezession, S. 72.
[115]) Nation, Jahrgang 1885, S. 273.

Verkürzung des Erreichbaren angenommen, demgegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen . . . Sie haben mich aber alle angefeindet bis aufs Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Zentrum nicht ausgeschlossen, sobald ich ihnen den Willen nicht tue."[116])

## Der Freisinn zur Entlassung Bismarcks.

Die am 20. März 1890 erfolgte Entlassung Bismarcks ist das Ergebnis einer neuen Entwicklungsphase, an deren Anfang die Person des jungen Kaisers steht*). Der alte Kaiser ist in jeder Auseinandersetzung mit dem Parlament stärkste Stütze des Kanzlers. Sein kranker Nachfolger ändert in den nur neunundneunzig Tagen seiner Regierung nichts daran. Der junge Kaiser aber braucht Raum und sieht in dem Übergewicht des Kanzlers die Beschränkung eigner Entfaltungsmöglichkeiten. Auf dieser Ebene müssen sich Oppositionspartei und Monarch begegnen. Am 24. Januar 1890, erst einen Tag vor Schluß der Reichstagssession kehrt Bismarck nach Berlin zurück. Am 25. Januar fällt kampflos das Sozialistengesetz. Als dann noch am 1. Februar Freiherr von Berlepsch preußischer Handelsminister wird, erörtern die „Nation„ und die „Freisinnige Zeitung" diesen Anfang von Bismarcks Rücktritt. In der „Freisinnigen Zeitung" heißt es: „Wir haben nach alledem zwar keine Ursache, die Bedeutung der Ernennung des Freiherrn von Berlepsch zu überschätzen, aber bis Näheres darüber verlautet, haben wir auch keine Veranlassung, diesen Anfang einer Einschränkung des Einflusses des Fürsten Bismarck auf die Staatsgeschäfte irgendwie ungünstig aufzunehmen."[117]) Am 20. Februar werden die Wahlen zum Deutschen Reichstag durchgeführt, die diesmal vom Kartell ohne Bismarcks Hilfe vorbereitet werden müssen. Auch über diese dem Freisinn zugute kommende Tatsache herrscht große Verwunderung[118]). Die „Freisinnige Zeitung" überschreibt schon am 18. Februar ihren Leitartikel „Besteht eine Kanzlerkrisis?". Am

---

[116]) Spahn: a. a. O. S. 333.

*) Als Darstellungen über die Entlassung Bismarcks seien u. a. genannt: W. Mommsen: Bismarcks Sturz und die Parteien; K. Lange: Bismarcks Sturz und die öffentliche Meinung in Deutschland und im Ausland; Gagliardi: Bismarcks Entlassung; Schüssler: Bismarcks Sturz; Otto Hamann: Der neue Kurs; Rothfels: Bismarcks englische Bündnispolitik; Gradenwitz: Bismarcks letzter Kampf; Hohenlohe: Denkwürdigkeiten; Süddeutsche Monatshefte 1921: Graf Lerchenfeld; Karl Alexander von Müller: Die Entlassung Bismarcks; Bismarck: Gedanken und Erinnerungen.

[117]) „Freisinnige Zeitung" Nr. 37 vom 1. 2. 1890.

[118]) Nation 1890, Nr. 18, Seite 260, Nr. 20, S. 281.

22. Februar nimmt die „Nation“ zu dem umlaufenden Gerücht Stellung und schließt aus den Verlautbarungen „es wird darauf gedeutet, daß Fürst Bismarck vielleicht sogar an einen völligen Rücktritt aus dem Staatsdienst denkt“ . . . Zwei Tage nach der Entlassung erfolgt in der „Nation“ eine Würdigung des großen Ereignisses. Von den „hallenden Worten“ der „Offiziösen“ wird abgerückt und „strenge Gerechtigkeit“ und „würdige Zurückhaltung“ geübt. Man vergißt nicht in durchaus gradliniger Fortsetzung der Haltung der Parteifraktion die Größe des Gegners, die vor allem in seinen außenpolitischen Leistungen liegt, hervorzuheben[119]). Eine Vergleichsmöglichkeit gibt der Abschied der Bismarck-Verehrer, den die „Nationalzeitung“ in folgenden Worten zusammenfaßt: „Man ehre den Fürsten Bismarck am besten dadurch, daß man sich über seinen Fortgang nicht gräme.“[120]) Theodor Barth zieht das Fazit: Die Entlassung Bismarcks war notwendig geworden. Seine Autorität stand notwendigen Neuerungen gegenüber. Der Umstand, daß alles auch ohne ihn weiterging, machte viele nachdenklich[121]). Wilhelm Mommsen faßt die Haltung des Freisinns bei der Entlassung Bismarcks dahingehend zusammen, daß die Freisinnige Presse ohne kleinliche Polemik Bismarcks Abgang als ein Weichen vor dem Zeitgeist gelobt, nachdem sie bis dahin am wenigsten um seine Entlassung gewußt hat[122]). Die Freisinnige Partei war „in dem Kampf gegen den Fürsten Bismarck offenbar zu weit gegangen, nach dessen Entlassung hat sie sich aber unter allen Parteien am anständigsten verhalten“[123]).

### Der Freisinn und Bismarck nach seiner Entlassung.

Der neue Reichstag, der erste, der nicht unter dem Einfluß Bismarcks steht, gibt der Freisinnigen Partei zum erstenmal die Möglichkeit einer „parlamentarischen Initiative“ und positiven Mitarbeit[124]). Aber die Bismarcksche Politik als „elektrischer Pol“[125]), um den sich die deutschen Parteien bisher gedreht hatten, fehlt. „Die Freisinnigen hatten die Kartellparteien oft verspottet, daß sie ohne Bismarck nicht wüßten, was sie sagen, und wie sie handeln sollten. Bei ihnen war dasselbe der Fall, nur mit umgekehrten

---

[119]) Nation 1890, Nr. 25, S. 360.
[120]) Gothein: Caprivi, S. 12.
[121]) Theodor Barth: Politische Portraits, 1904, S. 14.
[122]) Wilhelm Mommsen: Bismarcks Sturz, S. 41 und 150.
[123]) Peitz, Die Parteien im Reichstag, S. 92.
[124]) Nation 1890, Nr. 29, S. 423, Nr. 32, S. 468.
[125]) Walker: Kritik der deutschen Parteien, Leipzig 1887.

Vorzeichen . . . als die gewaltige Macht, gegen die sie kämpften, wankte und dann wich . . .“[126]) Die Maschine des Parlamentarismus ist durch Bismarck gewissermaßen leergelaufen bzw. erst gar nicht in Gang gebracht. Die Rückwirkung der Entlassung ist in dieser Weise „Beginn der Lockerung des Freisinnigen Fraktions-Verbandes[127]). Der Anti-Bismarck bleibt auch nach der Amtsniederlegung „Bestandteil des ungeschriebenen Parteiprogramms“[128]). Der erste Zeitabschnitt wird selbstverständlich damit ausgefüllt, daß die Parteien in ihrem Verhältnis zu dem Alt-Reichskanzler eine Neuordnung vornehmen. Auch danach geht die Beschäftigung mit Bismarck weiter. Es wird festgestellt, daß Bismarck „in den paar Wochen seit seinem Rücktritt jedes Kapital an Einfluß und Sympathie, über das er in Deutschland verfügen konnte, verkleinert und zu vertun begonnen . . . Das Gute des bisherigen Zwischenspiels besteht darin, daß es Mythen zerstörte und Vorstellungen verscheuchte, die das Wachstum und die Entfaltung neuer politischer Kräfte hätte erschweren und hemmen müssen“[129]). Scheinbar ist die freisinnige Partei wie die anderen überrascht darüber, daß es ohne Bismarck geht. Was ihr in der Theorie selbstverständlich war, ist ihr nach sehr langer Opposition in der Praxis doch reichlich ungewohnt. Sie steht an dem seit 1884 erstrebten Ziel und blickt trotzdem immer wieder zu dem entlassenen Kanzler zurück[130]). Es ist bezeichnend, daß die „Nation“ sogar den Neujahrsaufruf im Jahre 1892 zu einer ausführlichen Kritik an Bismarck benutzt. In den Jahren nach Bismarcks Abgang verlangt die Partei Bestätigung dafür, daß sie mit ihrer Gegnerschaft zu ihm Recht gehabt hat. Den eigentlichen Inhalt dieser Gegnerschaft, der jetzt positiv gestaltet werden sollte, vergißt sie dabei beinahe. Kennzeichnend für diese Art des Rückwärtsschauens ist neben den zahlreichen Artikeln der „Nation“ der Inhalt einer häufig erscheinenden Rubrik der „Freisinnigen Zeitung“ „Vom Fürsten Bismarck“.

Anders zu werten ist die Unterstützung, die die Freisinnige Partei bei der Auseinandersetzung leistet, die Bismarcks Nachfolger Caprivi mit dem Altkanzler führt. Sie liegt zwar in der gleichen Linie der rückblickenden Politik, ist aber durchaus Mitarbeit an der Stärkung der Position der neuen Regierung. Als Bismarck im neunzehnten Hannoverschen Wahlkreis zum Reichstag kandidiert, stellt Theodor Barth in der „Nation“ fest, es wäre „ein

---

[126]) Mommsen: a. a. O. S. 156.
[127]) Nation 1893, Nr. 53.
[128]) Ehlers: Im Flusse der Entwicklung, S. 23.
[129]) Nation 1890, S. 467.
[130]) Nation 1892, Nr. 40.

zeichen politischer Reife des deutschen Volkes, wenn es sich durch die Bewunderung der früheren Taten des Fürsten Bismarck nicht dazu bewegen läßt, dem ehemaligen Kanzler des Deutschen Reiches ein Mandat zu übertragen“[131]). Als dann Bismarcks Wahl doch erfolgt ist, wird beim Zusammentritt des Reichstages die Gefahr, daß Bismarck dort erscheint, nicht groß genannt. Er würde „eine Niederlage erleiden, in die hoffentlich seine gesamte Wirtschaftspolitik verwickelt werden würde“[132]). Gerüchten, es sei eine Aussöhnung zwischen Bismarck und dem Kaiser beabsichtigt, wird von den Freisinnigen mit dem Hinweis auf die dadurch gefährdete Autorität der neuen Regierung entgegengetreten[133]). Bei Bismarcks Wiener Mission spricht die „Nation“ sogar von Demagogie, die in früherer Zeit die Verhaftung des Fürsten Bismarck mit sich gebracht hätte[134]). Auch das Ausland sei über die Wühlarbeit Bismarcks völlig einmütig[135]). Die Fahrt Bismarcks durch Deutschland wird ein bedeutungsloses Schauspiel genannt[136]). Sogar beim Volksschulgesetz, bei dem sich die Freisinnige Partei und die Regierung Caprivi im heftigen Kampf gegenüberstehen, empfindet die Partei es als unbequem, „dem Fürsten Bismarck gegen die gegenwärtige Regierung rechtgeben zu müssen“[137]).

---

[131]) Nation 1891, Nr. 28, S. 430.
[132]) Nation 1891, Nr. 8, S. 111.
[133]) Nation 1892, Nr. 38, S. 569.
[134]) Nation 1892, Nr. 40, 9. Jahrg.
[135]) Nation 1892, Nr. 46.
[136]) Nation 1892, Nr. 44.
[137]) Nation 1892, Nr. 17, 89. Jahrg.

## IV. Die Nachbar-Parteien.

### Die Nationalliberale Partei.

Der gemeinsame Ursprung von Deutsch-Freisinniger und Nationalliberaler Partei ist die in der Konfliktszeit im Juli 1861, also noch vor der Berufung Bismarcks entstandene Deutsche Fortschrittspartei. Die Indemnitätsvorlage veranlaßt die fünfzehn ihr zustimmenden Fortschrittler zum Austritt aus der Landtagsfraktion. Zusammen mit neun linken Zentrumsleuten bilden sie die „Neue Fraktion der Nationalen Partei", die im Norddeutschen Reichstag die Nationalliberale Partei wird. Die übrig gebliebene Deutsche Fortschrittspartei geht bis zum 5. März 1884 ihren Weg allein, die Nationalliberale Partei mit Bismarck den Weg „einer allmählichen und schrittweisen Durchsetzung der liberalen Forderungen durch das Mittel fortwährender Kompromisse", bei denen „die Sicherung der staatlichen Machtstellung das unbedingt erste und notwendigste, die innere Ausgestaltung erst das zweite ist"[138]). Führer der Partei wird der Hannoveraner Rudolf von Bennigsen. Die von ihm durchgeführte Anpassung des Liberalismus an die verfassungsmäßigen Zustände dauert die zehn Jahre des Reichsaufbaues an. Die Änderung der Bismarckschen Wirtschaftspolitik und die sich zerschlagenden Verhandlungen um den Eintritt Bennigsens in das Kabinett bringen den Rückschlag — nach dem Abspringen der Schauß-Voelck-Gruppe — die Sezession. Bennigsen, der die Partei aufgebaut und Bismarck zur Verfügung gehalten hat, ist empört „über alle Mißhandlung und Falschheit, die in der Szene lag"[139]). Er legt, nachdem er vier Jahre vorher nur mit Mühe davon abgebracht werden konnte, am 11. Juni 1883 seine Mandate in beiden Parlamenten nieder und bleibt bis 1887 dem Reichstag fern. Die führerlose Partei hilft sich zunächst damit, daß sie die Stellungnahme zur wichtigen Frage Schutzzoll oder Freihandel mit der Berliner Erklärung von 1881 den einzelnen Abgeordneten überläßt. „Wir halten an der Überzeugung fest, daß entgegenstehende Meinungen über Schutzzoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen."[140]) Damit ist dem Wunsch

[138]) Brandenburg: 50 Jahre Nationalliberale Partei, S. 6.
[139]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 328.
[140]) Stillich: a. a. O. S. 174.

der Schutzzöllner in der Partei der großen Grundherren, Zechen- und Fabrikbesitzer entsprochen. Diesen Weg geht Johannes Miquel, der Mitkämpfer Bennigsens, in seinem Bemühen um Reorganisation der Partei gradlinig weiter. In der Heidelberger Erklärung vom 23. März 1884 anerkennt er die Zollpolitik Bismarcks. Ein Parteitag, der am 18. Mai 1884 in Berlin zusammentritt, billigt die Heidelberger Erklärung. Die Parteilinie verschiebt sich damit weiter nach rechts. Zweifellos ist die Organisation damit vor dem Zusammenbruch bewahrt, Sezession und Fusion sind pariert und ein großer Teil der Nationalliberalen Wähler wird bei der Fahne gehalten.

Der neue Mann, der dem Linksliberalismus im Zeitpunkt seiner Fusion einen Rechtsliberalismus entgegenstellt, wird von Brandenburg im Vergleich zu Bennigsen „temperamentvoller als er, eben deshalb aber auch sprunghafter in seinen Entschlüssen und wechselnder in seinen Anschauungen" genannt[141]). Wilhelm Mommsen weist in seiner Biographie Miquels, die bisher nur im Band 1 (bis 1866) vorliegt, mehrfach auf die „Doppelpoligkeit" hin, die „sein persönliches Wesen kennzeichnet". Er betont in der Einleitung, daß in dem Wort vom „unsicheren Kantonisten, der höchst begabt, aber zugleich höchst egoistisch auf allen Sätteln reiten konnte", ein „Kern von Wahrheit liegt", und schließt mit dem Hinweis auf die südfranzösische Abstammung des Politikers, der „prosaischen Welt der Wirklichkeit"[142]). Miquel, der Mann der gegebenen Tatsachen, steht den Verfechtern liberaler Traditionen gegenüber. Als Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. hat er insbesondere mit den süddeutschen Anhängern der Partei engere Fühlung. Den Fortschrittlern ist der neue nationalliberale Führer von seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Kommission für die Reichsjustizgesetzentwürfe noch in einer Erinnerung, die für die Zusammenarbeit gerade nicht besonders förderlich erscheint. Die Sezessionisten wollen die persönlichen Bande zum linken Bennigsen-Flügel der Partei, der die Miquelsche Politik mitmacht aber nicht trägt, nicht abreißen lassen. Ihre Bedingung bei der Fusion ist kein Kampfprogramm gegen die Nationalliberale Partei[143]). Im Jahre 1885 muß Tiedemann sich bei Miquel sogar darüber beklagen, daß die Nationalliberale Presse einhellig gegen den konservativen und

---

[141]) Brandenburg: a. a. O. S. 20.

[142]) Wilhelm Mommsen: Johannes Miquel, S. 2, 167, 323, 373.

[143]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. Aus einem Brief Rickerts vom 4. Februar 1884.

nicht gegen den freisinnigen Nachbar Stellung nimmt[144]). Bennigsen betont noch sieben Jahre später, nachdem er längst wieder in die Politik zurückgekehrt war, in einer Rede ausdrücklich die Gemeinsamkeit aller Liberalen (22. Januar 1892). Der offizielle Parteikurs geht über Abstimmungen bei den Zollvorlagen, über die Verlängerung des Sozialistengesetzes, zum Wahlkartell mit den Konservativen und der Reichspartei am 15. Januar 1887. Der Vater des Kartells ist zweifellos Bismarck. Dadurch ist die Stetigkeit der rechtsgerichteten Politik der Nationalliberalen Partei bestätigt. Sie ergibt sich auch nach der ersten Kartellbildung aus der Annahme der Branntweinsteuer und der Verlängerung der Legislaturperiode, zweier Maßnahmen, auf die noch einzugehen sein wird, und die die ihnen zustimmenden Nationalliberalen sehr unpopulär machen. Verbunden mit dieser Politik ist eine Verlagerung des Parteiinteresses von der Stadt auf das flache Land, also die Werbung des Ersatzes für die durch die Sezession verlorenen Wählerschichten. Tatsächlich wechseln auch die Wahlkreise der Nationalliberalen sehr stark von der Stadt zum Land[145]). Bismarck, der schon 1884 seiner Freude über das Zusammenwirken von Konservativen und Nationalliberalen Ausdruck geben zu können glaubt[146]), hat durch die Kartellbildung zwischen den beiden großen liberalen Parteien einen Abstand und Gegensatz erreicht, der besteht, auch wenn die „Nation" im Jahre 1889 bei der Erneuerung des Kartells darauf hinweist, daß „die Gegner des Kartells den Nationalliberalen politisch näher stehen, als die Kartellpartner[147]). Der Eintritt Miquels in die Regierung im Jahre 1890 trägt dazu bei, daß auch nach der Entlassung Bismarcks in diesem Verhältnis keine Änderung eintritt. Ein Vergleich zwischen den beiden aus einer Wurzel entstandenen Parteien ergibt folgende Tatsachen: Die Nationalliberale Partei setzt dem Streben nach Freiheit das nach Einheit voran. Die Freisinnige Partei ist opportunistische Regierungspartei, der Freisinn Opposition. Der Nationalliberalismus will eine Verfassungsreform nur für die Verantwortlichkeit der Minister, der Freisinn erstrebt eine parlamentarische Regierungsform. Die Nationalliberalen halten am preußischen Pluralwahlrecht fest, der Freisinn wünscht die Übertragung des Reichstagswahlrechts auch auf Preußen. Die Nationalliberalen wollen ausschließlich die höchste militärische Sicherung, der Freisinn erwartet dabei auch

---

[144]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. S. 421, Tiedemann am 2. September 1885 an Miquel.

[145]) Pachnicke: a. a. O. S. 93.

[146]) Poschinger: a. a. O. S. 144.

[147]) Nation 1889, Nr. 10, S. 137.

die Berücksichtigung des Volksinteresses. Die Forderungen der Nationalliberalen „auf dem sozialen Gebiet repräsentieren von denen aller liberalen Parteien das Minimum“[148]). Die Partei ist also stärkste bürgerliche Unternehmer-Vertretung, während der Freisinn doch mehr Rücksicht auf Arbeiter- und Mittelstandsinteressen zu nehmen hat. Unter den Nationalliberalen sind auch Schutzzöllner; die Freisinnigen sind ausschließlich Freihändler. Die Nationalliberalen unterstützen die Kolonialpolitik, die Freisinnigen lehnen sie ab[149]).

Bei dieser Verschiedenheit, der eine Verschiedenheit der Wählerschichten beider Parteien entsprechen muß, ist die Wiederverschmelzung für absehbare Zeit „Utopie“[150]). Die Größe der Nationalliberalen Partei liegt vor der Entstehung des Freisinns. Man könnte fast von zwei Nationalliberalen Parteien vor und nach 1884 sprechen.

### Die Deutsche Volkspartei.

Der Deutsch-Freisinnigen Partei nahe steht die Deutsche Volkspartei. Ihre Anfänge gehen ebenfalls auf die Bewegung von 1848 zurück. Im Jahre 1868 wird sie die Zusammenfassung der süddeutschen Demokraten gegen Bismarcks Norddeutschen Bund. Der Programmentwurf der Volkspartei stammt von dem alten Vorkämpfer der Demokratie Johann Jacoby. Im Gründungsland Württemberg ist sie so stark, daß ihr Führer Friedrich von Payer das Landtagspräsidium übernimmt. Hier verzichtet auch die Freisinnige Partei mit einer einzigen Ausnahme auf eigene Wahlkandidaten, um jede Kräftezersplitterung zu vermeiden. Im Reichstag schließt die niemals Fraktionsstärke erlangende Volkspartei sich der Fortschrittspartei an. Nach den Wahlen von 1890 wird daraus fast ein Hospitantenverhältnis. In Baden entsteht zur gleichen Zeit eine gemeinsame Organisation[151]). Von dem Volksparteiler Leopold Sonnemann wird die „Frankfurter Zeitung“ gegründet.

### Sozialdemokratie und Sozialistengesetz.

Im Lager der Süddeutschen Volksparteien stehen die sich mit zunehmender Industrialisierung des Reiches ausbreitenden Süddeutschen Arbeitervereine. In Sachsen bilden sie sogar den Kern der Partei. Ein Leipziger Komité bereitet mit Zustimmung der

[148]) Stillich: a. a. O. S. 127.
[149]) Wenck: a. a. O. S. 82.
[150]) Nation 1892, Nr. 19.
[151]) Nation 1890, S. 760, Nr. 51.

Fortschrittspartei die Erfassung der Arbeiter in Norddeutschland vor. Aber die Führer der Fortschrittspartei schenken diesen Bestrebungen nicht genügend Beachtung, so daß der entstehende Allgemeine Deutsche Arbeiterverein unter Ferdinand Lasalle in Nord- und Westdeutschland politisch selbständig wird. Bis 1875 bleiben die Süddeutschen Arbeitervereine Teil der bürgerlichen Linksparteien. Ihr Führer Bebel z. B. ist Abgeordneter der Sächsischen Volkspartei. Auf dem Kongreß in Gotha wird dann die Trennung von den Bürgerlichen und die Vereinigung mit der Lasallegruppe endgültig vollzogen. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands ist damit geschaffen. Sozialismus steht gegen Liberalismus. Das in der Revolutionszeit geschlossene Bündnis zwischen dem dritten und vierten Stand ist in Fragen der Tagespolitik von einem Nebeneinander im Grundsätzlichen durch ein Gegeneinander abgelöst. Die liberalen Versuche, die Arbeiter in Bildungsvereinen zusammenzuschließen, werden durch die Sozialdemokratie in die Defensive gedrängt. Bis zum Tode von Max Hirsch im Jahre 1905 darf kein Mitglied seiner liberalen Gewerkvereine gleichzeitig Mitglied oder Anhänger der Sozialdemokratie sein, ein entsprechender Revers wird erst 1907 abgeschafft.

Die neue Partei kann „aus der Not, die im wirtschaftlichen Leben seit 1873 mit dem Rückschlag gegen die übertrieben vielen Gründungen eingekehrt war, den vollen Nutzen ziehen“ und nimmt rasch zu[152]). Im Jahre der Fusion hat sie trotz größter Schwierigkeiten, auf die einzugehen sein wird, über eine halbe Million Wähler.

Auch bei gleicher Abstimmungsfront im Parlament ist die Erkenntnis der Gefahr im liberalen Lager vorhanden. Theodor Barth weist in der „Nation“[153]) darauf hin, daß er seine Wochenschrift zum Kampf gegen den Sozialismus gegründet habe, und Eugen Richter stellt in seinen „Jugenderinnerungen“ fest: „Den damals gegen die Sozialdemokratie begonnenen Kampf habe ich, von denselben Anschauungen ausgehend, nunmehr bald dreißig Jahre hindurch fortgeführt, zuletzt literarisch in meinen Broschüren in den Jahren 1890 und 1891 über „Die Irrlehren der Sozialdemokratie“ und „Die Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“.“[154]) Im Lager der Sozialdemokratie wird der weltanschauliche Kampf gegen den Liberalismus von Franz Mehring und August Bebel geführt.

---

[152]) Spahn: a. a. O. S. 278
[153]) Nation, 2. Jahrgang, S. 55.
[154]) Eugen Richter: Jugenderinnerungen, S. 96.

Schon vor der Fusion macht Bismarcks Methode der Ausnahmegesetzgebung die geistige Auseinandersetzung unmöglich. Die neue Partei bedroht nach Auffassung der Regierung mit ihren „klassenkämpferischen Forderungen" die bestehende Staats- und Wirtschaftsordnung. Der Kanzler benutzt deshalb die Gelegenheit, die zwei Attentate auf den greisen Kaiser im Jahre 1878 ihm geben, um dem Reichstag einen Gesetzentwurf gegen die freie Betätigung der Sozialdemokratie vorzulegen. Der Entwurf wird nach dem zweiten Attentat und nach einem vom Kanzler darauf abgestellten Wahlkampf, „einem der gehässigsten Wahlkämpfe in Deutschlands innerer Geschichte[155])", gegen die Stimmen der Fortschrittspartei angenommen. Die Nationalliberalen stimmen erst nach dem zweiten Attentat für das Sozialistengesetz. Sie sind von allen Parteien dabei die einzige, die ihren prinzipiellen Standpunkt aufgegeben hat. Sie haben allerdings im Wahlkampf die stärkste Einbuße erlitten. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes im Mai 1884 ruft in der eben erst gebildeten Deutsch-Freisinnigen Partei den ersten Konflikt hervor. Sechsundzwanzig freisinnige Abgeordnete, meist ehemalige Sezessionisten, stimmen für die Annahme des Gesetzes. Sie sind sich vor allem darüber klar, daß bei einer etwaigen Ablehnung der Reichstag aufgelöst wird. Bamberger berichtet, daß selbst Richter die Stärke seiner Fraktion, eingedenk der schweren Niederlage der Nationalliberalen von 1878 insofern korrigiert, als er „etliche Getreue, die kommen wollten, abwiegeln" läßt[156]). Nach der Verlängerung von 1886 erläßt der Minister von Puttkamer noch seinen verschärfenden Erlaß gegen den Streik. Der von einer Kommission des Reichstages abgeschwächte letzte Entwurf eines Sozialistengesetzes bildet am 24. Januar 1890 im Kronrat den Gegenstand ernster Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und dem jungen Kaiser. Am 25. Januar wird der Entwurf von einem Reichstagsplenum, dem Bismarck selbst fernbleibt, abgelehnt. Zur neu geschaffenen Situation nimmt die Nation Stellung. „Das Überraschende der Lage liegt nicht darin, daß das Sozialistengesetz abgelehnt worden ist, sondern darin, daß die Regierung, welche die Verhältnisse genau übersah, es auf diese Ablehnung hat ankommen lassen[157])." Als dann die Thronrede, mit der der alte Reichstag geschlossen wird, das Sozialistengesetz nicht mit einem Wort erwähnt, und die Thronrede im neuen Reichstag am 6. Mai wiederum nicht darauf eingeht, findet man erst die Annahme bestätigt, daß

---

[155]) Spahn: a. a. O. S. 291.

[156]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 293.

[157]) Nation 1890, S. 263.

das Sozialistengesetz auch von der Regierung fallen gelassen ist und damit am 30. Juni 1890 abläuft. Die Freisinnige Zeitung veröffentlicht gewissermaßen Verachtung heischend: „Folgende achtundneunzig Abgeordnete haben am 25. Januar im Reichstag für das dauernde Sozialistengesetz gestimmt“[158]).

Die grundsätzlich ablehnende Haltung des Freisinns gegenüber dem Sozialistengesetz entspricht selbstverständlichster liberaler Auffassung. Das Gesetz sieht Verbot sozialdemokratischer Vereine und Veranstaltungen vor. Es macht die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes und die Ausweisung sozialdemokratischer Agitatoren möglich. Nach einer Statistik sind unter ihm dreizehnhundert Druckschriften und dreihundertzweiunddreißig Organisationen verboten worden, neunhundert Ausweisungen erfolgt und etwa tausend Jahre Freiheitsstrafen verhängt[159]). Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Freisinnige Partei auch unter Hintanstellung rein parteitaktischer Bedenken diese Verletzung freiheitlicher Grundrechte, übrigens auch ihres Parteiprogramms, scharf bekämpft und immer wieder Milderungen und Beseitigungen verlangt*). Bei dieser völligen Verkehrung der Verhältnisse ist es dem Freisinn kaum möglich, den an sich notwendigen weltanschaulichen Kampf mit dem Sozialismus zu führen. So muß er zusehen, wie die Sozialdemokratie ungehemmt durch das Sondergesetz ihn aus der Großstadt in die Provinz verdrängt. In den Wahlkämpfen ist festzustellen, daß die Gewinne der Sozialdemokratie über Erwarten groß sind und in Städten wie etwa Bremen auf Kosten des Freisinns gehen*). Theodor Barth vergleicht die Schwierigkeit des Wahlkampfes gegen die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz mit der Möglichkeit nach seinem Aufhören und betont, daß man die Sozialdemokratie ohne das Gesetz glänzend abführen könne. Die Freisinnige Partei „wird in Zukunft mehr als je die Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen[160]).“ Allerdings wirkt der neue Kurs des „Staatssozialismus“, auf den noch einzugehen sein wird, so hemmend, daß auch nach 1890 Sozialdemokratie und Deutsch-Freisinnige Partei ohne Ausgleich ihrer wirtschaftlichen Gegensätze nebeneinander marschieren.

---

[158]) „Freisinnige Zeitung“ 1890, Nr. 25.

[159]) Paul Hirsch: Die Sozialdemokratie. Handbuch der Politik, S. 49.

*) So z. B. am 26. 11. 1885 der Antrag Lenzmann, der Entschädigung für unschuldig erlittene Haft verlangt.

*) Die Sozialdemokratie hat Stimmen: 1884 550 000; 1887 763 000, 1890 1 427 000; 1893 1 786 000.

[160]) Nation 1890, S. 289.

## V. Die drei Kaiser

### Wilhelm I.

Kaiser Wilhelm I. ist in seinem Leben ständig Verfechter altpreußisch monarchischer Tradition. Vor dem Regierungsantritt führt er die Truppen des Königs gegen die Revolution, und muß deshalb für einige Zeit außer Landes gehen. Seine Regierung selbst beginnt mit einem Kurswechsel, der „Neuen Aera", die aber nach kurzer Dauer im Heereskonflikt durch das Ministerium Bismarck abgelöst wird. Seither ist Wilhelm I. des Kanzlers stärkste Stütze gegen die Parteien. Der erste Träger der wiedergewonnenen deutschen Kaiserkrone steht in seinen eigentlichen Regierungsjahren über jeder Parteimeinung erhaben. Seine konservative Grundauffassung wird von allen Richtungen als selbstverständlich respektiert. Die Attentate auf ihn, den Greis, lehnen die Sprecher der Konservativen bis zu denen der Sozialdemokratie einmütig und mit gleicher Ehrlichkeit ab. Des Kaisers Haltung bei Bismarcks Vorschlag, den Führer der Nationalliberalen in das Kabinett zu nehmen, ist kennzeichnend für sein traditionell politisches Denken. Nach Tiedemann hat er dabei seinen Kanzler angesehen, „als ob er mit einem Übergeschnappten spräche[161])". „Es sei jetzt Zeit, mit dem Liberalisieren einzuhalten. Er habe viele Konzessionen gemacht, aber jetzt sei es genug" äußerte er sich gleichzeitig Hohenlohe gegenüber[162]). Im Jahre der Fusion ist der Kaiser siebenundachtzig Jahre alt.

### Friedrich III.

Die Hoffnung auf die Thronbesteigung seines Sohnes Friedrich hat zweifellos zur Vereinigung von Sezession und Fortschrittspartei mit beigetragen. Außer Zweifel steht, daß zwischen dem Kronprinzen und freisinnigen Politikern enge Verbindungen bestehen. Die im Jahre 1932 von Ernst Feder herausgegebenen Tagebücher Ludwig Bambergers liefern unzählige Beweise dafür. Bamberger selbst „Der Nachbar" erweist sich in diesen Aufzeich-

---

[161]) Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten, II. Bd., S. 129; nach Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 321.

[162]) Spahn: a. a. O. S. 285.

nungen geradezu als der geheime Ratgeber des Kronprinzen- und späteren Kaiserpaares. Bekannt ist auch die Freundschaft Friedrichs mit Max von Forckenbeck, Franz von Stauffenberg und Karl Schrader, dessen Frau Henriette durch ihre Sozialarbeit mit der Kronprinzessin sehr oft zusammenkommt. Den toten Eduard Lasker ehrt der Kronprinz in krassem Gegensatz zu dem Kanzler durch eine Kranzspende. Dem gegen Bismarck auf dem schon erwähnten Städtetag auftretenden Forckenbeck erklärt er: „Ihrer Rede im Zoologischen Garten habe ich ja zugejubelt[163])". Wie sehr auch die öffentliche Meinung die Berechtigung der freisinnigen Hoffnungen auf den Regierungsantritt des zweiten deutschen Kaisers bestätigt, zeigt ein späterer Brief des Nachfolgers Bismarcks, von Caprivi, in dem Caprivi beklagt, „Daß Kaiser Friedrich nicht dazu gekommen ist, auch nur für kurze Zeit seine Ansichten mit freisinnigen Ministern zu prüfen[164])." (Anm.) Ob ein gesunder Kaiser Friedrich das Staatsschiff im Sinne des Freisinns gelenkt hätte, bleibt ungelöste Streitfrage. Der totkranke Monarch kann an Reformen und Umänderungen nicht denken. Seine gezählten Regierungstage dürfen keine Erschütterungen des Staatsgefüges mit sich bringen. Das stete Einvernehmen mit Bismarck ist für diese Zeit zwingende Notwendigkeit. Umsomehr sind seine wenigen Regierungshandlungen Beweise seiner liberalen Gesinnung. Sein Wunsch, den hervorragenden liberalen Parlamentariern Virchow, Mommsen, Hänel und von Stauffenberg Ordensauszeichnungen zu verleihen, scheitert an dem Widerstande des Fürsten, der für diesen Fall das Entlassungsgesuch des gesamten Staatsministeriums in Aussicht stellt[165]). So begnügt sich Friedrich III. damit, den drei Männern, deren außerpolitische Verdienste ausreichender Anlaß sind, Adlerorden zu verleihen (Simson, Virchow und Forckenbeck). Den schon genannten reaktionären Innenminister von Puttkamer, dem der Reichstag Wahlbeeinflussung vorwirft, verabschiedet der Kaiser durch ein persönliches Handschreiben, in dem er diesen

---

[163]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 332.

[164]) M. Schneidewin: Briefe des Reichskanzlers von Caprivi. Brief vom 30. 12. 1895, S. 243.

Anm. Bismarck allerdings erklärt in den „Gedanken und Erinnerungen" Kapitel 33: „Es war ein weit verbreiteter Irrtum, daß der Regierungswechsel von Kaiser Wilhelm zu Kaiser Friedrich mit einem Ministerwechsel, der mir meinen Nachfolger gegeben haben würde, verbunden sein müßte. Als der Gesundheitszustand Wilhelms I. im Jahre 1885 Anlaß zu ernsten Besorgnissen gab, berief der Kronprinz mich nach Potsdam und fragte, ob ich im Falle eines Thronwechsels im Dienst bleiben würde."

[165]) Poschinger: a. a. O. S. 194.

Vorwurf übernimmt. (Anm.) Wie die Tagebücher Bambergers erweisen, hat dabei der Kaiser genau einen Vorschlag des „Nachbarn" befolgt[166]). Es dürfte zutreffen, daß diese Maßnahme nur unter stiller Duldung Bismarcks erfolgt ist. Sonst hätte der Kaiser kaum in seinem Gesundheitszustand eine Entscheidung von dieser Bedeutung fällen können. In einer Frage kämpft die Kaiserin immer wieder gegen Bismarcks ablehnende Haltung an, das ist das Heiratsprojekt ihrer Tochter Viktoria mit dem Fürsten Alexander von Battenberg. Bismarck verhält sich gegenüber diesen Plänen der Kaiserin mit Rücksicht auf Rußland, das dem Battenberger den bulgarischen Thron genommen hat, schroff ablehnend. Daß der Kaiser dem Drängen seiner Frau nicht nachgibt, zeigt sein festes Zutrauen zu der Außenpolitik des Kanzlers.

Über die neunundneunzigtägige Regierung Friedrichs III. gibt ein Kapitel „Das Geheimnis der 99 Tage" in den schon erwähnten Tagebüchern Bambergers wichtige Aufschlüsse. Auch bei Abrechnung der Parteieinstellung des Verfassers zeigt die Veröffentlichung seiner Zeitaufzeichnungen, daß die Meinung, Friedrich III. sei von den Liberalen zu Unrecht „okkupiert" worden, nicht zu Recht besteht. Der im liberalen Bürgertum fest verwurzelten Auffassung, der Kaiser Friedrich gehöre zu ihm, liegen, wie sich jetzt erweist, Tatsachen zugrunde.

Am 15. Juni 1888 wird der kaiserliche Dulder durch den Tod erlöst. In den Bürgerhäusern mit einer liberalen Tradition werden noch jetzt Aussprüche dieses Hohenzollern gerahmt aufbewahrt. Friedrich Naumann faßt das Verhältnis von Monarch und liberaler Partei zusammen: „die Geschichte überspringt mit Kaiser Friedrich den Liberalismus[167])".

## Wilhelm II.

Noch zu Lebzeiten ihres Gemahls beklagt sich die Kaiserin Friedrich darüber, daß der Kronprinz Wilhelm als der wirkliche Kaiser betrachtet wird und der wirkliche Kaiser nur als ein Schatten. „Den jetzigen kranken Kaiser will man ertragen, solange er durch keinerlei Eingriffe die Maschine des Ministeriums hindert[168])." Sie

---

Anm. Am 6. Mai 1888 wurde nach der großen „Landratsrede" Richters das Mandat des Bruders des Ministers von Puttkamer-Plaut einstimmig für ungültig erklärt (Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 56).

[166]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 391.

[167]) Friedrich Naumann: Die politischen Parteien, S. 76.

[168]) Bleistiftnotizen der Kaiserin vom 16. Mai 1888. Nach Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 358.

weist zwar Befürchtungen, daß man an die Einsetzung einer Regentschaft denke, zurück, aber auch nur in dem Bewußtsein, daß Bismarcks monarchisches Gefühl derartige Befürchtungen als absurd erscheinen läßt[169]). Bismarcks Auffassung von dem Gottesgnadentum des Königs hat sicher auch gegenüber Friedrich III. volle Geltung gehabt. Aber es ist nicht weiter verwunderlich, daß andere maßgebende Kreise des Reiches, bei denen Bismarck seiner Einstellung aber auch seiner Stellung nach die Ausnahme bildet, dem neuen Kurs, der in Gestalt des Thronfolgers nur noch wenige Tage auf sich warten lassen kann, vollauf Rechnung zu tragen suchen.

Der neunundzwanzigjährige Monarch betont in seinen Thronreden am 25. Juni vor dem Reichstag und am 27. Juni vor dem Landtag, daß er in die Fußtapfen seines Großvaters trete und an der preußischen Verfassung „unverbrüchlich" festhalte. Klein-Hattingen zieht das Fazit dieser Reden. Die Liberalen erwarten demgemäß von dem neuen Herrscher keinen Umschwung in ihrem Sinne, aber auch keine Reaktion. „Die Erweiterung der Volksrechte stand nicht auf seinem Programm[170])." Am Tage zwischen den beiden Reden schreibt Karl Schrader an Franz von Stauffenberg: „Wir müssen und können — da wir ein voraussichtlich langes Regiment des Kaisers Wilhelms II. haben werden — nicht auf den augenblicklichen, sondern auf den dauernden Erfolg arbeiten. Wir müssen abschütteln, was dem Liberalismus entgegen ist[171])." Das bedeutet eine Entschiedenheit in der Haltung und das Aufhören einer Kompromißneigung. Man wird damit der Situation gerecht. Zwischen Vater und Sohn bestand weder persönliche noch politische Verbundenheit. Schon „der Kronprinz Wilhelm fuhr zu Puttkamer und dann zum Kanzler, machte dem letzteren eine Szene und Vorwürfe über den Orden an Forckenbeck[172])". Der junge Kaiser will sofort den Minister von Puttkamer zurückrufen, verzichtet aber auf den Rat Bismarcks darauf. Bismarck hat an sein monarchisches Gefühl appelliert. Das Wohlwollen des neuen Herrn wird dem Verabschiedeten dadurch gezeigt, daß er den Schwarzen Adlerorden erhält[173]).

Im Herbst 1888 beginnt dann ein Kampf, in dessen Mittelpunkt wiederum der Name des verstorbenen Monarchen steht. Die „Deutsche Rundschau" veröffentlicht Auszüge „Aus dem Tage-

[169]) Ebenfalls Bleistiftnotizen der Kaiserin. Nach Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 360.
[170]) Klein-Hattingen: a. a. O. S. 451.
[171]) Heyderhoff-Wentzke: a. a. O. S. 443.
[172]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 359.
[173]) Harden: a. a. O. S. 45.

buche des Kronprinzen im Kriege gegen Frankreich 1870/71[174])". Die darin enthaltene neue geschichtliche Tatsache, daß der Kronprinz am deutschen Einigungswerk Anteil hat, wird von der öffentlichen Meinung lebhaft begrüßt, bis Bismarcks Immediatbericht an den Kaiser vom 23. September einen Stimmungsumschwung und die Verfolgung des Herausgebers einleitet. Professor Heinrich Geffcken, dem der Reichskanzler Fälschung und Landesverrat vorwirft, stellt sich freiwillig den Gerichten, wird neunundneunzig Tage in strenger Haft behalten, am 5. Januar 1889 aber vom Reichsgericht freigesprochen. Es ist kennzeichnend für die Schärfe des Kampfes, daß Bismarck trotzdem mit kaiserlicher Erlaubnis die Anklageschrift veröffentlicht. Während hierbei der Kanzler oft rücksichtslos seiner „Entrüstung über die Intriganten und Ohrenbläser, die sich einer arglosen und edlen Natur wie Kaiser Friedrich aufdrängten[175])" Ausdruck gibt, tritt Wilhelm II. bald selbst der Ausspielung des toten Vaters gegen ihn durch die gesamte liberale Presse der Hauptstadt entgegen.

Die Berliner städtischen Behörden beschließen die Einrichtung einer Stiftung mit dem Namen Kaiser Friedrichs. Die Zinsen soll die Kaiserin Friedrich für einen im Sinne des Verstorbenen liegenden Zweck verwalten. Außerdem soll ein Denkmal für Kaiser Friedrich in der Hauptstadt aufgestellt werden, dessen Kosten durch Sammlung unter den Einwohnern der Stadt aufgebracht werden[176]). Um den regierenden Kaiser durch diese Beschlüsse nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen, überreicht ihm am 27. Oktober 1888 eine Abordnung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung von Berlin die Schenkungsurkunde über den Begas-Brunnen. Bei dieser Gelegenheit äußert der Kaiser unverhüllt seinen Unwillen über die Haltung der hauptstädtischen Presse. Als dieser Empfang mit einer anderen Tendenz in den Berliner Zeitungen besprochen wird, veröffentlicht der Reichsanzeiger am 3. November 1888 folgende Erklärung: „Seine Majestät der Kaiser und König haben ausdrücklich zu erklären befohlen, daß es der Inhalt und die Tonart der freisinnigen Blätter seien, welche allerhöchst seine Gefühle verletzt haben[177])."

Auf der anderen Seite aber nimmt der Kaiser durchaus im Sinne der Bismarck'schen Politik auch gegen die Konservativen,

---

[174]) Margarethe von Poschinger: Kaiser Friedrich, II.Bd., Kap. 8.

[175]) Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, II. Bd., S. 143; siehe auch Kaiser Friedrichs Tagebuch und der Prozeß Geffcken von Richard Grelling bei Alfred H. Fried & Cie., Berlin 1889.

[176]) Rößler: a. a. O. S. 1 ff.

[177]) Blum: a. a. O. S. 326.

die ihre Zeit gekommen glauben, Stellung, und bekennt sich ausdrücklich in Beantwortung einer Agitation der Hochkonservativen gegen das Kartell am 2. Oktober 1889 im Reichs- und Staatsanzeiger zur Kartellpolitik. Auf Grund dieser Kundgebung der Krone kommt es im Dezember 1889 zur Kartellerneuerung. Außerdem wird Bennigsen zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt. Man kann sagen, daß Wilhelm II. mit dieser Ernennung der Politik des ersten Reichskanzlers mehr entgegenkommt, als sein Großvater. Daß die Hauptsorge des dritten Kaisers die Reorganisation von Heer und ganz besonders Flotte ist, soll hier nur kurz erwähnt werden. (Anm.)

Die Entlassung Bismarcks und die Preisgabe des Sozialistengesetzes sind zwei Regierungshandlungen, deren Bedeutung für die Politik der Freisinnigen Partei bereits erörtert ist. Zur Würdigung einsichtiger Maßnahmen der Krone ist die Freisinnige Presse insbesondere nach 1890 stets bereit. Sie verzeichnet ausdrücklich die kaiserliche Ermächtigung zur Zurückziehung einer Vorlage zum Bau eines kaiserlichen Absteigequartiers in Frankfurt, den Wunsch, von öffentlichen und behördlichen Geburtstagsfeiern am 27. Januar abzusehen. Im ganzen kann aber die bürgerliche Linkspartei vor und auch nach Bismarcks Abgang der Politik desjenigen Herrschers nicht zustimmen, dessen Ausspruch vom 5. März 1890 so oft als charakteristisch für seine Haltung zitiert wird: „Ich gedenke .... zu wirtschaften .... diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich![178])“

## VI. Caprivi und die Deutschfreisinnige Partei.

### Der neue Kanzler

Caprivis Biograph Arndt weist darauf hin, daß die Nominierung des zweiten Kanzlers bereits im Jahre 1878 durch Bismarck erfolgte. Massow und Poschinger geben dafür Bestätigungen. Es trifft zu, daß der Altreichskanzler selbst — allerdings erst z. Zt. der Kanzlerkrise — „die Aufmerksamkeit seiner Majestät auf den General von Caprivi lenkte“. Die vorhandenen Äußerungen weisen aber lediglich darauf hin, daß Caprivi der in Aussicht genommene

---

Anm. Nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. scheiden noch im Jahre 1888 65 ältere Generale und 165 ältere Stabsoffiziere aus. Von den 33 Divisionen des deutschen Heeres erhalten 22 neue Chefs. Dem Etat von 1889/90 wird eine kaiserliche Denkschrift über den Neubau der Flotte beigegeben. (Delbrück: a. a. O., Bd. 5, S. 469) — (Wenck: a. a. O. S. 180)

[178]) Kaiser Wilhelm II., Reden, S. 97.

preußische Ministerpräsident bei Trennung des Ministerpräsidiums vom Reichskanzleramt sein sollte. Bismarck begründet diese für die Zukunft vorgesehene Trennung damit: „Nur eine militärische Spitze könne im Notfall die zivilistischen Schwächen decken. Als einen geeigneten General bezeichnete ich Caprivi, der zwar in der Politik fremd sei, aber doch ein für den König zuverlässiger Soldat; in der Politik könne er in ruhigen Zeiten als Ministerpräsident ohne Ressort sich wesentlich zurückhalten. Davon, daß Caprivi mein Nachfolger im auswärtigen Dienste werden könne, war damals nicht die Rede[179])."

Abschwächend fügt Bismarck in späterer Zeit hinzu: „Beispielsweise nannte ich, weil der mir gerade zuerst einfiel, den Namen Caprivi — aber mein Vorschlag galt nicht dieser Persönlichkeit, sondern nur dem Generalsrange[180])." Bei der ersten Erwähnung Caprivis durch Bismarck handelt es sich sogar nicht einmal um die Besetzung des Ministerpräsidiums, sondern um die Empfehlung eines Nachfolgers für den Generalstabschef Moltke[181]). Dafür also, daß der zweite Kanzler der von Bismarck in Aussicht genommene Fortsetzer seines Werks ist, liegt kein Hinweis vor. Person und Tätigkeit Caprivis sind für diese Auffassung Bestätigung.

Es steht fest, daß von der Ernennung des Generals Caprivi alles, auch die Presse, überrascht war[182]). Der neue Kanzler ist eine in weitesten Kreisen unbekannte Persönlichkeit. Aus dem Hintergrund des Provinzgenerals ist er lediglich einmal in den Jahren 1883—88 als Chef des Marineamtes hervorgetreten, und nur darüber weiß Eugen Richter zu berichten: „Die Freisinnige Partei erkennt bei ihm (Caprivi) an, daß er im Gegensatz zu seinem Nachfolger in der Marineverwaltung Maß zu halten verstand in der Entwicklung der Marine, die finanziellen Rücksichten nicht außer Acht ließ und zum Unterschied von anderen Ministern im Verkehr mit dem Reichstage einen angemessenen Ton innehielt[183]". Erst mit dem eigentlichen Beginn seiner Amtszeit ist der Nachfolger Bismarcks auch als Persönlichkeit gewertet worden. Der Ansicht, der General Caprivi habe nur auf Befehl des Kaisers das Kanzleramt verwaltet, wird entgegengehalten, daß er mit dem

[179]) Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, S. 89.
Anm. Es ist dabei zu erinnern, daß Bismarck sehr stark an die sozialistische Gefahr dachte.
[180]) Limann: Bismarck Denkwürdigkeiten, S. 545.
[181]) Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, S. 42.
[182]) Schneidewin: System Caprivi, S. 144.
[183]) E. Richter: A. B. C. 1890.

Kaiser dauernd ringt. Der Kaiser beschwert sich oft bitter über den „alten Kanzler-General“[184]). Der persönliche Adjutant Caprivis, v. Ebmeyer, stellt fest: „Nichts ist weniger zutreffend, als die vielfach verbreitete Ansicht, daß er nur der gehorsame Diener seines Herrn gewesen sei, um die Befehle desselben in Empfang zu nehmen und im blinden Untertansgehorsam auszuführen. Wohl keiner hat die verantwortliche Selbständigkeit seiner Stellung so nachdrücklich betont wie Caprivi[185]).“ Einen Mann selbständigen Denkens und Handelns nennt ihn Gothein[186]). Caprivi hat sicher die schwierige Aufgabe, Bismarcks Nachfolger zu sein, als pflichtgewohnter Soldat übernommen. Er wächst aber selbständig in diese Stellung hinein. „Die auf ihn gesetzten Hoffnungen wurden keineswegs enttäuscht[187].“ Als sechzigjähriger hat er bei Übernahme des Amtes gewissenhaft und fleißig gearbeitet und die noch fehlenden Kenntnisse ergänzt[188]). Wenn einer seiner Darsteller, der seine Kenntnisse, wie er selbst sagt, aus einem Zusammensein mit Caprivi im Jahre 1894 in der gleichen Pension schöpfte, feststellt, der Kanzler hätte zu wenig Kenntnisse für das hohe Amt und konnte sie als Sechzigjähriger trotz allen Fleißes nicht nachholen[189]), ist anzunehmen, daß diese Feststellung in der großen Bescheidenheit des dem Erzähler gegenübersitzenden zweiten Reichskanzlers ihren Ursprung hat. Die ganze Tätigkeit Caprivis ist ein Beweis dafür, daß er tatsächlich kenntnisreich ist und bestehende Lücken auch auszufüllen versteht. Theodor Barth stellt in seinem Porträt Caprivis fest, daß seine Kanzlerschaft keinen politischen Zerfall gebracht hat[190]). Alexander Meyer berichtet im Biographischen Jahrbuch, daß die „spartanische Einfachheit“ Caprivis dem Vorwurf Bismarcks, sein Nachfolger habe ihn zur schnellen Räumung der Reichskanzlei gezwungen, widerspricht. Caprivi war Bismarck „auf Befehl so hastig ins Haus gerückt[191]“. Die von Schneidewin veröffentlichten Briefe zeigen immer wieder Zurückhaltung und Bescheidenheit in dem Charakter Caprivis[192]). Der neue Kanzler findet bei der Deutsch-Freisinnigen Partei eine günstige Aufnahme. Die Freisinnige Zeitung begrüßt ihn: „Wir

---

[184]) Delbrück: a. a. O., Bd. 5, Anh. S. 650.
[185]) Ebmeyer: Caprivis Entlassung, S. 207.
[186]) Gothein: Caprivi, S. 17.
[187]) Massow: Innere Politik, S. 3.
[188]) Schneidewin: System Caprivi, S. 13.
[189]) Schulte: Erinnerungen an Caprivi, S. 231.
[190]) Theodor Barth: Politische Porträts 1904.
[191]) Harden: a. a. O., II. Teil, S. 101.
[192]) Schneidewin: Briefe Caprivis 1922.

werden seine politischen Gegner sein, aber wir bringen ihm diejenige persönliche Achtung entgegen, die man einem politischen Gegner schuldet, von dem man überzeugt ist, daß er ein ehrlicher und anständiger Mann, nicht eigensüchtige Interessen verfolgt, sondern das Wohl des Vaterlandes nach seiner Überzeugung und in seiner Art vertritt[193])." Die Nation erklärt noch entgegenkommender: „Der neue Kanzler wird im Parlament mit keinem Vorurteil zu kämpfen haben. . . . Allein diesen aus den Verhältnissen sich ergebenden sachlichen Grund (Bismarcks Alleinherrschaft) möchten wir aus dieser Berufung eines Militärs herauslesen[194]." Am 15. April stellt sich Caprivi zum ersten Mal der Volksvertretung und zwar dem Abgeordnetenhaus vor. Über den Eindruck berichtet Arndt: „Das erste Erscheinen des General-Reichskanzlers entsprach den Erwartungen, welche seit seiner Ernennung zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten weite Kreise erfüllten. Die Rede war fest und entschieden, sicher und bestimmt, bald tönten rechts Beifallsrufe, später rief die Linke ebenso laut Bravo und am Schluß war der Beifall allgemein[195])." Von seinem dabei verkündeten Regierungs-Programm hebt die Nation hervor, daß es zweifelsohne an den schwächsten Stellen der Gesetzgebung einhakt[196]). Vor allem wird seine später oft zitierte Äußerung mit Beifall aufgenommen: „Wir werden das Gute nehmen, von wo und durch wen es auch kommt[197])." Die ebenfalls von Caprivi bei seiner ersten Regierungserklärung abgegebene Stellungnahme, es bleibe der alte Kurs und auch alle Minister der Bismarck-Ministerien, wird durch den Hinweis ausgeglichen, daß die einzelnen Ressorts mehr hervortreten und „die alte kollegiale Verfassung mehr zur Geltung" kommen soll[198]). In einem Appell fordert Caprivi das Abgeordnetenhaus auf, ihm entgegenzukommen und damit die Zusammenarbeit zu garantieren. Der Gegensatz zwischen diesem ersten Auftreten des neuen Kanzlers und der gewohnten Behandlung, die die Volksvertretung durch den alten Kanzler erfuhr, ist außerordentlich. Die Nation stellt fest, daß die nicht verwöhnte Volksvertretung schon durch das sachliche Auftreten Caprivis angenehm berührt war. „Auf üblen Willen wird Herr v. Caprivi nirgends stoßen, Opposition kann ihm nicht erspart werden[199])."

---

[193]) Freisinnige Zeitung Nr. 68 vom 1. 3. 1890.
[194]) Nation 1890 Nr. 25 vom 22. März.
[195]) Arndt: Reden Caprivi, S. 371.
[196]) Nation 1890, S. 116.
[197]) Schneidewin: Caprivi, S. 371.
[198]) E. Richter: A. B. C., Buch 1890, S. 66.
[199]) Nation 1890, Nr. 29, S. 423.

„Von freisinniger Seite wurde das erste Auftreten Caprivis als nichts weniger als der Beginn einer neuen Aera begrüßt[200])". Die gleiche Aufnahme wie im Landtag erfährt Caprivi auch im Reichstag, vor den er übrigens in Uniform tritt[201]).

Möglichkeit der Zusammenarbeit.

Hier wird aber auch schon durch die von der Regierung eingebrachte umfangreiche Gesetzesvorlage das ganze Mit- und Auseinandergehen des Kanzlers und der Freisinnigen Partei angedeutet. Schon in der ersten Beurteilung der neu eingebrachten Gesetze stellt die Nation fest, daß die Partei sachlich dem neuen Kanzler genau so gegenübersteht, wie dem alten und daß sich ihre Mitarbeit daran von der in früheren Jahren nur durch die Formen unterscheiden werde. „Die Stellung der Freisinnigen Partei unter dem neuen Reichskanzler ist genau dieselbe, wie sie unter dem alten Reichskanzler war[202])."

1. Innere Haltung.

Im ganzen also werden die sachlich-politischen Gegensätze nicht verkannt. Trotzdem wird anerkannt, daß der Kanzlerwechsel die Möglichkeit zur Mitarbeit gibt. Personell ausgesprochen sieht das so aus, daß Rickert Caprivi begrüßt und Barth für ein Entgegenkommen ist, Richter aber in ihm den konservativen Parteimann sieht[203]). Auch Caprivi hält den Freisinn im Gegensatz zu Bismarck für regierungsfähig. Der Freisinn findet in Caprivi einen Staatsmann, der dem Liberalismus „mit überraschender Einsicht entgegenkam[204])". Theodor Barth berichtet: „Ich habe um jene Zeit öfter mit Caprivi verhandelt und hatte die Überzeugung gewonnen, daß sich Caprivi in seiner Gesamtpolitik auf das liberale Bürgertum zu stützen wünsche[205])". Auch Schneidewin bestätigt: „Sehr auffallend tritt in der Amtswaltung Caprivis die verhältnismäßig gute Stellung des zweiten Kanzlers des Deutschen Reiches zur Freisinnigen Partei hervor[206])." Er fügt als Erklärung für das gute Verhältnis hinzu, daß beider Prinzip die Unvoreingenommenheit war und weist darauf hin, vielen war es ein „weggenommener

[200]) Freisinnige Zeitung, Nr. 88, vom 16. 4. 1890.
[201]) Arndt: Reden Caprivis, S. 16 und 18.
[202]) Nation 1890, Nr. 23.
[203]) Barth: Der Freisinn im Block, S. 16; Rachfahl: Mit Kaiser und Reich S. 30.
[204]) Barth: Liberalismus und Sozialdemokratie 1908, S. 30.
[205]) Schneidewin: System Caprivi, S. 9.
[206]) Schneidewin: System Caprivi, S. 9.

Alp, daß die Partei Mommsens und Virchows, die unter Bismarck außerhalb des guten Tones stand, mit dem Kanzler Berührungspunkte hatte[207]) *)".

Schon im Oktober 1890 verlangt Theodor Barth unter der für die Gestaltung des Verhältnisses von Partei und Kanzler kennzeichnenden Überschrift „Tempora mutantur" in der Nation, die Opposition müsse dazu kommen, „ihre Anschauungen mehr durch positive Verbesserungsvorschläge als durch ablehnende Kritik zur Geltung zu bringen[208])", und der Abschluß der ersten Reichstagssession veranlaßt zu folgender Erklärung: „Einen heftigen Zusammenstoß mit der Regierung hat die Freisinnige Partei in der ganzen Session nicht gehabt. Das verdient hervorgehoben zu werden, weil es selten ist. Die neuen Mitglieder haben eine anerkennenswerte Objektivität gezeigt[209])." Von Wert ist der Hinweis, daß sich Caprivi von Alexander Meyer nationalökonomisch beraten läßt[210].

Auf die Gemeinsamkeit des Kampfes Caprivis und der Freisinnigen Partei gegen den entlassenen Bismarck ist bereits hingewiesen worden. Caprivi sagt zwar, daß er alles vermeide, „die Stimmung der Dankbarkeit gegen den großen Mann, der so wesentlich an der Schaffung Deutschlands beteiligt war", zu trüben[211]). Aber noch in der gleichen Rede (November 1891) wendet er sich gegen den „Beunruhigungsbazillus", nach Ansicht der Nation durchaus glücklich. Sie fordert ihn gleichzeitig auf, die „verkappte Opposition" zu zwingen, „sich in eine offene umzuwandeln. Das letztere Ziel zu erreichen, liegt durchaus in der Macht des Herrn Caprivi[212])". Im wesentlichen gehen auch die Ansichten Caprivis und des Freisinns über die Politik Bismarcks konform.

Caprivi deutet schon am 15. April 1890 in seiner Landtagsrede an, daß durch den Wechsel die große Person und seine mehr

---

[207]) Schneidewin: System Caprivi.

*) In der Einleitung zu dem Werk: „Das System Caprivi" sagt der Verfasser, der Professor in Danzig ist: „Seit vier Jahren lebe ich mit dem wurmenden Gefühl im Herzen, daß das deutsche Volk der trefflichen Persönlichkeit seines zweiten Reichskanzlers noch bei weitem nicht allgemein und bei weitem nicht dem Verdienste gemäß gerecht wird."

[208]) Nation 1890, S. 7.

[209]) Nation 1892, Nr. 40, 9. Jahrg.

[210]) Harden: a. a. O. S. 243

[211]) Arndt: Reden Caprivis. S. 163.

[212]) Nation 1891, Nr. 10.

oder weniger hervorgekehrten Sonderinteressen wegfallen[213]) und später, zwei Monate nach seiner Entlassung, urteilt er über Bismarck: „Indem er die in der äußeren Politik zulässigen Mittel skrupellos auch auf die innere übertrug, indem er unseren alten guten, aber schon durch den Parlamentarismus geschädigten Beamtenstand zum Servilismus erzog, indem er jeden Widerspruch persönlich nahm und die Charaktere beugte oder entfernte, hat er Schaden getan, der durch seine Größe aufgewogen werden konnte, der aber lange nachwirken wird[214])." Dieses letztere Urteil zeigt sicher starke Erbitterung.

Sachlich kommt die Freisinnige Partei mit Caprivi beispielsweise in der Ablehnung des Welfenfonds zusammen, den Bismarck zur Speisung der vielumkämpften offiziösen Presse benutzt hat. Für die Freisinnige Partei ist die Bereinigung gerade auf diesem Gebiet sehr bedeutungsvoll und seit langem erstrebt. Zusammen gearbeitet haben auch Partei und Reichskanzler bei der Schaffung der Handelsverträge, auf die noch einzugehen sein wird. Caprivi selbst bringt der Abschluß der Handelsverträge den Grafentitel ein, über den er allerdings nicht sehr erbaut ist[215]).

Eine kleine Episode kennzeichnet den Unterschied der Stellung des Freisinns in der Regierung Caprivis und der Regierung Bismarck. Während die Ausschaltungsbestrebungen des Ministers von Puttkamer durchaus in der geläufigen Behandlung des „Reichsfeindes" lagen, wird jetzt die Nichtbestätigung des zum Kreisdeputierten gewählten Landschaftsrats Maul in Insterburg zum Anlaß einer großen Beschwerde gemacht. „Die Regierung wird sich klar machen müssen, ob ihre Lage so glänzend ist, daß sie sich den Luxus einer noch größeren Isolierung gestatten kann."[216])

## Konflikte.

Trotz der sachlichen Zusammenarbeit ist die schon angeführte Stellungnahme Richters zu Caprivi insofern richtig, als der Kanzler weit davon entfernt ist, freisinnig zu sein. Er sagt von sich selbst: „Ich glaube, ich bin ein durch und durch konservativer Mann."[217])

---

213) Schneidewin: System Caprivi, S. 38.
214) Schneidewin: Briefe Caprivis an den Verfasser, 8. Dezember 1894.
215) Gradenwitz: Bismarcks letzter Kampf, S. 210.
216) Nation 1892, Nr. 44.
217) Schneidewin: System Caprivi, S. 19; Arndt: S. 305.

Er ist auch zu sehr Soldat, um von dem Standpunkt abzuweichen, daß der Kanzler dem König verantwortlich ist und nicht dem Parlament. Sein Ausspruch dazu: „Wir sind in Preußen Gott sei Dank noch weit ab davon" (von einer parlamentarischen Regierung)[218]) ist kennzeichnend für ihn.

Der Kanzler Caprivi ist Führer einer unparlamentarischen Regierung. Er sucht sich nach Lage der Dinge von Zeit zu Zeit eine Mehrheit in den Parlamenten für seine Politik zu schaffen[219]). Die Freisinnige Partei als Regierungspartei schlechthin ist schon deshalb unmöglich. Hinzu kommt noch die alte Schuld Bismarcks, durch die die Freisinnigen in eine dauernde Oppositionsstellung gedrängt waren und dadurch Gewohnheiten und auch Verpflichtungen einer Oppositionspartei übernommen haben. Aus diesem Grunde ist ein verhältnismäßig scharfer Kampf zwischen der Partei und dem Kanzler bei einer so untergeordneten Frage, wie der Vorlage über die Dienstprämie der Unteroffiziere möglich. Der Kanzler beantwortet den Vorstoß Richters in diesem Konflikt am 28. Februar 1891: „Solange die Fortschrittspartei diesen negierenden Standpunkt innehält, glaube ich, daß es für keine Regierung, es sei denn eine von der Fortschrittspartei, möglich sein würde, mit ihr in engere Berührung zu kommen . . . Mir ist bei der Bundesgenossenschaft, die mir in dieser Beziehung in einem Kampf, der faktisch nicht existiert (gemeint war der gegen Bismarck) von jener Seite angeboten wurde, allemal unheimlich geworden."[220]) Er zählt danach die Sünden der Opposition auf, die seit dem Jahre 1866 in der Ablehnung von einundsechzig und seit dem Jahre 1870 in der Ablehnung von fünfundvierzig Gesetzen besteht. Besonders die Äußerung von dem „unheimlichen Gefühl" wird von der Freisinnigen Partei sehr unangenehm aufgenommen und gewissermaßen als eine Brüskierung angesehen. Schneidewin weist darauf hin, daß diese Schärfe in der Antwort des Kanzlers zweifellos mit Rücksicht auf die Mißstimmung der ihm weltanschaulich näherstehenden Konservativen erfolgt ist[221]). Es war also von seiten des Kanzlers kein Augenblickskonflikt, sondern eine von ihm benutzte Gelegenheit, die im anderen Lager entstandene Mißstimmung über die Verbundenheit mit dem Freisinn auszugleichen. In richtiger Erkenntnis dieser Situation betont die Nation, die Rede von dem

---

[218]) Schneidewin: System Caprivi, S. 5.
[219]) Gothein: Caprivi, S. 21.
[220]) Gothein: Caprivi, S. 49/50.
[221]) Schneidewin: System Caprivi, S. 10.

unheimlichen Gefühl brauche nur eine Episode ohne Bedeutung zu sein[222]). Sie stellt auch in der gleichen Nummer fest, daß diese Rede „weniger dadurch veranlaßt, daß sie (die Regierung) von der Freisinnigen Partei gelobt, als dadurch, daß sie von der Consortia getadelt".

Auch der Widerstand des Freisinns gegen die Sozialdebatten wird vom Kanzler mit der Bemerkung getadelt, die Partei habe „gegen diese Regierung alle Kanonen spielen lassen, über die sie überhaupt verfügt"[223]). Ein wirklich sachlicher Konflikt entsteht im August 1892 bei der mit der Entlassung des Ministers Herrfurth eingeleiteten Politik. Herrfurth ist als Gegner der Miquelschen Steuerreform gefallen. Die Nation stellt fest, daß der Kurs in der Regierung offensichtlich auf eine reaktionäre Zentrumskoalition hingehe, daß also die anderen Parteien wieder auf sich selbst angewiesen seien. Sie ruft zur Entfaltung der alten Oppositionskräfte auf[224]).

Die Auseinandersetzungen, die sich aus der von der Regierung Caprivi eingebrachten Militärvorlage ergeben, sind sachlich gesehen auch Fortsetzung eines alten Kampfes, wie die Vorlage selbst Fortsetzung der von Bismarck geplanten Maßnahmen ist. Bei dieser Vorlage ergeben sich sehr unerfreuliche Debatten zwischen Richter und dem Kanzler. Der Kanzler hält nach Schneidewin hierbei die zweite große Rede, in der er die Freisinnige Partei scharf angreift (am 30. September 1892). Die „Nation" antwortet darauf: „Die Stellung des Grafen Caprivi wäre eine bessere, als sie tatsächlich ist, wenn er auf allen Seiten einer so unbefangenen Kritik begegnete, wie sie die Freisinnige Partei an ihm übt."[225]) Nach Ansicht Schneidewins fehlt der Freisinnigen Partei „das volle Gefühl für das Erreichbare und die Rechte des historisch Gewordenen über die Prinzipien des Staates, über die individuellen Wünsche und Interessen"[226]). Diese Stellungnahme ist insofern bedingt richtig, als gerade die Militärvorlage den Unterschied zwischen der Stellung Caprivis und Bismarcks zum Freisinn deutlich zeigt. Caprivi spricht schon am 12. Juni 1890 mit Forckenbeck, den er zu sich gebeten hatte. Er empfängt später Schrader, Barth und auch

---

[222]) Nation 1891, Nr. 23.
[223]) Arndt: Reden Caprivis, S. 104.
[224]) Nation 1892, Nr. 47.
[225]) Nation 1892, Nr. 10, 10. Jahrg.
[226]) Schneidewin: System Caprivi, S. 7.

Bamberger. Er bemüht sich also darum, mit Unterstützung der Freisinnigen Partei die neue Militärvorlage durchzubringen. Die Partei quittiert auch diese Bemühungen mit der Bemerkung, daß sie keine Konflikte um den Kanzler wolle. „Vielleicht ist dieser Wunsch in keiner anderen Partei ein gleich aufrichtiger.“[227])

Die gleiche Grundhaltung nimmt die Partei in dem Kampf um das Zedlitzsche Schulgesetz ein. Sie bedauert, daß „ein Mann, der seine schwierige Aufgabe in der ersten Hälfte seiner Wirksamkeit so glücklich erfaßt hatte, plötzlich die Schwenkung vornehmen konnte“[228]). Aus „Kavaliersehre“ stand Caprivi zu Zedlitz. Caprivi dagegen verkennt, daß es der Freisinnigen Partei noch nie so stark um die Sache gegangen war. Am 21. Januar 1892 erklärt er im Landtag: „Die Herren von der Freisinnigen Partei haben mir die Äußerung (von dem frei zu wählenden Guten) bei jeder Gelegenheit, wo sie glaubten, daß das Gute mehr nach ihrer Seite lag, vorgehalten. Nun, wo das Pendel etwas mehr nach der anderen Seite schwingt, — nun sollen wir an dem Grundsatz, das Gute zu nehmen, wo es sich findet, nicht mehr festhalten.“[229])

Der dem Fall des Gesetzes sich anschließende Rücktritt Caprivis vom preußischen Ministerpräsidium wird von der „Nation“ mit Recht als der Anfang vom Ende der Regierungslaufbahn des Kanzlers angesehen. „Seit diesem folgenschweren Rücktritt (Schulgesetz ist die politische Lage wesentlich geändert.“[230])

Caprivi selbst gibt später zu: „Das hat mir Herr Miquel durch die Weise, wie er dem Schulgesetz erst zustimmte und dann dagegen intrigierte, verdorben, und ihm verdanke ich die Abtretung des Ministerpräsidenten.“[231]) Das Schulgesetz unterbricht auch insofern die guten Beziehungen, als der Einfluß des Kanzlers auf die preußische Politik verlorengeht. Der Umstand, daß der Kaiser eine Kanzlerkrise unter allen Umständen vermeiden wollte, verhindert das völlige Ausscheiden Caprivis[232]).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Besonderheit des Regierungssystems und die konservative Gesinnung des Kanzlers eine Zusammenarbeit mit der Deutsch-Freisinnigen Partei nicht hindert. Der Kanzler bringt sein größtes Werk mit Unterstützung

---

[227]) Nation 1893, Nr. 19, 10. Jahrg.
[228]) Nation 1892, Nr. 26, S. 392.
[229]) Schneidewin: System Caprivi, S. 10.
[230]) Nation 1892, Nr. 24.
[231]) Schneidewin: Briefe Caprivis, S. 146, vom 17. März 1895.
[232]) Massow: Innere Politik, S. 127.

des Freisinns zustande. Die Verständigung scheitert abgesehen von dem hineinplatzenden Schulgesetz an der doktrinären Betonung liberaler Forderungen durch die Freisinnige Partei. Nicht am Widerstand Richters, wie Ernst Feder in „Barth und der demokratische Gedanke“ (S. 26) behauptet, obwohl gerade gegen Richter die stärkste den Freisinn angreifende Rede des Kanzlers gehalten wird (am 4. Mai 1893): „Nun hat der Herr Abgeordnete noch ein Talent: Er greift einen Gedanken auf, und verwertet ihn akrobatisch; er wirft ihn einmal in die Luft, und dann kommt er als etwas anderes herunter, als er in die Höhe geworfen wurde[233]). Gerade diese Rede zeigt, wie gering eigentlich die Reibungsflächen sind. Charakteristisch für die Stellung, die die Freisinnige Partei bei ihrer Zusammenarbeit mit Caprivi einnimmt, ist eine Äußerung der „Nation“[234]). „Diese höchst merkwürdige politische Konstellation enthält ein klassisches Zeugnis für die innere Kraft der freisinnigen Anschauungen. Diese Kraft zwingt selbst eine konservative Regierung, sobald es ihr mit der Wahrnehmung der allgemeinen Interessen Ernst ist, freisinnigen Reformbestrebungen Rechnung zu tragen.“

## 2. Abriß der Parteigeschichte und -politik insbesondere für die Jahre 1890–1893

### I. Die Parteiorganisation

Wahlergebnisse[235])

Nach Artikel 20 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 geht der Reichstag „aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor“. Die Zahl seiner Abgeordneten ist einschließlich Elsaß-Lothringen auf dreihundertsiebenundneunzig festgelegt, wobei man nach dem Einwohnerstand von 1871 auf hunderttausend Menschen einen Abgeordneten rechnet, den noch kleineren Bundesstaaten aber auch die Wahl eines eigenen Abgeordneten zugesteht. Demgemäß ist das Reich in dreihundertsiebenundneunzig Wahlkreise aufgeteilt. Diese Festlegung hat den Nachteil, daß sämtliche Bevölkerungsverschiebungen unberücksichtigt bleiben, z. B. die Bevölkerung eines Wahlkreises im Industriegebiet auf das Mehrfache wächst, trotzdem aber

[233]) Schneidewin: System Caprivi, S. 142.
[234]) Nation, Nr. 20, Jahrg. 1891.
[235]) Zahlen nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich und Specht Schwabe: a. a. O.

nur einen Abgeordneten genau so wählt, wie die in einem ländlichen Wahlkreis inzwischen auf die Hälfte gesunkene. Gewählt ist der Kandidat, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhält (absolute Mehrheit). Wenn kein Kandidat diese Stimmenzahl erreicht, wird eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen angesetzt. Der Nachteil des Stichwahlsystems ist, daß sehr viele Stimmen bei der Zusammensetzung des Parlaments völlig unberücksichtigt bleiben und ein ganz falsches Bild von der politischen Volksmeinung entstehen kann. Der Vorteil hingegen ist, daß in einem Wahlkreis kein zu großer Parteienkampf entfacht werden kann, weil jede Partei eine mehr oder weniger große Anzahl völlig aussichtsloser Wahlkreise hat und mit den Parteinachbarn zu einem Kompromiß auf gegenseitige Unterstützung kommt. So gibt es beispielsweise rein katholische Gebiete, in denen der Liberalismus von vornherein auf die Schaffung eigener Wahlvereine verzichtet, während da, wo sich nur wenige katholische Wähler in einem Wahlkreis finden, sie vielfach in den dort bestehenden liberalen Wahlorganisationen tätig sind. Außerdem tritt bei dem Stichwahlsystem die Persönlichkeit des Kandidaten stark in den Vordergrund.

Die Legislaturperiode des Reichstages ist im Artikel 24 der Verfassung auf drei Jahre und durch das verfassungsändernde Gesetz vom 19. März 1888 auf fünf Jahre festgelegt. In der Zeit der Deutsch-Freisinnigen Partei wird gewählt:

zur V. Legislaturperiode am 27. Oktober 1881
zur VI. Legislaturperiode am 28. Oktober 1884
zur VII. Legislaturperiode am 21. Februar 1887
zur VIII. Legislaturperiode am 20. Februar 1890

Der Reichstag von 1884 ist demnach vorzeitig aufgelöst, der von 1890 auf fünf Jahre gewählt.

Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt bei den schon genannten Einwohnerzahlen[236]) jeweils an den Wahlterminen

9 090 381
9 382 792
9 769 802
10 145 877

[236]) S. 16 ff. der Arbeit.

davon werden jeweils

56,3
60,6
77,5
71,6 vom Hundert

Stimmen abgegeben. Auf den Freisinn entfallen

1 078 500 (429 200 Sezession; 649 300 Fortschrittspartei)
997 004
973 104
1 159 915

das sind

21,2
17,6
12,9
16 vom Hundert

der abgegebenen Stimmen. Die Zahl der gewählten Abgeordneten ist:

106 (46 Sezession; 60 Fortschrittspartei)
67
32
66

Sie sind gewählt mit:

928 300
578 000
368 300
710 800 Stimmen.

Man ersieht daraus die hohe Zahl der Stimmen, die jeder Partei durch das System der absoluten Mehrheit bei der Mandatsverteilung verlorengeht. Bei fast gleich gebliebener Stimmenzahl kommt es auf diese Weise 1887 zu einer Halbierung der freisinnigen Fraktion. Ein kleiner Ausgleich ist durch die Kräftekonzentration auf die sicheren Wahlkreise gegeben. Aber auch diese Vorausberechnung kann, wie 1887 beweist, völlig versagen. Ein Vergleich etwa der politischen Zusammensetzung des deutschen Volkes von 1880 bis 1900 und 1910—1930 ist auf Grund der Wahlziffern gar nicht möglich. Die Gegenüberstellung der Mandatsziffern ergibt:

| Freisinn | neben Zentrum | neben Konservativen | neben Nationalliberalen | neben Sozialdem. |
|---|---|---|---|---|
| 106 | 100 | 50 | 47 | 12 |
| 67 | 99 | 78 | 51 | 24 |
| 32 | 98 | 80 | 99 | 11 |
| 66 | 106 | 73 | 42 | 35 |

Im Reichstag von 1881 ist das Zentrum ausschlaggebend, im Reichstag von 1884 hat die Opposition Windhorst-Richter-Grillenberger die Mehrheit. Der Reichstag von 1887 wird durch das Kartell beherrscht, der Reichstag von 1890 weist eine ähnliche Zusammensetzung wie der von 1884 auf, mit dem Unterschied, daß der Freisinn die absolute Oppositionsstellung aufgegeben hat. Der Wiederaufstieg der Freisinnigen Partei im Jahre 1890 nach der Niederlage von 1887 wird von der „Nation" als Einleitung der „Zeit des ernstlichen Aufraffens" begrüßt[237]). Er ist deshalb bedeutungsvoll, weil er nach Bismarcks Rücktritt erfolgt und der Partei somit die freie Bahn ebnet. Durch Siege bei Nach- und Stichwahl wird dieser Aufstieg noch unterstrichen. So erhält die Partei Zuwachs. Am 15. August 1891 in Tilsit; am 31. Oktober 1891 in Stolp-Lauenburg; am 2. April 1892 in Mecklenburg-Strelitz; am 10. September 1892 in Sagan-Sprottau und am 11. März 1893 in Liegnitz. Zwei Wahlen zu Landtagen in Frankfurt a. M. und in Sachsen bringen auch Siege. Zum erstenmal nach langer Zeit ist ein Linksliberaler im Jahre 1890 wieder Mitglied des Reichstagspräsidiums (Karl Baumbach zweiter Vizepräsident). Die Arbeitsleistung des Reichstages ist gerade in dieser ersten Periode positiver Mitarbeit des Freisinns besonders groß, sie wird durch die hohe Zahl von zweihundertacht Sitzungen in einer von nur zwei Vertagungen unterbrochenen zweijährigen Session gekennzeichnet (6. Mai 1890 bis 31. März 1892)[238]).

Der Apparat.

Die Zusammenfassung der Wähler erfolgt in Wahlvereinen. Im Jahre 1891 gibt es insgesamt vierhundertvierundzwanzig Wahlvereine, die dem Freisinn zuzurechnen sind[239]). Die Fusion hat keine eigentliche Verschmelzung der sezessionistischen und fortschrittlichen Wahlvereine gebracht, sie hat ihre Vereinigung nur gewünscht, besonders dann, wenn beide an einem Ort bestehen[240]). Man hat es also nicht gewagt, diese wichtigen Zellen einer Änderung zu unterwerfen. Das zeigt ihre Bedeutung für den ganzen Parteibau. Die Wahlvereine der Fortschrittspartei bestehen bereits seit 1867. Die Vertreter der Wahlvereine bilden die Provinzial- und Landesausschüsse. Bayern hat außerdem seinen eigenen Zentralausschuß[241]). An der Spitze der gesamten Partei steht das Zen-

[237]) Nation 1890, S. 320.
[238]) Biermann: Deutscher Reichstag, S. 476.
[239]) Richter: A. B. C., Buch 1892, S. 112.
[240]) Walcker: Kritik der deutschen Parteien, S. 53.
[241]) Peitz: a. a. O. S. 93.

tralwahlkomitée, das für wichtige Entscheidungen den Dreizehnerausschuß und für die laufenden Geschäfte den Geschäftsführenden Ausschuß bildet. Vorsitzender der Deutsch-Freisinnigen Partei ist in der Zeit ihres Bestehens ständig der Freiherr Franz von Stauffenberg, Geschäftsführer ebenfalls ständig Eugen Richter. In Abständen tritt die Partei zu Delegierten- und Parteitagungen zusammen. Das häufige Zusammenkommen nach 1890 (Hannover, Mannheim, Karlsruhe, Nürnberg) zeigt eine durch das Wahlergebnis gesteigerte Intensität. Die Parteinachrichten werden von der bereits 1877 geschaffenen Parlamentarischen Korrespondenz weitergegeben. Die Parteiauffassungen sind in führenden Blättern des Reiches: Vossische Zeitung, Berliner Tageblatt, Freisinnige Zeitung, Nation, Kieler Zeitung, Danziger Zeitung, Breslauer Morgenzeitungen vertreten. Die Freisinnige Partei ist, was ihrer Zusammensetzung entspricht und dem Verfasser von ehemaligen Abgeordneten und führenden Parteimitgliedern versichert wird, nie arm gewesen. Sie hat ihre Wahlkämpfe immer ausreichend finanzieren können.

### Gegensätze der Personen.

Klein-Hattingen spricht davon, daß sich in der Deutsch-Freisinnigen Partei Männer zusammengetan hatten, die nach ihrer politischen Vergangenheit nicht zueinander gehörten[242]). Ein Wunschbild des Parteiführers ist die in der „Freisinnigen Zeitung" vom 20. Februar 1891 getroffene Feststellung, daß die Freisinnige Partei im Reichs- und Landtag die einzige ist, die überall fest und geschlossen auftritt, und für die es schon ein parlamentarisches Ereignis ist, wenn ein einzelner Abgeordneter sich in der Abstimmung von der Partei trennt. Das wirkliche Bild ist von Rachfahl gezeichnet: „So groß waren die sachlichen Divergenzen nicht, daß es nicht möglich gewesen wäre, sie bei ruhiger und leidenschaftloser Behandlung der Angelegenheiten beizulegen, und die Einheit nach außen zu wahren. Lediglich ihrer persönlichen Differenzen und Antipathien halber ließen sich die Mitglieder auf die Dauer nicht unter einem Hute halten, und dazu trug vor allem die Abneigung der ehemaligen Sezessionistenführer gegen Richter bei. Insbesondere waren es Forckenbeck und Bamberger, die sich zu Antipoden Richters aufwarfen. Forckenbeck hatte von Anfang an kein Vertrauen auf den Erfolg der Fusion. Widerwillig nur hatte er sie mitgemacht; er hatte Bedenken gegen Richter als Parteiführer und

---

[242]) Klein-Hattingen: a. a. O. S. 339.

fürchtete, daß viele Liberale, die für die Sezession gestimmt hatten, nicht mehr für die Freisinnigen zu haben sein würden, da sie diese als verkappte Fortschrittler zu betrachten geneigt wären. Bamberger, Barth, Rickert und Siemens bildeten in der Partei eine „vornehmtuende Clique"; es waren „geistreiche" Leute, gebildet, aber auch stark eingebildet, die sich untereinander „verhimmelten"; sie waren nicht imstande, über sich eine Führung anzuerkennen. Gewiß waren Richters Manieren provozierend; aber Bamberger und seine Genossen trafen in ihren Konventikeln auch nicht das Richtige. Stauffenberg wurde von ihnen oft gegen Richter geschoben und gereizt; aber nie hat er, wie gesagt worden ist, die Absicht gehabt, die Fusion wieder rückgängig zu machen. Anders Bunsen: Er, der sie unter den Sezessionisten mit am wärmsten befürwortet hatte, war, nachdem kaum ein Jahr vergangen war, ernstlich gewillt, sie entweder zu sprengen oder aus ihr auszutreten. Eine mittlere und vermittelnde Stellung nahm Hänel ein. Wiewohl in der Richtung mehr mit den früheren Sezessionisten einverstanden und auch jetzt noch mit Richters persönlichem und taktischem Verhalten keineswegs immer zufrieden, vermochte er doch auch dem Treiben der Bambergerschen Clique wenig Geschmack abzugewinnen; ihm stand am nächsten unter den Fraktionsgenossen Stauffenberg, dessen Aktionskraft durch seine Krankheit freilich gelähmt war. Eigentlich war es somit von vornherein ein Wunder, daß die Vereinigung so disparater Elemente nicht noch schneller auseinanderfiel, daß sie etwa ein Jahrzehnt lang hielt, wiewohl es die ganze Zeit über unausgesetzt in den Fugen krachte[243]). Die politische Methode ist bei Richter autokratische Parteiführung, er gehört zu den Menschen, die die eigene liberale Überzeugung mit allen Mitteln, und sei es sogar mit Zwang, durchzusetzen versuchen. Bei den Führern der Sezession dagegen ist die liberale Anschauung mit einer absolut toleranten Verfechtung verbunden. Als Individualisten wehren sie sich gegen jede Bevormundung, auch wenn sie für die Erreichung eines politischen Zieles nötig ist. Sie stehen auch im politischen Leben nur zu der eigenen persönlichen Überzeugung. Im einzelnen ist der Streit im Abgeordnetenhaus im März 1890, in dessen Verlauf Richter aus dem Vorstand der Landtagsfraktion ausscheidet, schon geschildert. Ein anderes Mal gerät Richter durch eine Eigenmächtigkeit in Gegensatz zu Rickert. Die Partei ist in verschiedene Dezernate aufgeteilt, die von den einzelnen Abgeordneten selbständig verwaltet werden. Trotzdem

[243]) Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus im neuen Reiche. (Abschr. aus der „Zeitschrift für Politik" Nr. 5) 1912, S. 334.

greift Richter in ein Dezernat Rickerts ein, indem er mit Hilfe der Wahlvereine einen schon nominierten und für eine Wahl auch schon angekündigten Wahlkandidaten durch einen anderen, der ihm näher steht, ersetzt. Bei den Wahlen am 20. Februar 1890 wird von der Partei die Parole, gegen das Kartell zu stimmen, ausgegeben. Ein Widerspruch dagegen macht sich vor allem bei Hänel geltend, der in seinem Wahlkreis Kiel bei der Stichwahl auf die Hilfe des Kartells angewiesen ist. Die Gegenleistung besteht in der Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten Peters im Wahlkreis Elmshorn-Pinneberg, für den sich Hänel auch in öffentlicher Rede verwendet. Der Elmshorner freisinnige Parteivorstand aber macht scheinbar auf Anweisung aus Berlin dem Abgeordneten Hänel Schwierigkeiten. Der Streit setzt sich in der „Kieler Zeitung" einerseits und in der „Freisinnigen Zeitung" andererseits fort. Die Artikel der „Kieler Zeitung" werden von den Nationalliberalen als Extrablätter verteilt, worauf die „Freisinnige Zeitung" in dem Leitartikel ihrer Nummer 48 vom 26. Februar 1890 und in der Nummer 53 vom 4. März 1890 scharf antwortet und das Vorgehen des Kieler Ausschusses als „ungehörig" bezeichnet. Es kann bei diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen immer beobachtet werden, daß sie durch das Eingreifen der den einzelnen Abgeordneten zur Verfügung stehenden Presse der breiten Öffentlichkeit bekannt werden. Außerdem stehen Richter die festgefügten fortschrittlichen Wahlvereine zur Verfügung. Daneben kommt es zu kleinen Zwischenfällen im Parlament, in dem beispielsweise Rickert bei der Debatte über Militärvorlagen den Reichskanzler Caprivi darauf aufmerksam macht, daß in der Deutsch-Freisinnigen Partei zwei Elemente vorhanden seien, und daß er den früheren Nationalliberalen nicht die Abstimmung der ehemaligen Fortschrittspartei vorwerfen dürfe. Richters Erregung hierüber ist verständlich[244]). Vor allem lehnt sich der aus dem Lager der „Sezession" kommende Teil der Abgeordneten gegen den von Richter geübten Fraktionszwang und gegen die Versuche, die Partei auch im Lande straff zu organisieren, auf. Die „Nation" stellt nach dem Auseinanderbruch über dieses Vorgehen Richters als Parteileiter fest: „Die lokalen Führer waren eben allmählich in den meisten Wahlkreisen geistig so diszipliniert, daß sie nicht mehr die Anschauungen ihrer Umgebung, sondern vorzugsweise die Meinung der Parteileitung widerspiegelten."[245]) Diese Äußerung wird von Richter selbst bei seinen Anschauungen kaum als Tadel angesehen worden sein.

[244]) Arndt: Reden Caprivis, S. 284.
[245]) Nation 1893, Nr. 39 (10. Jahrg.).

## Die „Freisinnige Zeitung" von Eugen Richter.

Stärkste Gegnerschaft hat die von Richter im Jahre 1885 gegründete „Freisinnige Zeitung" im Deutsch-Freisinnigen Parteilager ausgelöst. Sie sollte eigentlich nach dem Wunsche des Gründers zur Behebung der vorhandenen Gegensätze und zur Schaffung einer einheitlichen Partei beitragen. Gleich bei ihrem Erscheinen ist sie aber als tägliche Publikationsmöglichkeit Eugen Richters Widerständen begegnet. Die großen Berliner Zeitungen beispielsweise lehnen es ab, die bezahlten Ankündigungen von ihr zu bringen[246]). Es muß tatsächlich berücksichtigt werden, daß die Gesamtstellung Richters als Herausgeber einer Tageszeitung und Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei Schwierigkeiten in sich birgt. Der Herausgeber einer Tageszeitung muß selbstverständlich zu den politischen Problemen des Tages Stellung nehmen, und deshalb von vornherein eine bestimmte Linie einhalten. Seine gleichzeitige Eigenschaft als Parteiführer legt der von ihm geführten Partei eine gewisse Verpflichtung auf, diese in der Öffentlichkeit nun einmal bekannt gegebene Linie auch zu halten. Jedes Abweichen davon gibt tiefe Einblicke in die Unstimmigkeiten innerhalb der Deutsch-Freisinnigen Partei. So bedeutet die „Freisinnige Zeitung" für Richter die Stärkung seiner Stellung als Parteiführer und für seine Fraktionskollegen ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis, gegen das sie immer wieder ankämpfen. Darüber hinaus haben die Artikel der „Freisinnigen Zeitung", in denen Freund und Feind schonungslos kritisiert werden, ihres scharfen Tones wegen oft zu Unstimmigkeiten im Parteilager geführt. Auf den in der Zeitung geführten Streit mit Hänel ist bereits hingewiesen worden.

## Der Schrader-Konflikt.

Die persönlichen Gegensätze führen im Frühjahr 1890 zum sogenannten Schrader-Konflikt. Am 19. Mai 1890 tritt der durch das Zentralwahlkomitée am 12. Mai in seiner alten Zusammensetzung bestätigte Dreizehnerausschuß der Partei zusammen. Von seinen Mitgliedern fehlen Stauffenberg und Virchow. Der Dreizehnerausschuß hat die Aufgabe, den aus sieben Personen bestehenden Geschäftsführenden Ausschuß der Partei zu wählen. In Abwesenheit Virchows übernimmt auf Wunsch Richters in dieser Sitzung der Abgeordnete Bamberger den Vorsitz und leitet die Wahlen. Das überraschende Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden

[246]) Ullstein: a. a. O. S. 108—126.

des Geschäftsführenden Ausschusses ist eine Mehrheit von sechs Stimmen für Schrader als Vorsitzenden und Zelle als Stellvertreter gegen Richter und den bisherigen Stellvertreter Rickert. Damit ist die eigentliche Führung der Partei Richter aus den Händen genommen und Schrader übertragen. Dieses für die ganze Partei völlig unerwartete Ergebnis wird von der „Nation" zunächst ausweichend begründet. „Wie nach jeder Reichstagswahl hat die Neukonstituierung des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Partei am 19. des Monats stattgefunden. Alle Posten sind in der früheren Weise wieder besetzt worden; die einzige Änderung, die stattgefunden hat, besteht darin, daß zum Vorsitzenden des engeren Geschäftsführenden Ausschusses und zu dessen Stellvertreter die Herren Schrader und Zelle statt der Herren Richter und Rickert gewählt worden sind. Diese Verschiebung, bei der in gleicher Weise Herr Richter wie Herr Rickert beteiligt ist, ging in keiner Weise aus politisch-sachlichen Differenzen hervor. Die hier und da in der Presse gemachten Versuche, die betreffende Wahl als eine Art Verschwörung der weniger Entschiedenen gegen die Entschiedenen darzustellen, verdienen keine Beachtung. Der Grund für den Wechsel im Vorsitz liegt für jeden Unbefangenen auf der Hand. Man pflegt es nirgends für zweckmäßig zu halten, Männer zum Vorsitz zu berufen, deren Namen mit Vorliebe zum Ausgangspunkt gegenseitiger Verhetzung seitens allzu eifriger Parteigänger gemacht wird. Herr Schrader, der jetzige Vorsitzende gehört, wie jeder mit den Verhältnissen Vertraute weiß, zu den persönlich entgegenkommendsten und dabei politisch festesten und konsequentesten Männer der Partei[247])." Erst in der nächsten Nummer der „Nation" geht Theodor Barth in einem Artikel „Der Streit im freisinnigen Lager" auf die eigentlichen Gründe dieser Abstimmung des Dreizehnerausschusses ein, die bereits in der Öffentlichkeit und vor allen Dingen in der „Freisinnigen Zeitung" (Nr. ab 10. Mai ff.) stark erörtert werden. „Der Umstand, daß aus dieser Quelle (Gegensätze zwischen Richter und den anderen Abgeordneten) immer neue politische Reibereien hervorgingen, mußte es wünschenswert erscheinen lassen, einen Mann in der exponiertesten Stellung nicht erneut auf einen Posten zu berufen, dessen Bedeutung — in der Ausgleichung der Gegensätze innerhalb der Partei zu suchen ist. Um der Veränderung nach Möglichkeit die persönliche Spitze zu nehmen, wurde zugleich Herr Rickert, der am häufigsten als spezieller Gegner des Herrn Richter hingestellt wird,

[247]) Nation 1890, Nr. 34, S. 496.

als stellvertretender Vorsitzender durch Herrn Zelle ersetzt!“[248]) Scharfe Erklärungen, die auf beiden Seiten in der Öffentlichkeit abgegeben werden, zeigen die außerordentliche Schwere des Konfliktes. Tatsache ist, daß Richter und die anderen Überstimmten von dieser augenscheinlich vorher vereinbarten Abstimmung nichts gewußt haben, und daß deshalb sein Vorwurf, die Abstimmung wäre ein Intrigenstück, verständlich ist. Am 21. Mai bereits greift Virchow durch einen Brief an Stauffenberg ein, in dem er die Einberufung des Zentralkomités beantragt. Die Veröffentlichung dieses Briefes durch die „Freisinnige Zeitung“ und ein persönlicher Angriff der Zeitung auf den Abgeordneten Schrader verschärfen die Situation. Die Beteiligung anderer Zeitungen, wie des „Berliner Tageblatts“ und der „Volkszeitung“ ist nicht zu vermeiden. Sehr bald zeigen auch Resolutionen die starke Anteilnahme der Parteianhänger im Lande, die aber wiederum hauptsächlich die durch nichts zu erschütternde Popularität Richters beweisen. Richter setzt den Angriffen Barths, des stärksten Verfechters des Abstimmungsergebnisses, bis zuletzt Gegenangriffe und Unnachgiebigkeit entgegen, während Barth bereits in der Nummer 36 der „Nation“ öffentlich erklärt, er sei bereit, „einen ehrlichen Frieden wieder herbeizuführen, der auf der Anerkennung der Eigenart beider jetzt streitenden Teile beruht“[249]). Zu scharfe Angriffe Richters bringen dann wieder Barth zu der eindeutigen Stellungnahme, daß der vorhandene Riß keine oberflächliche Verkleisterung vertrüge. Am 9. Juni 1890 entscheidet das Zentralkomitee zu Gunsten Richters mit der Einschränkung, daß an Stelle von Rickert Schrader stellvertretender Vorsitzender wird und die gleichen Rechte wie der Vorsitzende genießt. Er kann demgemäß auch Ausschußberatungen ansetzen und in dem Vorsitz der Sitzungen wechseln Vorsitzender und Stellvertreter miteinander ab. Eine spätere Erklärung Barths in der „Nation“ ist für den Schrader-Konflikt als wichtiges Bekenntnis von Wert. „Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer gründlichen Veränderung der politischen Methode führte damals — vor drei Jahren — auch bereits nahe zu der Katastrophe, die jetzt eingetreten ist. Heute liegt es klar zu Tage, daß es ein Fehler war, nicht schon damals die Trennung durchzuführen. Man hat drei kostbare Jahre verloren[250]).“

---

[248]) Nation 1890, Nr. 35, S. 512.

[249]) Nation, Nr. 36, 1890, S. 525.

[250]) Nation, 1893, Nr. 43, 10. Jahrg.

## II. Innenpolitik.

Richtlinien der freisinnigen Innenpolitik sind die Absätze eins und zwei des Einigungsprogramms und sein Schlußsatz[251]). Sie sind auch im Wahlaufruf von 1890 enthalten[252]), und bleiben bis zum Auseinanderbruch unverändert. Daraus folgt — um es gleich vorweg zu nehmen — daß die darin aufgestellten Forderungen von der Deutsch-Freisinnigen Partei in der Zeit ihres Bestehens nicht verwirklicht werden können. Sie werden bei allen sich bietenden Gelegenheiten erhoben.

### Verfassungsfragen.

Die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ist in der Amtszeit Bismarcks völlig utopisch. Aber auch die Regierung Caprivi lehnt den freisinnigen Versuch, eine preußische Steuerreform mit der Revision des Dreiklassenwahlrechts zu verbinden, ab[253]). Lediglich in Baden wird im Bunde mit den Nationalliberalen und den Demokraten das direkte Wahlrecht erreicht, während man sich in Preußen mit der Ankündigung einer Wahlrechtsreform in der Thronrede vom 15. November 1892 begnügen muß. Über die Schaffung verantwortlicher Reichsministerien wird am 24. März 1884 von der sächsischen und württembergischen Regierung ein Meinungsaustausch angeregt, den Bismarck zehn Tage später als Reichskanzler und im Namen Preußens ablehnt. Dem Wunsche, wenigstens eine selbständige Reichsfinanzverwaltung einzurichten, begegnet auch Caprivi mit der Erklärung, er lasse den Schatzsekretär selbständig arbeiten[254]). Der Antrag auf Einführung von Diäten sieht, wie die „Nation" am 16. Januar 1892 feststellt, auf eine fünfundzwanzigjährige Geschichte zurück. Seine Berechtigung wird gerade in der achten Legislaturperiode des Reichstages sehr oft durch die Beschlußunfähigkeit des Hauses unterstrichen. Bei der ersten langen Session kommt es vor, daß Abgeordnete monatelang fortbleiben, um ihren Berufen nachzugehen.

Ein Rückschritt gegenüber den Programmforderungen ist die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre, die Bismarck mit Hilfe der Kartellparteien gegen den heftigen Wider-

---

[251]) Siehe Seite 17 ff. dieser Arbeit.

[252]) Peitz: a. a. O. S. 90 ff.

[253]) Über diese Erörterungen vom 19. Mai 1892 siehe Nation, 1892, Nr. 34.

[254]) Arndt: a. a. O. S. 63.

stand des Freisinns durchsetzt. Tragisch ist, daß gerade Kaiser Friedrich III. am 28. Mai 1888 das neue Gesetz unterzeichnen muß. Das gleichzeitig mit dieser Unterschrift an den Minister von Puttkamer gerichtete Begleitschreiben veranlaßt, wie schon erwähnt wurde, dessen Rücktritt. Der Kampf gegen die unkontrollierte Verwendung der Zinsen des Welfenfonds durch Bismarck wird von der Freisinnigen Partei fortgeführt, wie ihn die Fortschrittspartei begonnen hat. Gerade in dieser Zeit wird die Bezeichnung „Reptilien-Fonds" für die beschlagnahmten Gelder des hannoverschen Königshauses in der Weise gebräuchlich, daß man Zeitungen und ihre Korrespondenten Bismarck'scher Färbung schlechthin „Reptile" nennt[255]). Der Verzicht Caprivis auf diesen Fonds beendet die Zeit stärkster offiziöser Einflußnahme auf die öffentliche Meinung (z. B. Wahlkämpfe 1878, 1887). Im Staatsanzeiger wird im Anschluß an Enthüllungen über die Sanierung des Ministers von Bötticher durch Bismarck ein Gesetz über die zukünftige Verwendung des Welfen-Fonds angekündigt[256]).

### Polen-Politik und Landgemeindeordnung.

Die in der deutschen Politik und insbesondere in der des deutschen Liberalismus oft eine Rolle spielende Polenfrage wird auch vom Freisinn erörtert, als die preußische Regierung 1885/1886 Ausweisungen, ein neues Volksschul- und Ansiedlungsgesetz in Westpreußen und Posen zur Zurückdrängung des Polentums durchführt. Da die Kräfte im preußischen Abgeordnetenhaus nicht ausreichen, greifen Freisinn und Zentrum die Maßnahmen der preußischen Regierung im Deutschen Reichstag an. Am 26. November 1885 kommt es zur ersten großen Polen-Intervention des Reichstages, gegen die Bismarck eine kaiserliche Botschaft verliest. Trotz dieses kaiserlichen Hinweises auf seine Unzuständigkeit setzt der Reichstag seine Kritik fort, die tatsächlich nur die Bedeutung einer Demonstration haben kann[257]). Unter den Forderungen, die Rickert namens des Freisinns an die neue preußische Regierung Caprivi stellt, ist die nach 1868 erhobene nach einer Landgemeindeordnung. Die Regierung legt 1891 einen Entwurf, dessen Schöpfer der Innenminister Herrfurth ist, vor. Nach Veränderung durch die Konservativen wird der Entwurf am 3. Juli 1891 Gesetz. Land-

---

[255]) Feder: Bismarcks großes Spiel.

[256]) Nation, 1891, Nr. 27.

[257]) Blum: a. a. O. S. 161; Gebhardt: a. a. O. S. 119; Klein-Hattingen: a. a. O. S. 385—386.

gemeinden und Gutsbezirke erhalten die Selbstverwaltung[258]), allerdings mit so starken Einschränkungen, daß von einer Beseitigung der Sonderstellung der Gutsbezirke nicht gesprochen werden kann. Zwar spricht die „Nation" in der Freude über die Verwirklichung ihrer alten Forderung von nur formalen Änderungen und unbedeutenden Verschlechterungen[259]); Klein-Hattingen stellt aber zusammenfassend fest, daß die Landgemeindeordnung von 1891 „dem Liberalismus nicht die Erfüllung seiner Hauptforderungen" brachte[260]).

### Ende des Kulturkampfes.

Die Kursänderung hat, wie schon betont ist, im Jahre 1878 die Ausschaltung der Nationalliberalen und die Einschaltung des Zentrums in die Reichs- und preußische Politik mit sich gebracht. Voraussetzung dafür ist die Beilegung des Kulturkampfes; sie erfolgt von 1878 bis 1891 in Stufen. Mittler zwischen Regierung und Papst wird das Mitglied des Herrenhauses Bischof Kopp aus Fulda[261]). Bereits im Mai 1887 erklärt der Papst in einem Kardinal-Konsistorium den Kulturkampf für beendet. 1891, gleichzeitig mit der Landgemeindeordnung, wird dann als letztes Überbleibsel der Sperrgelderfonds, in dem die im Kulturkampf zurückbehaltenen Gehaltsbezüge der Geistlichen gesammelt waren, dem Katholizismus konzediert[262]). Am Anfang des Kulturkampfes steht der Linksliberalismus auf Seiten Bismarcks, des Kämpfers, gegen eine kirchliche Bevormundung. Dann aber, als aus dem Kultur- ein politischer Kampf wird, unterstützt der Fortschritt und später der Freisinn das Zentrum. 1890 stimmt für den ersten Gesetzentwurf zur Freigabe der Sperrgelder sogar nur der Freisinn allein, während das Zentrum ihn ablehnt, weil der Staat sich ein Verfügungsrecht vorbehält[263]).

### Das Zedlitzsche Schulgesetz.

Traditionell ist die Haltung des Freisinns in Schulfragen. Ständige Fortbildung des Schulwesens unter staatlicher und nicht kirchlicher Aufsicht, freiheitliche Gestaltung des Unterrichts durch Fachmänner und nicht Geistliche, das alles ist stärkstens bedroht durch

---

[258]) Massow: a. a. O. S. 108.
[259]) Nation, 1891, Nr. 18 und 30.
[260]) Klein-Hattingen: a. a. O. S. 479.
[261]) Poschinger: a. a. O. S. 177.
[262]) Nation, 1891, Nr. 38.
[263]) Massow: a. a. O. S. 119.

das sogenannte Zedlitz'sche Schulgesetz. Nachdem ein Entwurf des Kultusministers von Gossler am Widerstande des Zentrums gescheitert ist, bringt sein Nachfolger, Graf von Zedlitz-Trützschler, am 15. Januar 1892 einen noch weitergehenden Gesetzesvorschlag ein. Der Kirche wird darin ein Einfluß auf die Schulerziehung durch konfessionelle Schulvorstände, deren Mitglied der Geistliche kraft Amtes ist, in weitestem Maße eingeräumt. Den Gemeinden dagegen wird die Einwirkung auf Volksschulangelegenheiten stark entzogen. Die Simultanschule wird aufs äußerste eingeschränkt. Der Entwurf fällt bereits in der Kommission durch, allerdings, wie Gradenwitz behauptet, durch eine Ungeschicklichkeit Caprivis*). Die Aufnahme des Entwurfes im preußischen Abgeordnetenhaus entspricht dessen Zusammensetzung — bei der Mehrheit Zustimmung, bei der liberalen Minderheit stärkste Ablehnung. Den parlamentarischen Kampf führen Richter und Virchow, diesmal in einer Front mit Bennigsen. Es kommt im Landtag zu Szenen, in denen Caprivi zum ersten Mal das Wort „empörend" zugerufen wird, als er vom Kampf des Atheismus gegen die Religion spricht[264]). Da die Kräfte des Liberalismus im Preußischen Parlament nicht ausreichen, wird ein Entrüstungssturm im Lande entfacht. Die Bevölkerung wird aufgefordert, gegen das „Prinzip geistiger Knechtung durch Einführung eines konfessionellen Drills" zu protestieren und Petitionen gegen den Gesetzentwurf an die Abgeordneten zu richten[265]). Eingehende Proteste werden von der „Nation" angezeigt, so Voten von Kommunalbehörden, Resolutionen von Versammlungen, ausländische Proteste, Stellungnahmen der Hallenser und der Berliner Professorenschaft, aber auch, um die Wirkung des Entwurfes zu kennzeichnen, „ultramontane" Prourteile des Auslandes[266]). Als „deus ex machina" greift der Kaiser schließlich in den Kampf ein. Am 17. März 1892 spricht er in einem Kronrat seine Unzufriedenheit aus. Am 28. März wird der Schulgesetzentwurf zurückgezogen. Der Kaiser hat von Anfang an das Gesetz mißbilligt[267]). Der Resolutionssturm bleibt außerdem nicht ohne Wirkung auf ihn[268]). Graf Zedlitz geht aus seinem Amt. Caprivi bleibt, wie schon erwähnt ist, unter Verzicht auf das Mi-

*) Gradenwitz sagt auf Seite 217 von „Bismarcks letzter Kampf", daß Caprivi den Konservativen Abgeordneten Graf Limburg disziplinieren ließ und sich dadurch die Gunst der Kommission verscherzte.

264) Nation, 1892, Nr. 19.

265) Nation, 1892, Nr. 17 und 19.

266) Nation, 1892, Nr. 20 und 21.

267) Hohenlohe: Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 487.

268) A. Meyer: Caprivi (Biograph. Jahrb.), S. 10.

nisterpräsidium, Preußischer Minister für auswärtige Angelegenheiten und Reichskanzler. „Charakteristisch für unsere augenblickliche politische Lage" nennt die „Nation" diesen Zwischenfall[269]), der mit Recht als kein Sieg des liberalen Gedankens angesehen wird.

Antisemitismus und die Kommune Berlin.

Der Antisemitismus der neunziger Jahre knüpft sich an die Namen Stöcker und Ahlwardt. In den Reichstag von 1887 zieht nur ein antisemitischer Abgeordneter, in den von 1890 ziehen fünf ein. Dem Wahlerfolg geht voraus und folgt nach eine Agitationswelle. Adolf Stöcker, der Führer der „Berliner Bewegung" wird 1890 aus seinem Hofpredigeramt entlassen. Dieser amtlichen Mißbilligung seiner Propagandamethode steht, wie die „Nation" betont, eine wohlwollende Haltung des Kultusministers von Gossler gegenüber[270]). Die Konservative Partei gibt anscheinend auf Grund von Mißerfolgen bei den Ersatzwahlen dem antisemitischen Druck nach und nimmt auf dem berühmt gewordenen Tivoli-Parteitag am 8. Dezember 1892 den sogenannten Antisemitenpassus in ihr Programm auf. Im Lande selbst kommt es wiederholt zu Demonstrationen[271]). In einer Petition mit einer Viertelmillion Unterschriften wird die Beschränkung der Rechte der Juden gefordert. Der Reichstag erlebt am 12. Dezember 1892 eine stürmische Sitzung als Caprivi Ahlwardts Vorwürfe, der jüdische Waffenfabrikant Löwe hätte dem Heere „Judenflinten" geliefert, zurückweist[272]).

Der Freisinn kämpft auf Grund seiner Einstellung und auch seiner tatsächlichen Zusammensetzung gegen den Antisemitismus in vorderster Front. Unter Rickerts Führung tritt der Verein zur Abwehr des Antisemitismus 1891 mit einem von fünfhundert namhaften Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Bamberger stellt in seinem Wahlkreis Alzey-Bingen dem Antisemitismus als Programm den Liberalismus entgegen. Wie stark die Angriffe auf ihn und seine Fraktionskollegen sind, zeigt die Begründung seines Austritts aus dem politischen Leben[273]).

Wie sehr auch der Antisemitismus in die freisinnigen Domänen einbricht, zeigt eine Ersatzwahl im sechsten Liegnitzer

---

[269]) Nation, 1892, Nr. 26.
[270]) Nation, 1890, S. 381.
[271]) Nation, 1892, Nr. 26; Gebhardt: a. a. O. S. 117—118.
[272]) Nation, 1893, Nr. 26.
[273]) Siehe Seite 33 d. Arbeit.

Wahlkreis am 20. Februar 1893, bei der der freisinnige Kandidat Jungfer 12 936 und der Antisemit Hartwig 8553 Stimmen erhält. Bei der ersten Nachwahl in diesem Kreis am 25. März 1890 standen 151 antisemitische gegen 10 546 freisinnige Wähler[274]). Der Name „Berliner Bewegung" deutet schon darauf hin, daß in Berlin die gleichen Verhältnisse vorliegen. „Herr Stoecker hat die große Menge der Kleinbürger Berlins in eine ganz andere Richtung gebracht und allen Angehörigen dieser Stände, die von der demokratischen Übermacht erdrückt wurden, Luft verschafft. Das ist seine nicht zu bestreitende große Leistung[275])." Diese im freisinnigen Sinne allerdings negative Leistung richtet sich gegen seine Herrschaft in der Stadtverwaltung überhaupt und seine Kommunalpolitik. Max von Forckenbeck steht bis zu seinem Tode im Mai 1892 vierzehn Jahre an der Spitze der Reichshauptstadt. Ihm folgt sein freisinniger Fraktionskollege Zelle, der als Oberbürgermeister vom Kaiser herzlich begrüßt wird. Die traditionelle amtliche Wertung des Freisinns zeigt sich erneut darin, daß der Oberpräsident selbstverständlich vor einer kaiserlichen Stellungnahme bei der Berufung eines Freisinnigen an die Spitze Berlins mit einem Konflikt droht. Diese Drohung hat sogar zu einer internen Berliner Parteiauseinandersetzung geführt, in deren Verlauf der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Stryck zurücktritt, aber wiederum durch einen Freisinnigen, Lanzermann, ersetzt wird[276]). Tatsache ist, daß die Reichshauptstadt in dieser Zeit stark gefördert worden ist (Rieselkanalisation, elektrisch Licht, Pferdebahn). Die Kommunalwahlen im Jahre 1891 bringen wieder einen Rückgang der antisemitischen Stimmen[277]).

## III. Außenpolitik.

### Allgemeines.

Auf dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 ist Deutschlands Reichskanzler Schiedsrichter Europas. Daraus erhellt die außenpolitische Geltung des Reiches. Dem Kongreß schließt sich am 16. Oktober 1879 das Bündnis mit Österreich an, das am 20. März 1883 durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert wird. Daneben sucht Bismarck den Draht mit Rußland nicht abreißen zu lassen und Frankreich durch Begünstigung seiner Kolonialpolitik vom Revanchegedanken abzubringen. 1887 kommt der

[274]) Zahlen nach: Specht-Schwabe: a. a. O. S. 80.
[275]) Rößler: a. a. O. S. 35.
[276]) Nation, 1892, Nr. 1, 4 und 5; Nation, 1893, Nr. 15.
[277]) Nation, 1891, Nr. 12.

Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich zustande, während gleichzeitig ein Bündnis Österreich—England—Italien den russischen Wünschen am Bosporus Einhalt gebietet. Caprivi erneuert den russischen Vertrag nicht. Unabhängig von diesen Konstellationen tagt von November 1884 bis Februar 1885 in Berlin die Kongo-Konferenz und anerkennt den Kongostaat unter Leopold II., dem Belgierkönig. An sich unterstreicht auch diese Wahl Berlins zum Kongreßort Deutschlands außenpolitische Bedeutung[278]).

Den Parteien steht eine Anteilnahme an diesen Staatsgeschäften schon rein verfassungsmäßig nicht zu. Sie erheben auch keinen besonderen Anspruch darauf. Nur bei der Etatsbewilligung ist die Erörterung außenpolitischer Fragen im Parlament möglich. Das sieht dann so aus, daß man um das Gehalt eines zweiten Direktors im Auswärtigen Amt in Höhe von zwanzigtausend Mark geradezu feilscht. „Politik der Nadelstiche" ist das geflügelte Wort für die Erörterung dieses Etatpostens geworden[279]).

Kolonialfragen.

Von dieser Einstellung zur Außenpolitik unterscheidet sich völlig die Haltung der Partei zur Kolonialfrage. Jahrelang entzündet sich am Für und Wider die Kolonien die öffentliche Meinung Deutschlands. Erwerbungen deutscher Forscher und Kaufleute veranlassen den Reichstag zu einer ersten Beratung der „Samoa-Vorlage" im April 1880. Die Vorlage verlangt nicht Geld zur Gründung von Kolonien, sondern nur eine Zinsgarantie des Reiches zur Erhaltung eines deutschen Privatunternehmens, das zusammengebrochen war und die Erwerbungen in Samoa in den Zusammenbruch mit einzubeziehen drohte. Die Vorlage wird abgelehnt. Ludwig Bamberger tritt bei dieser Gelegenheit als entschiedener Gegner von Kolonialerwerbungen überhaupt auf. Im Lande entsteht am 6. Dezember 1880 der Deutsche Kolonialverein. Die Kolonialerwerbungen sind:

1883 Angra-Pequena Lüderitzland,
1884 Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Samoa,
1885 Deutsch-Ostafrika: Die Karolinen,
1886 Neu-Guinea.

Am 26. Juni 1884 wird im Deutschen Reichstag verkündet, daß England das Deutsche Reich zu seiner ersten Kolonie Angra-Pequena an der Westküste Afrikas beglückwünscht hat[280]). Am

[278]) Siehe hauptsächlich Delbrück: a. a. O.
[279]) Blum: a. a. O. S. 160; Poschinger: a. a. O. S. 149.
[280]) Poschinger: a. a. O. S. 139.

10. Januar 1885 bewilligt der Reichstag das erste Geld für eine deutsche Kolonie, nämlich den Betrag von 180 000,— Mark für den Bau zweier Dampfschiffe im Dienst des Gouverneurs von Kamerun. Die passive Haltung der Reichsregierung in der Kolonialpolitik kommt in dieser ersten Forderung deutlich dadurch zum Ausdruck, daß von einem Gehalt für den Gouverneur selbst noch garnicht die Rede ist. Wiederum ist Bamberger, obwohl er zur vorbereitenden Kommission des Reichstages gehört, Gegner dieser Dampfersubvention. Außer ihm stimmt die freisinnige Fraktion der Regierungsforderung zu. Bambergers Auffassung ist „je weniger Afrika, um so besser"[281])". Im ganzen gesehen ist der Freisinn nicht kolonialfreundlich. „Bodenbeschaffenheit und Klima sind in Afrika die Feinde, gegen die ein Kampf bisher aussichtslos gewesen ist[282])." Ein anderer freisinniger Einwand, daß in einem Kriegsfall die Kolonien vom Reich nicht geschützt werden können[283]), hat sich allerdings weit später als begründet erwiesen. Richter stellt im Reichstag die sehr agitatorische Forderung auf, Togo und Kamerun mögen ihren Etat selbst aufbringen. Caprivi muß ihm erklären, daß das eine Unmöglichkeit sei[284]). Bismarck äußert sich als Politiker der alten Schule am 26. Juni 1885 über die „Genesis der Kolonialfrage" auch nicht sehr begeistert. Er vertritt aber die Ansicht, daß Schöpfungen deutscher Tüchtigkeit zu schützen sind. Auch Caprivi betont ausdrücklich, er sei kein „Kolonialschwärmer[285])". In rund zehn Jahren hat Deutschland einen Kolonialbesitz erworben, der viermal so groß ist wie das Reich selbst. Als im Juni 1890 im Helgoland-Sansibar-Vertrag die dem Reich vorgelagerte Insel von England für einen Zipfel Deutsch-Ostafrikas abgetreten wird, ist der Freisinn mit dieser Einschränkung des „Kolonialfanatismus" durchaus einverstanden und nennt den Vertrag „ein Stück weiser Staatskunst[286])". Im anderen Lager hingegen herrscht über den Helgoland-Sansibar-Vertrag und den ihn abschließenden Reichskanzler Caprivi hellste Empörung. Man spricht vom Hosenknopf, der gegen eine Hose eingetauscht sei. Der Vertrag wird Anlaß zur Gründung des Alldeutschen Verbandes. Den Sinn dieser Erwerbung kennzeichnet der Kaiser dahin, „daß dies das letzte Stück deutscher Erde ist, nach dem unser Sinnen stand[287])".

[281]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 64.
[282]) Nation, 1890, S. 452.
[283]) Schneidewin: System Caprivi, S. 76.
[284]) Arndt: a. a. O. S. 89.
[285]) Arndt: a. a. O. S. 41—50.
[286]) Nation, 1890, S. 606.
[287]) Schneidewin: System Caprivi, S. 49.

### Interparlamentarische Konferenz.

Weniger bekannt sind die Bestrebungen um internationale Verständigungsmöglichkeiten vor der ersten Konferenz im Haag 1899. Der Freisinn hatte sich an diesen interparlamentarischen Konferenzen als stärkste deutsche Abordnung beteiligt. Im Jahre 1891 wird Deutschland von zwölf Freisinnigen und vier Nationalliberalen vertreten. Als Ziel dieser Konferenz bezeichnet die „Nation" Friedensbestrebungen, wie Schutz des Privateigentums zur See, im Kriegsfall ein internationales Schiedsgericht. Im Anschluß an die Konferenz vom Jahre 1890 wird zur Vertiefung dieser Bestrebungen ein national-parlamentarisches Komitee gebildet, an dessen Spitze Karl Baumbach tritt[288]). Die interparlamentarischen Konferenzen sind beachtenswerte Vorläufer von Einrichtungen, die jetzt Selbstverständlichkeit sind.

## IV. Wirtschaftspolitik.

Die traditionelle Wirtschaftsauffassung des Liberalismus geht auf die klassische englische Nationalökonomie zurück. Sie sieht in dem Selbsterhaltungstrieb des Einzelnen, in seiner Kenntnis der eigenen Verhältnisse, die beste Gewähr für Höchstleistung und Förderung des Gesamtinteresses. Für sie ist der Staat lediglich Sicherheitsgarant, dessen Einmischung in Wirtschaftsfragen nicht gewünscht wird. Der auf seine Kräfte pochende Freihändler ist sich selbst genug. Deutschland geht diesen wirtschaftlichen Weg von der Kräftezusammenfassung im Zollverein bis zum Dezember 1879, also einer Epoche staatlichen und wirtschaftlichen Aufstiegs.

### Zölle und Verbrauchssteuern.

Erst als die Zusammenhänge des Welthandels täglich nicht nur stärker werden sondern auch zu Krisenerscheinungen führen, gerät die Selbstverständlichkeit des freihändlerischen Prinzips ins Wanken. Die Regierung Bismarck errichtet durch die Zolltarifgesetzgebung von 1879 gegen den Weltmarkt Schranken. Sie sucht den Inlandsmarkt durch Einfuhrdrosselung aller derjenigen Produkte zu stärken, die auf ihm ohne weiteres erhältlich sind (Getreide, Vieh, Eier, Butter, Fleisch, Eisen, Hölzer) und unterstreicht diese Tendenz, die nationale Wirtschaft zur Anspannung ihrer Kräfte aufzurufen, durch Erhöhung der Finanzzölle auf ausländische Genußmittel wie Kaffee, Ölfrüchte, Tee usw.[289]). Ein Teil der Li-

[288]) Nation, 1891, Nr. 9 und 13; Nation, 1892, Nr. 44 und 49.
[289]) Wenk: a. a. O. S. 253.

beralen anerkennt nachträglich eine gewisse Notwendigkeit dieser staatlichen Maßnahmen dadurch, daß er sie billigt und unterstützt (Heidelberger Erklärung der Nationalliberalen). Die liberale Mehrheit aber findet sich aus Opposition gegen die staatliche Wirtschaftspolitik in der Deutsch-Freisinnigen Partei zusammen und bringt das auch in ihrem Programm zum Ausdruck[290]).

Dem Schutzzoll hält sie entgegen, daß er Verteuerung bringt und auf dem Ärmeren, der fünfzig bis sechzig Prozent seines Einkommens für die Ernährung ausgeben muß, lastet. „Sein (des Zoll) Zweck ist, wenn anders er nicht als bloßer Finanzzoll dem Staate Einnahmen zuführen soll, das Inlandserzeugnis zu schützen, das heißt, es billigeren Auslandspreisen gegenüber konkurrenzfähiger zu erhalten. Dieser Schutz wird nur durch einen höheren Preis gewährt. Ein Schutzzoll, der die Inlandspreise nicht erhöhte, hätte seinen Zweck verfehlt[291])." Auch der Landwirtschaft ist nach freisinniger Auffassung mit Zöllen wenig gedient. „Agrarzölle aber tragen das unheimliche Schicksal in sich, daß sie, um dauernd eine Wirkung auszuüben, immer weiter in die Höhe geschraubt werden müssen, daß also die Opfer wachsen . . . . Die steigende Betriebsergiebigkeit setzt sich nämlich sehr bald in höhere Landgüterpreise um und dann beginnt das Spiel der Einkommensverschiebung von neuem[292])." Wichtiger Gesichtspunkt für die ablehnende Haltung der Partei ist weiter, daß die Regierung durch Zolleinnahmen vom Budgetrecht des Reichstages in starkem Maße unabhängig wird und vor allem, daß der Schutzzoll des Inlandes den Trutzzoll des Auslandes auslöst. Die freisinnige Einstellung erweist sich als begründet. Schon 1885 muß die Regierung in Nachtragsnovellen den Roggenzoll von M. 1,— auf 3,— und 1887 sogar auf M. 5,— erhöhen. Die Heraufsetzung der anderen Getreidezölle erfolgt entsprechend. Das zeigt, daß die Nahrungsmittelpreise nicht beständig geblieben sind und einer Neuregelung bedurften[293]). Aus den Wähler-, — nicht Abgeordnetenzahlen — ergibt sich die Unzufriedenheit der Masse mit dieser Brotverteuerung[294]). Bis in diejenigen Agrarkreise hinein geht die Front der Antizöllner, denen die Zollnovellen die für die Viehhaltung notwendigen Futtermittel verteuern. Der schon erwähnte deutsche Städtetag von 1879 hatte die Bildung einer Antikornzoll-Liga be-

---

[290]) Siehe Seite 19 ff. der Arbeit.
[291]) Pachnicke: a. a. O. S. 68.
[292]) Pachnicke: a. a. O. S. 48.
[293]) Poschinger: a. a. O. S. 188; Delbrück: a. a. O. S. 241.
[294]) Siehe Specht-Schwabe a. a. O.

schlossen[295]). Der Zoll auf Getreide, dem täglichen Brot, steht im Mittelpunkt des Kampfes. Bismarck selbst, der Landwirt, tritt im Reichstag für seine Erhöhung ein.

Weitere Streitobjekte unterstreichen die grundsätzliche, über die Tagespolitik hinausgehende Bedeutung dieser Auseinandersetzung. Im Jahre 1882 kämpft der Kanzler vergeblich für ein Reichstabakmonopol. Auch ein 1886 beantragtes Branntweinmonopol wird vom Reichstag abgelehnt. Dagegen setzt die Regierung 1887 ein Branntweingesetz durch, das die Branntweinherstellung kontingentiert und Verbrauchsabgaben — niedriger im Rahmen des Kontingents und höher bei darüber hinausgehender Fabrikation — festsetzt. Die „Liebesgabe" an die Brenner wird darin gesehen, daß dem Handelspreis des Branntweins die höhere Verbrauchsabgabe zugrundeliegt. Im gleichen Jahre wird für Rübenzucker neben Steuerverdoppelung eine Verbrauchsabgabe und Ausfuhrvergütung festgesetzt[296]). Insbesondere die Ausfuhrvergütung ist für die Liberalen die Berücksichtigung von Sonderinteressen der Zuckerindustrie. Die Freisinnige Partei stimmt gegen beide Vorlagen. Es sei vorweg genommen, daß unter Caprivi die Zuckersteuer beseitigt und die Ausfuhrprämie eingeschränkt wird[297]).

Zwei Wirtschaftsauffassungen stehen sich gegenüber, deren eine sich in der Praxis zu bewähren hat, während die andere gemäß dem System den Beweis schuldig bleibt, ob sie unter den gleichen Voraussetzungen erfolgreicher gewesen wäre. Bismarcks Politik verhindert jedenfalls nicht, daß auch bei den hohen Roherträgen der Zölle die Reichschuld von 1881—1889 um 319,2 Millionen auf 1118 Millionen ansteigt[298]), daß die Landwirtschaft von 1880—1890 Notjahre erlebt[299]), daß der deutsche Export nach Rußland (dem Getreideland, deshalb Trutzzoll) in den Jahren 1880—1887 von 228 auf 131 Millionen Mark zurückgeht. Sie bewirkt allerdings, daß die Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft sich in zwanzig Jahren um zweihundertzwölf Prozent steigert[300]). Die Mißernten von 1889, 1890 und 1891 werfen alle Berechnungen der Regierung vollends um. Am 17. November 1891 stellt die „Nation" bei Wiedereröffnung des Reichstages fest, daß der Roggen eine seit Menschenalter nicht dagewesene Preishöhe erreicht hat.

---

[295]) Gebhardt: a. a. O. S. 100.
[296]) Wenk: a. a. O. S. 137,140; Pachnicke: a. a. O. S. 65, 72.
[297]) Nation, 1891, Nr. 31, 33.
[298]) Wenk: a. a. O. S. 150.
[299]) Stillich: a. a. O. S. 170.
[300]) Pachnicke: a. a. O. S. 46.

Die Beunruhigung wird durch Nachrichten aus Rußland über eine dort herrschende Hungersnot und das sich daran anschließende Ausfuhrverbot für Roggen noch verstärkt. Als im Preußischen Abgeordnetenhaus trotz des inzwischen eingetretenen Regierungswechsels auch die vorübergehende Suspension der Zölle auf den Widerstand der Regierung stößt, beginnt die Antizollagitation in Volksversammlungen und durch Resolutionen. Während das Mittel der Volksversammlung hauptsächlich von der Sozialdemokratie benutzt wird, arbeiten die Freisinnigen mit Resolutionen, z. B. des Südwestdeutschen Parteitages im Mai 1891, des Stadtrats in Posen und der Kaufmannschaft in Stettin[301]). Die Forderung nach Getreideeinfuhr wird dringend erhoben, da nach den Feststellungen der Regierung die Getreidevorräte vom Feststellungsmonat Mai an gerechnet bis zum Herbst nicht mehr ausreichen. Dem Vorwurf, daß die Freisinnige Partei mit ihrer Forderung lediglich falsche Hoffnungen erwecke, begegnet sie mit der Erklärung, daß sie nur „ausgesprochen, was jedermann gedacht haben würde, wenn es auch niemand ausgesprochen hätte[302])". Wie groß die tatsächliche Not ist, zeigt der von konservativer Seite (Graf Kanitz) vorgebrachte Wunsch nach provisorischer Beseitigung der Zölle[303]).

### Die Handelsverträge.

In diese Situation greift die Handelsvertragspolitik des neuen Reichskanzlers ein. Durch Abschluß von Handelsverträgen will er das bereits international gehandhabte Schutzzollsystem stoppen, indem er durch vertraglich festgesetzte Zollherabsetzungen und Vorzugszölle die wirtschaftliche Verbindung der einzelnen Länder schafft. Durchaus im Sinne der Freisinnigen wird die neue Politik begründet. „Die Erhöhung der Zölle auf fünf Mark war eine Kraftprobe; und ich glaube, diese Kraftprobe ist nicht zu Gunsten des Staates ausgefallen . . . . man hat den Bogen überspannt[304])." Der Landwirtschaft erklärt der Kanzler, daß „ihre Stellung im Staatsleben dadurch in keiner Weise berührt wird; wenn sie berührt wird, wird sie höchstens verbessert, denn sie hat zahlreicheren Absatz[305])". Bei der Beratung der Handelsverträge stellt der Kanzler fest: „wir standen vor der Frage, entweder Waren zu ex-

[301]) Nation, 1891, Nr. 36 und 48.
[302]) Nation, 1891, Nr. 35.
[303]) Arndt: a. a. O. S. 301.
[304]) Arndt: a. a. O. S. 172.
[305]) Barth: a. a. O. S. 183.

portieren oder Menschen zu exportieren. Die Regierung kann sich nur dafür entscheiden, die Menschen im Lande zu behalten und die Waren zu exportieren[306])." Die Freisinnige Partei nimmt die Handelsverträge mit Zufriedenheit auf. Sie gibt sich zwar „in anbetracht der geringen tatsächlichen Ermäßigung der Schutzzölle in dem Zolltarif der vertragschließenden Staaten" keinen Illusionen über die Tragweite der Zollherabsetzung hin[307])". Sie wertet aber die moralische und politische Wirkung dieses Werks des zweiten Reichskanzlers. Zum erstenmal besteht auch in der Sache eine absolute Bundesgenossenschaft des Freisinns mit der Regierung .... Zwar muß Caprivi gegen das Störungsfeuer der freisinnigen Anträge im Parlament Verwahrung einlegen, weil dadurch der Wert der Kompensationsobjekte vermindert wird[308]). Dafür kann er aber die Abwehr der agrarischen Angriffe auf seine Politik fast völlig dem Freisinn überlassen. Die „Nation" wendet sich scharf gegen die „agrarische Begehrlichkeit" und spricht vom „gesunden Schutzzollsystem, bei dem ganze Schichten der Bevölkerung einem nach konservativer Auffassung jedenfalls auch gesunden, mehr oder weniger starkem Hunger unterworfen werden[309])." Den schon erwähnten konservativen Antrag über die provisorische Herabsetzung der Zölle kennzeichnet der Freisinn als Scheinantrag, weil er die dauernde Herabsetzung durch die Handelsverträge mit einer zeitbemessenen zu umgehen versucht. In der Zeit vom 10. bis 18. Dezember 1891 werden die Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien und Belgien abgeschlossen. Als danach Verhandlungen auch mit Rußland aufgenommen werden, erreicht die agrarische Gegenagitation ihren Höhepunkt. Um die darin aufgehenden Kräfte zusammenzufassen und gleichzeitig nutzlose Auswüchse zu beseitigen, gründen Landwirte aus allen Teilen des Reiches am 18. Februar 1893 im Tivolisaal zu Berlin den Bund der Landwirte. Im gleichen Zeitpunkt findet in Berlin die berühmt gewordene landwirtschaftliche Woche statt, von der die „Nation" feststellt, daß unter fünf verschiedenen Namen die gleichen Organisationen aufmarschieren[310]). Caprivi ist damit der indirekte Begründer der großen Organisation der Landwirte geworden. Für Theodor Barth ist es „die bei weitem gefährlichste Menschenklasse im deutschen Lande[311])". Die

[306]) Gothein: Caprivi, S. 123.
[307]) Nation, 1891, Nr. 11.
[308]) Arndt: a. a. O. S. 87; Gothein: a. a. O. S. 101; Nation, 1891, Nr. 16.
[309]) Nation, 1891, Nr. 47.
[310]) Nation, 1893, Nr. 22.
[311]) Nation, 1893, Nr. 28.

durch die Handelsverträge herbeigeführte Kursänderung in der Wirtschaftspolitik Deutschlands kennzeichnet Theodor Barth zusammenfassend „immerhin haben die jetzigen Verträge das Gute, daß sie ein weiteres Zurücksinken in die Schutzzöllnerei für zwölf Jahre unmöglich machen, daß sie dadurch jede reformatorische Bewegung zwingen, einen freihändlerischen Charakter anzunehmen, daß sie auf diese Weise die öffentliche Meinung in unserem Sinne günstig beeinflussen und daß sie endlich das Gefühl einer gewissen Wirtschaftssolidarität unter politisch befreundeten Völkern stärken“[312]).

## Die Miquelsche Steuerreform.

Die direkte Steuer ist im deutschen Kaiserreich hauptsächlich Sache der Länder. Sie wird deshalb von der Fortbildung nach 1870 auf allen Gebieten nur wenig berührt, bis der Nationalliberale Miquel als preußischer Finanzminister seine große Steuerreform von 1890—1891 durchführt. Sie bringt in der Hauptsache eine Abänderung der Erbschaftssteuergesetze, eine Änderung des Gesetzes über die Überweisung von Zolleingängen an die Kommunen, eine später hinzutretende Gewerbesteuerermäßigung und die sehr wichtige Vorlage für ein preußisches Einkommensteuergesetz. Die Freisinnige Partei tritt als fast einzige Gruppe des preußischen Abgeordnetenhauses in immer stärker werdender Opposition der ganzen Steuerreform entgegen. Sie beanstandet, daß die Steuererhöhung sofort und die Senkung erst im Laufe der Jahre eintreten soll[313]). Sie ist weiter mit der Überlassung der Grundsteuer an die Kommunen nicht einverstanden, weil damit ein Geschenk an die Gutsbesitzer, die keiner Kommune, sondern dem Gutsbezirk angehören, verbunden ist. Sie sieht also in dieser Seite der Steuerreform eine Bevorzugung des Grundkapitals gegenüber dem mobilen Kapital[314]). Den gleichen Vorwurf erhebt sie gegen das Einkommensteuergesetz, das von der „Freisinnigen Zeitung“[315]) sofort als unannehmbar bezeichnet wird. Und hier erfolgt eine für die freisinnige Oppositionsstellung charakteristische Äußerung. „Darüber, daß man Geld ohne Not bewilligt, kann ein liberal denkender Mensch nicht hinwegkommen.“*) Die als Gegenforderung

---

[312]) Nation, 1891, Nr. 12.
[313]) Nation, 1890, Nr. 9.
[314]) Massow: a. a. O. S. 112.
[315]) Freisinnige Zeitung vom 15. 1. 1891.
*) Die Einkommensteuer sollte einen Überschuß von 15 Millionen Mark einbringen. (Zitat nach Nation, 1891, Nr. 22.)

gleichzeitig mit der Steuer gewünschte Wahlrechtsreform ist schon erwähnt. Die Partei sagt bei Annahme der Gegenforderung auch die Annahme der Steuerreform zu. Sie gibt zweifellos damit zu erkennen, daß sie sich der Regierung gegenüber nicht verpflichtet fühlt. In der Schlußabstimmung 1893 wird noch einmal betont, daß sich das Nein der Partei nicht gegen die Grundgedanken der Vorlage, sondern gegen die Ausführung dieser Grundgedanken richte. Dem Schöpfer der Vorlage gibt man zu erkennen, „daß die freisinnige Partei sich zu keinem anderen Minister in so scharfem Gegensatz befindet, wie zu Herrn Miquel“[316]). Die Ablehnung zeigt zweifellos eine freisinnige Opposition lediglich um der Opposition willen.

## V. Sozialpolitik

Basis der liberalen Sozialpolitik ist gemäß dem freisinnigen Parteiprogramm die „bestehende Wirtschaftsordnung“. In ihrem Rahmen soll auch der Arbeiter alle seine Kräfte frei spielen lassen und wie alle anderen Berufsausübenden seine eigenen Interessen wahrnehmen können. Weder darf der Staat sein Wohlfahrtspfleger noch sein Bundesgenosse sein. Die Voraussetzung für diese Arbeiterselbsthilfe ist in der Gewerbeordnung von 1869 durch die Koalitionsfreiheit geschaffen. Den Antrieb zur Aufhebung der Koalitionsverbote hatten damals die liberalen Gruppen gegeben[317]).

### Die Hirsch-Duncker-Gewerkvereine

Zu den frühesten Arbeiterzusammenschlüssen gehören die nach englischem Muster gebildeten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit einer rein liberalen Tendenz. Es ist schon gesagt, daß der Gründer Dr. Max Hirsch Mitglied der Freisinnigen Reichstagsfraktion ist. In den einzelnen Gewerkvereinen sind zusammengefaßt: Maschinenbau- und Metallarbeiter, Fabrik- und Handarbeiter, Kaufleute, Holzarbeiter, Schuhmacher und Lederarbeiter, Textilarbeiter, Schneider, graphische Berufe und Maler, Töpfer, Bauhandwerker, Frauen und Mädchen, Zigarren- und Tabakarbeiter, Bergarbeiter, Bildhauer, Konditoren, Schiffszimmerer, Brauer, Reepschläger, Gemeindearbeiter, Steinarbeiter, Eisenbahner, Wagner und Maschinisten. Zu der Vielzahl der Berufsvereine steht die Ziffer der Gesamtmitgliedschaft in keinem Verhältnis. 1891 bekennen sich zu Hirsch-Duncker dreiundsechzigtausend Arbeiter.

316) Nation, 1893, Nr. 17.
317) Pachnicke: a. a. O. S. 79.

Die Zahl ist auch in späteren Jahren nie wesentlich über hunderttausend gestiegen[318]). Die liberalen Gewerkvereine sind also zahlenmäßig nicht zu werten, sie fallen gegenüber den sozialistischen freien Gewerkschaften gar nicht ins Gewicht. Daß Mißlingen dieses Versuches liberaler Sozialpolitik ist wohl mit auf die mangelnde Unterstützung seitens der politischen Parteien zurückzuführen, zeigt aber in der Hauptsache, daß die Wirtschaftsauffassungen des Liberalismus in der Arbeiterschaft weder Werbekraft haben noch Verständnis finden.

### Arbeiterversicherungsgesetzgebung

In die Zeit der Freisinnigen Partei fallen zwei Perioden der Sozialpolitik, in denen die Partei ihre Auffassung — allerdings zu langsam — auch fortbildet. Im Programm von 1884 bekämpft sie den „Staatssozialismus". Die Kampfansage ist gegen die parallel zum Sozialistengesetz laufende Bismarcksche Arbeiterversicherungsgesetzgebung gerichtet. Im Juni 1881 geht dem deutschen Reichstag der erste Entwurf über ein Unfallversicherungsgesetz zu. Ihm folgen im gleichen Jahre (17. November) und am 14. April 1883 richtunggebende kaiserliche Botschaften über die Sozialreformpläne des Staates. Bis Juli 1887 ist dann die Unfallversicherung auf alle Arbeitergruppen ausgedehnt und eine Krankenversicherung hinzugetreten. Die wichtigsten Daten dieser Gesetzgebung sind:

24. Mai 1884 Unfallversicherung für Bauarbeiter

1. Dezember 1884 Krankenversicherungsgesetz

28. Mai 1885 Unfallversicherung für Arbeiter im Transportgewerbe

15. März 1886 Unfallversicherung für die im Betrieb verunglückten Beamten und Personen des Soldatenstandes

9. April 1886 Unfallversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter

11. und 13. Juli 1887 Unfallversicherung für die bei Bauten beschäftigten, für Seeleute und andere in der Seeschiffahrt tätigen Personen[319])

Hinzu kommt am 24. Mai 1889 das Gesetz über die Alters- und Invalidenrente, das erst nach Bismarcks Entlassung am 1. Januar 1891 in Kraft tritt. Eine Erörterung der Gesetzesinhalte soll nur

---

[318]) Wenck: a. a. O. S. 279—80.

[319]) Blum: a. a. O. S. 86—87; Klein-Hattingen: a. a. O. S. 341 ff. Albert Grimpen: Zeittafel der Weltgeschichte.

soweit erfolgen, als es für das Verständnis der freisinnigen Haltung erforderlich ist.

Die Gesetze bringen einen Versicherungszwang für alle in ihnen genannten Beschäftigten. Die Versicherungen sind staatlich, Abwicklungsstellen sind Orts- und Betriebskrankenkassen, Versicherungsanstalten und andere. Die Aufbringung der Mittel erfolgt bei den Krankenkassen durch nach Krankheitsgefahr abgestufte Beiträge von denen zwei Drittel der Arbeitnehmer und ein Drittel der Arbeitgeber zahlt, bei den Unfallversicherungen ausschließlich durch die Arbeitgeber, die sich zu diesem Zweck in Berufsgenossenschaften zusammenschließen, bei der Invaliditäts- und Altersversicherung durch Reichszuschuß und Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Beitragszahlung erfolgt durch Kleben von Marken[320]). Diese Formen sind vielfach auch jetzt noch gebräuchlich.

Die Freisinnige Partei hat gegen alle Gesetzesvorlagen gestimmt. Aus einem von den Liberalen eingebrachten Gesetzesentwurf über die Unfallversicherung im Januar 1882 ergeben sich die Gründe dafür. Eine Zwangsversicherung widerspricht der liberalen Grundauffassung. An ihre Stelle sollte die freiwillige treten. Außerdem darf nach freisinniger Auffassung Versicherungsträger nicht der Staat sondern nur eine Privatgesellschaft sein, bei der am besten der Arbeitgeber seine Arbeitnehmer versichert. Der Staat könne einmal die Privatinitiative nicht ausschalten und solle auch den Versicherten nicht an den Gedanken gewöhnen, die Hilfe vom Staat zu erwarten und auf eigene Kräfteanspannung zu verzichten. Ein wenig verständlich wird diese Haltung der Partei beziehungsweise ihrer Wähler, wenn man bedenkt, daß zunächst der erste Eindruck der Gesetze der einer neuen Belastung ohne Nutzen ist. Z. B. wird gegen das „Klebegesetz" mit Petitionen gearbeitet[321]). Das Volk nimmt das Kleben der Versicherungsmarken als Unbequemlichkeit auf[322]). Anders könnte man auch Warnungen, wie etwa die nachfolgende vor dem Alters- und Invalidengesetz nicht verstehen. „Daß das Gesetz, so wie es vorliegt, nicht glatt und heilsam wird funktionieren können, steht außer Zweifel; darüber sind die Gegner wie die Befürworter des Staatssozialismus einig."[323]) Oder es wird behauptet, daß das Gesetz das Landvolk so vor den Kopf stoße, „daß wir bei den nächsten Wahlen absonderliche Dinge erleben können"[324]). Zur freisinnigen

[320]) Wenck: a. a. O. S. 291 ff.
[321]) Nation, 1892, Nr. 7.
[322]) Brandenburg: a. a. O. S. 23.
[323]) Nation, 1890, Nr. 1.
[324]) Nation, 1891, Nr. 10.

Ablehnung des Invaliditätsversicherungsgesetzes nimmt Bismarck in der letzten von ihm gehaltenen Reichstagsrede am 18. Mai 1889 Stellung: „Ich habe mich auch darüber nicht gewundert, daß die Herren von der Freisinnigen Partei dagegen stimmen“ ..., denn seit mehr als einem Vierteljahrhundert haben die Herren „nie eine Zustimmung für irgendetwas gehabt, von der Reichsverfassung an bis zur heutigen Vorlage“[325]). Auch noch Caprivi stößt mit Richter zusammen, als die freisinnigen Warnungen vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht abreißen wollen[326]).

### Arbeiterschutzgesetzgebung

Die zweite Periode der für die Freisinnige Partei wichtigen Sozialpolitik fällt zeitlich und auch sachlich mit der Entlassung Bismarcks und dem Aufhören des Sozialistengesetzes zusammen. Wiederum bilden kaiserliche Erlasse die Einleitung, diesmal aber in einer so fortentwickelten Form, daß der junge Kaiser und der alte Kanzler sich dabei trennen. Die Deutsch-Freisinnige Partei trägt der Entwicklung bereits dadurch Rechnung, daß sie in ihrem Wahlaufruf von 1890 die im Programm enthaltene Bekämpfung des Staatssozialismus durch die Forderung nach freien Arbeiterschutzeinrichtungen und einer Arbeiterschutzgesetzgebung ersetzt[327]). Mit dieser Verbindung von Selbsthilfe und Staatshilfe hat die Partei eine grundsätzliche Schwenkung vollzogen und sich der Kompromißpolitik der Nationalliberalen genähert.

Neben der Erkenntnis der sozialen Sachlage dürfte der neue Kurs der Reichspolitik die Räumung der Oppositionsstellung mit bewirkt haben. Die ihn einleitende Aufgabe des Sozialistengesetzes durch den Kaiser selbst liegt im Sinne des Freisinns. Der kaiserliche Schiedsspruch im rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreit im Mai 1889 ist ein ganz neuer, geradezu unerhörter Faktor, den jede Partei des deutschen Reichstages berücksichtigen muß. Es war bis dahin noch nicht vorgekommen, daß das Staatsoberhaupt an einem Tage eine Abordnung der Streikenden (14. Mai) und dann (16. Mai) eine der Grubenbesitzer empfängt und selbstverständlich die Einigung erreicht[328]). Der Unterschied zwischen dieser Methode und der des Sozialistengesetzes ist zu groß, als daß er näher erörtert zu werden braucht, und ebenso ist offensichtlich, daß einer liberalen Partei der neue Weg entschieden genehmer

[325]) Blum: a. a. O. S. 103.
[326]) Nation, 1890, S. 22. Arndt: a. a. O. S. 84—85.
[327]) Peitz: a. a. O. S. 90 ff.
[328]) Massow: a. a. O. S. 95.

ist. Dann „fiel im Anfang des Monats Februar 1890 mitten in die Wahlbewegung, wie ein Blitzschlag, die kaiserliche Berufung der Europäischen Konferenz zur Ordnung der Arbeiterfrage“[329]), auf der außer Rußland und der Türkei alle Staaten vertreten sind. Bismarck bleibt dieser Konferenz fern[330]), und demonstriert damit seine Gegnerschaft zu den sozialpolitischen Plänen des jungen Herrschers. Auch die erste Formulierung dieser Pläne in zwei Entwürfen zu kaiserlichen Erlassen, die der Minister von Bötticher am 24. Januar 1890 dem Kronrat vorlegt, ist ohne Bismarcks Wissen erfolgt. Die Erlasse selbst, die am 4. Februar 1890 im Reichsanzeiger erscheinen, sind zwar von Bismarck redigiert aber ohne ministerielle Gegenzeichnung[331]). Nach alledem sind die Voraussetzungen für eine Zustimmung der Freisinnigen Bismarck-Gegner zur Arbeiterschutzgesetzgebung von 1890 und 1891 günstig. Trotzdem kommt die Starrheit der Oppositionspartei bei allen Beratungen zum Durchbruch. Den Reichsanzeiger-Artikeln vom 28., 29. und 30. März 1890, in denen die kaiserliche Sozialpolitik dargestellt wird, begegnet man im freisinnigen Lager mit größter Skepsis[332]). Man hält sie für den Ausdruck einer gewissen Naivität der neuen Aera. Richter steht auf dem Standpunkt, daß die Partei „durchaus nicht jeder Einwirkung der Staatsgewalt in wirtschaftliche Verhältnisse entgegen“ steht, aber nur, wenn dadurch bestehende Übelstände beseitigt werden[333]). Und die Nation erklärt: „Was das Gebiet des eigentlichen Arbeiterschutzes anlangt, so ist die Freisinnige Partei grundsätzlich nicht behindert, allen in das Gebiet der sozialen Hygiene fallenden gesetzlichen Maßnahmen zuzustimmen. Anders liegt die Sache, sobald man an gesetzliche Maßnahmen kommt, die auf eine staatliche Lohnregulierung abzielen. . . . . Hier wird die Expansionsfähigkeit des freisinnigen Programms ihre Grenzen erreichen, jenseits welcher voraussichtlich ein heftiger Kampf mit dem Sozialismus entbrennen wird[334]).“ Die vielen Einzelheiten der Gesetzesvorlagen, die nur mit viel Zeitaufwand und größter Sorgfalt durchberaten werden können, werden beklagt[335]). „Wo nicht ein eiserner Fraktionszwang eintritt, ist es kaum denkbar, daß zwei Abgeordnete . . . . in allen Fragen

---

[329]) Bamberger: Gesammelte Schriften, Bd. 5, S. 323.
[330]) Gebhardt: a. a. O. S. 128.
[331]) Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, Kp. 5 und 6, insbesondere S. 80.
[332]) Nation, 1890, S. 409.
[333]) Richter: A. B. C., Buch Jahrg. 1892, S. 117.
[334]) Nation, 1890, S. 332.
[335]) Nation, 1890, Nr. 33; Nation, 1891, Nr. 30.

dieselbe Stellung einnehmen[336])." (Anm.) Dem Gesetz selbst, der Schaffung von Gewerbegerichten am 29. Juli 1890 und der Gewerbeordnung vom 9. Mai 1891 stimmt die Freisinnige Partei zuletzt doch zu. Das Gesetz von 1890 sieht im wesentlichen die Einrichtung von gemischten Schlichtungsstellen für Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis, das von 1891 die Sonntagsruhe und eine Neuregelung der Frauen- und Kinderarbeit vor. Das viele Wenn und Aber dieser Zustimmung macht das Urteil von Kulemann zutreffend: „Es ist kaum zu übersehen, wie schädlich sie gewirkt haben . . . . daß die Sozialdemokratie immer mehr die Arbeiterpartei als solche wurde, die einzige, von der die unteren Schichten Hilfe in ihrer Not erwarten, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Partei, die im übrigen wegen ihrer demokratischen Grundauffassung hier zuerst in Betracht gekommen wäre, aus doktrinären Vorurteilen so völlig versagte[337])." Der Freisinnige Liberalismus hat tatsächlich geglaubt, dem Arbeiter in jedem Falle einen Gefallen zu tun, wenn er den konservativen Staat bekämpft, auch dann, wenn dieser Staat sich anschickt, dem Arbeiter Hilfe zu bringen. Liberalismus und Sozialismus gehen aneinander vorbei, wobei die große Schuld bei der Starrheit des Liberalismus zu suchen ist. Daß er danach von Jahr zu Jahr mehr zu einer positiven Mitarbeit an der Arbeitergesetzgebung kommt, läßt ihn die einmal entstandenen Verluste nicht mehr aufholen.

## VI. Die Heeresvorlagen.

Die Heeresausgaben im Etat des Deutschen Reiches betragen:

1881—85 375,1 Millionen Mark,
1886—90 544,2 Millionen Mark,
1891—95 582,2 Millionen Mark[338]).

Sie machen den größten Teil der vom Reichstag bewilligten Ausgaben aus. Es ist schon angedeutet, daß hierin die eigentliche

[336]) Nation, 1891, Nr. 21.

Anm. Kennzeichnend für die Halbheit des freisinnigen Kampfes ist auch ein Kommentar der „Nation" zu einem vom „Vorwärts" veröffentlichten Rundschreiben der Eisenbahnbetriebsämter, in dem zur Herabsetzung der Arbeiterzahlen und Löhne aufgefordert wird. „Dann erntet der Staat, was er gesät hat . . . ein Arbeiter, der von einer Privatbahn entlassen wird, jammert über die schlechten Zeiten. Ein Arbeiter, der aus einem Staatsbetrieb hinausgeworfen wird, kehrt seinen Groll direkt gegen den Staat. Das erlebt die Regierung jetzt . . . und wo sind die Vorteile?" (Nation, 1892, S. 218)

[337]) Kulemann: a. a. O. S. 77.

[338]) Wenck: a. a. O. S. 162.

von der Verfassung gegebene Stärke der Volksvertretung gegenüber der Regierung liegt. Die Fortschrittspartei ist im Kampf um diesen Teil des Budgetrechts entstanden, und die Deutsch-Freisinnige Partei zerbricht in ihm.

### Die Septennatsvorlage von 1887.

In der Zeit ihrer Gründung besteht die Septennatsregelung von 1881, die die Friedenspräsenz auf 427 274 Mann, das ist ein Prozent der Bevölkerung von 1875, bis zum Jahre 1887 festsetzt. Die Fortschrittspartei hatte gegen diese Vorlage gestimmt. Schon am 25. November 1886 geht dem Reichstag der Entwurf eines zweiten Septennats zu, das die Friedenspräsenzstärke auf 468 409 Mann, das ist ein Prozent der Bevölkerung von 1885 erhöht. Die Regierung begründet ihre Forderung in erster Linie mit der französischen Revanchepropaganda, deren Mittelpunkt der neue Kriegsminister General Boulanger ist[339]). Um das zweite Septennat entsteht ein heftiger Kampf. Der Freisinn nimmt dagegen Stellung, weil seine Programmforderungen „Feststellung der Friedenspräsenz innerhalb jeder Legislaturperiode" (also dreijährig, nicht siebenjährig) und „Abkürzung der Dienstzeit" völlig unberücksichtigt bleiben. Es kommt auf Vorschlag der vorberatenden Kommission zu einer Vertagung der Beratungen bis zum 4. Januar 1887. Die Zwischenzeit wird mit Ausnahme der Festtage zu einem beiderseitigen Pressefeldzug benutzt, der mit außerordentlicher Heftigkeit geführt wird. Am 11. Januar beantwortet der freisinnige Parteivorsitzende von Stauffenberg Bismarcks Aufforderung zur Annahme des Septennats mit einem Gegenantrag, der die ganze geforderte Erhöhung vorsieht, aber nur für die drei Jahre einer Legislaturperiode. Der Antrag Stauffenberg wird angenommen und darauf der Reichstag aufgelöst[340]).

Von der Erbitterung, mit der der darauf folgende Septennatswahlkampf insbesondere im Regierungslager geführt wird, war schon die Rede. Sogar der Papst wird gegen das sich ablehnend verhaltende Zentrum zu Hilfe gerufen[341]). Delbrück betont, daß dieser Wahlkampf mit einem neuen Geschlecht geführt wurde, das den Krieg von 1870/71 schon vergessen hatte[342]). Das Ergebnis dieser Wahl ist das schon zahlenmäßig betonte völlige Zusammenschmelzen der Opposition durch den Verlust von siebenundsechzig

[339]) Delbrück: a. a. O., Bd. 5, S. 462.
[340]) Blum: a. a. O. S. 203 ff.
[341]) Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 442.
[342]) Delbrück: a. a. O. S. 419.

Mandaten. Jetzt wird das Septennat von der Kartellmehrheit des neuen Reichstages am 11. März 1887 angenommen. Ein Jahr später, am 6. Februar 1888, wird vom Reichstag das reinen Defensivcharakter tragende Landsturmgesetz gebilligt. Nach ihm sind sechs neue Landsturmjahrgänge zu einer Landwehr zweiten Aufgebotes für die Zeit großer Gefahr umgebildet, die zusammen mit der Landwehr ersten Aufgebotes die kampfbereite Feldarmee bildet. Bismarck betont, daß man Familienväter nicht für einen Angriffskrieg heranziehe und prägt bei der Beratung dieses Gesetzes den berühmten Satz: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt." Das Gesetz ist „ohne Diskussion und einmütig in zweiter und dritter Lesung angenommen worden[343])". Die Zustimmung Rickerts wird von Bismarck durch ein Bravo quittiert[344]). Der Septennatskampf hat den Freisinn in seinem Bestreben, die große liberale Partei zu werden, schwer getroffen, es beinah in das Gegenteil verkehrt, er hätte deshalb wenigstens für die Folgezeit eine Lehre sein müssen.

### Die Vorlage von 1890.

Die Militärvorlage von 1890 ist von Caprivi bei Übernahme des Kanzleramtes bereits vorgefunden und übernommen worden. Schöpfer und eigentlicher Verfechter ist der Kriegsminister von Verdy, dem sein Ministerialdirektor, General Vogel von Falckenstein zur Seite steht. Von diesen beiden preußischen Kabinettsmitgliedern wird die Vorlage in der alten Bismarck'schen Weise vor den Parlamentariern verteidigt. Der General Falckenstein spricht von der Militärpflicht als einer „Ferienkolonie". Er nennt das Heer nicht nur „Volksschule", sondern auch „Volksküche[345])". Die „Nation" stellt fest: „Solche Ausführungen beweisen nur, wie schwer es wird, sich gegenseitig zu verstehen." Sie richtet diese Mahnung an den für die Vorlage immerhin verantwortlichen Kanzler. Die Vorlage verlangt eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um achtzehntausend Mann als ersten Schritt auf dem Wege zur Durchführung einer tatsächlich allgemeinen Wehrpflicht[346]).

Die zahlenmäßige Forderung dieser Vorlage ist weniger ins Gewicht fallend, wie der Umstand, daß die beim Septennat abgegebene Erklärung, die Heeresorganisation sei für absehbare Zeit abgeschlossen, sich als wertlos zeigte[347])". Bekanntlich hat das

[343]) Nation, 1888, Nr. 21, S. 289.
[344]) Blum: a. a. O. S. 44; Poschinger: a. a. O. S. 191.
[345]) Eugen Richter: ABC, Buch 1890, S. 210. Nation, 1890, S. 546.
[346]) Eugen Richter: ABC. Buch 1890, S. 203.
[347]) Hintze: Militärgesetzgebung, S. 51.

Septennat das Bewilligungsrecht des Parlaments für Heeresausgaben auf sieben Jahre ausgeschaltet. Caprivi zieht auch die notwendige Konsequenz, indem er Bismarcks Kampf um das Septennat öffentlich als belanglos hinstellt. „Es ist aber keine Frage, die das Sein oder Nichtsein der Armee in Frage stellt (hört, hört, links)[348])." Damit ist einer Programmforderung der Freisinnigen Partei durchaus entsprochen. Es ist selbstverständlich, daß dem neuen Kanzler bei seiner ersten Heeresvorlage auch die zweite Forderung nach Abkürzung der Dienstzeit unterbreitet wird. Auch hier verhält sich Caprivi durchaus nachgebend, während das Militärwochenblatt, das unter Kontrolle des Kriegsministers redigiert wird, feststellt, daß eine Verkürzung der Dienstzeit nicht beabsichtigt ist, und daß „eine derartige Absicht der Regierung auch nicht im entferntesten vorliegt[349])", erklärt der Kanzler vierzehn Tage nach dem Erscheinen dieses Artikels im Reichstag: „Ich glaube, wenn eine zweijährige Dienstzeit voll geboten würde, wenn dann die Kompensationen gegeben würden, von denen schon gesprochen worden ist, daß dann mancher Soldat dem zustimmen würde[350])." Die Vorlage geht zwar mit Zustimmung des Zentrums gegen die Stimmen der Freisinnigen Partei ohne Einschränkung in der Dienstzeit durch, sie bringt aber abgesehen von der Aufhebung des Septennats zum erstenmal eine auch von Regierungsseite durchaus ernsthaft geführte Erörterung über die Möglichkeiten der Dienstzeitverkürzung. Daß der Kriegsminister vonVerdy trotz der Annahme der Vorlage kurze Zeit später aus dem Amte scheidet, wird ebenfalls mit seinem Widerstand gegen die zweijährige Dienstzeit begründet[351]). Zum erstenmal hat auch Caprivi mit einem Vertreter des Freisinns, dem Abgeordneten Forckenbeck, eine persönliche Unterredung geführt, in der er auf die Schwierigkeiten hinweist, die sich aus einer Ablehnung der Vorlage ergeben könnten. (Rückkehr Bismarcks und Verfassungsexperiment[352]).)

## Die Vorlage von 1892/93.

Daß der Reichskanzler selbst von der Notwendigkeit der Heeresvermehrung überzeugt in sein Amt eingetreten ist, zeigt die zweite Militärvorlage seiner Regierungszeit in den Jahren 1892 und

---

[348]) Arndt: a. a. O. S. 70.
[349]) Wiermann: Deutsche Politik seit Bismarcks Entlassung, S. 322.
[350]) Schneidewin: a. a. O. S. 81.
[351]) Nation, 1890, S. 18, Nr. 2.
[352]) Feder: Bismarcks großes Spiel, S. 446.

1893. Schon fast nach der Verabschiedung der Reform von 1890 setzen Erörterungen und Austausch von Erfahrungen, die sich ergeben haben, ein. Die Regierung versucht vor allem die Möglichkeit einer Durchführung der zweijährigen Dienstzeit zu prüfen. In einem späteren Brief erzählt Caprivi: „Der Lauf der Dinge brachte es mit sich, daß ich schon 1891 darüber Klarheit geben mußte, daß von mir nur eine Vorlage mit zweijähriger Dienstzeit eingebracht werden könnte[353])." Kurz vor dem Bekanntwerden des ganzen Wortlautes der Vorlage faßt die „Nation" die Bedenken zusammen: „Der Widerstand der Freisinnigen Partei gegen die Militärvorlage entspringt deshalb keineswegs dem Wunsche, eine Situation zu schaffen, die es dem jetzigen Reichskanzler unmöglich macht, an seinem Platze zu bleiben. Auch ist der Reiz, in einen neuen Militärkonflikt zu geraten, selbst für die rabiatesten Kampfhähne nicht groß. Trotzdem darf es als sicher angenommen werden, daß die Militärvorlage, wenn sie so eingebracht wird, wie sie an den Bundesrat gelangen soll, auch nicht ein einziges freisinniges Votum erlangen wird. . . . ist er (der Kanzler) mehr Staatsmann als General, so wird er sich eine Rückzugslinie offen halten, was wir im Interesse Deutschlands nur wünschen können[354])." Als der genaue Wortlaut der Vorlage vor der Einbringung bekannt wird, überschreibt Theodor Barth die Stellungnahme dazu „Alea jacta". Er kritisiert die Verbindung von zweijähriger Dienstzeit und zahlenmäßig starker Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, bei der die Ablehnung eines Teiles „ohne Zerstörung des ganzen Planes kaum durchführbar erscheint". „Gerade die überzeugten Anhänger einer zweijährigen Dienstzeit werden gegen diese Vorlage stimmen, und die Gegner jeder Verkürzung der Dienstzeit müssen den Kern einer Majorität bilden, die den Entwurf — innerlich widerstrebend — zum Gesetz erheben würde[355])." Ein neuer Wahlkampf scheint unvermeidlich, zumal der Kanzler von der Pflicht durchdrungen ist, die Vorlage kompromißlos durchzubringen.

Am 23. November 1892 bringt Caprivi die Vorlage in zweistündiger Rede dem Reichstag zur Kenntnis. Er betont das Entgegenkommen der Regierung in der Frage der zweijährigen Dienstzeit. „Die verbündeten Regierungen haben sodann den wirtschaftlichen Interessen der Nation Rechnung tragen wollen und haben sich deshalb entschlossen, die zweijährige Dienstzeit anzu-

[353]) Schneidewin: Briefe Caprivis, S. 145.
[354]) Nation, 1892, Nr. 3, S. 36.
[355]) Nation, 1892, Nr. 5 und 6.

nehmen[356])." Demgegenüber sieht die freisinnige Opposition in der Vorlage die verlangten Kompensationen als „Schraube ohne Ende" an[357]). Text und Begründung zeigen deutlich die Schlüsselstellung, die diesmal die Freisinnige Partei bei einer Militärvorlage einnimmt. Die Frage ist, ob der Freisinn für die Gewährung seiner alten Forderungen eine überaus hohe Mehrausgabe bewilligen will. Der Kanzler stellt sich von vornherein auf die kompromißlose Annahme seiner Vorlage ein. Er ist „von der Notwendigkeit dieser Vorlage für die Fortexistenz Deutschlands so überzeugt, daß, wenn der gesamte Reichstag die Güte haben wollte, mir das nicht geringe Maß seiner Verantwortung auch noch auf die Schultern zu legen, ich bereit wäre, sie allein zu tragen und für die Vorlage einzustehen[358])." Schon bei der ersten parlamentarischen Diskussion über die Vorlage am 30. November 1892 greift Caprivi den Freisinn mit außerordentlicher Schärfe an. „Wenn man auf die Freisinnigen gehört hätte, so wäre Preußens Fahne im Jahre 1866 nicht zum Wehen gekommen[359])." Es ist die große Rede, in der er der Partei die Liste ihrer negativen Abstimmungen vorhält. In einer späteren Rede gibt er sogar deutlich die Schlüsselstellung der Partei zu erkennen. „Während auf der einen Seite gerade die Partei, in deren Geschichte und in deren Richtung es nach meinem Dafürhalten lag und liegen mußte, in dieser Frage mit den verbündeten Regierungen zu gehen, zwar theoretisch die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit anerkannte, aber nicht gewillt war, diejenigen Konsequenzen zu ziehen, mit denen allein die verbündeten Regierungen die zweijährige Dienstzeit annehmen konnten[360])." Sein Gegner auf der Seite der Freisinnigen ist wiederum Eugen Richter, der sich in der „Freisinnigen Zeitung" auf absolute Ablehnung der Vorlage festlegt und dabei von der Voraussetzung ausgeht, daß die zweijährige Dienstzeit auch bei einer Ablehnung sehr bald eingeführt werden muß. Der Kanzler spricht Richter die Sachkenntnis ab[361]). In der Fraktion dagegen wird die Chance des Freisinns auf der einen und die bei einer Ablehnung sich ergebende Schwierigkeit auf der anderen Seite besser erkannt. Schon bei der angeführten großen Rede hält Rickert dem Kanzler entgegen, daß in der Partei „zwei Elemente" seien, und daß man ihr nicht generell den Vorwurf der Negation machen könne (2. De-

[356]) Arndt: Reden Caprivis, S. 245 und 266.
[357]) Nation, 1892, Nr. 9.
[358]) Arndt: a. a. O. S. 285.
[359]) Arndt: a. a. O. S. 272.
[360]) Arndt: a. a. O. S. 327.
[361]) Arndt: a. a. O. S. 279 und 283.

zember 1892). In der achtundzwanzigköpfigen Kommission, der die Vorlage nach der ersten Reichstagsdebatte überwiesen war, enthält sich sogar der freisinnige Sachverständige für Militärfragen Hintze bei einem Antrage Richters auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit ohne Erhöhung der Friedenspräsenz der Stimme[362]). Die Tendenz dieser Fraktionsgruppe kommt in einer späteren Erklärung der „Nation" zum Ausdruck. „Es war nicht ausgeschlossen, daß die zweijährige Dienstzeit, ohne jede Verklausulierung, die an einer Mehrheit noch fehlende Zahl von Reichstagsmitgliedern für das Kompromiß gewinnen werde[363])." Die Vorlage bringt an sich weder verfassungsmäßig noch gesetzmäßig die zweijährige Dienstzeit. Wörtlich heißt es in ihr: „Dieser Durchschnittsstärke liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im allgemeinen zu einem zweijährigen Dienst bei der Fahne herangezogen werden[364])." Diese Fassung ist zweifellos mit Rücksicht auf die Konservativen erfolgt, die erst durch die kaiserliche Billigung der ganzen Vorlage zu einer positiven Haltung gebracht sind. Das Eintreten das Kaisers, auch gegen die der Vorlage widersprechenden hohen Militärs, zeigt ganz klar, daß der Ablehnung ohne weiteres die Reichstagsauflösung folgen muß*).

Die einsetzenden Vermittlungsversuche gehen einmal um die Höhe der geforderten Friedenspräsenz und auch um die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Gegenüber dem von Richter präzisierten Standpunkt „Keinen Mann über die gegenwärtige Friedensstärke", greift das Gefühl, „daß in der Militärfrage ein magerer Vergleich besser sei, als ein fetter Prozeß" bei vielen seiner Fraktionskollegen um sich. Ein im Herbst 1892 von Bennigsen eingebrachter Vorschlag, der statt der geforderten 96 000 Mann eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 42 000 Mann zubilligt, scheitert nicht so sehr an dem Widerstande Richters wie daran, daß er durch einen der Regierung mehr entgegenkommenden des Zentrumsabgeordneten Huene überholt wird. Der Antrag Huene wird von der Regierung gebilligt. Er sieht eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 72 000 Mann vor und außerdem die ge-

---

[362]) Rachfahl: Richter und der Linksliberalismus, S. 356.

[363]) Nation, 1893, Nr. 33.

[364]) Rachfahl: s. oben, S. 355.

*) Bei der Verfechtung der zweijährigen Dienstzeit beruft sich die freisinnige Presse sehr oft auf eine vom Standpunkt des Militärs geschriebene Broschüre des Generals von Boguslawski: „Die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit". Unterstützung ist auch ein von 31 Generälen abgegebenes Gutachten, in dem 21 für die versuchsweise Einführung der zweijährigen Dienstzeit sind.

setzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Dauer der Bewilligung. Um den Antrag Huene werden die Verhandlungen zwischen Bamberger und Barth auf der einen und Caprivi auf der anderen Seite geführt. Es ist festzustellen, daß beide Unterredungen, die eine am 23. April und die andere am 5. Mai, negativ verlaufen. Bamberger sowohl als auch Barth äußern sich ablehnend. Bamberger gibt allerdings zu, daß der Antrag in der freisinnigen Fraktion etwa zehn bis zwölf Zustimmende haben würde, „worunter ich nicht[365])". Auch Barth nennt die Absicht seiner Unterredung mit dem Kanzler: „Ich durfte hoffen, noch eine Anzahl meiner Freunde herüberzuziehen[366]", nachdem er noch am 15. April schreibt: „Die Freisinnigen werden, wie wir hoffen, völlig geschlossen in den Kampf gehen und es nicht an Energie fehlen lassen[367])." Beide Äußerungen sind kennzeichnend für die täglich stärker werdenden Schwierigkeiten, in die die Partei geraten ist. Am 1. Mai findet ein Antrag Althaus, der noch einmal den ablehnenden Standpunkt der Freisinnigen Partei festlegt, in der Fraktionssitzung die Ablehnung von neun Mitgliedern. Am 4. Mai gibt trotzdem Richter die Ablehnung des Antrages Huene durch die freisinnige Fraktion im Reichstag bekannt. Am 5. Mai versucht er in seiner Zeitung auf die abspringenden Kollegen einen Druck auszuüben. „Aus der freisinnigen Partei im Lande und in Berlin erhalten wir eine große Zahl von Kundgebungen und Resolutionen, brieflich und telegraphisch, welche eine große Aufregung und Entrüstung bekunden über die Zeitungsnachricht, daß eine Anzahl Mitglieder der Freisinnigen Partei für den Kompromißantrag Huene stimmen werden[368])." Die Haltung Richters wird teilweise dadurch gerechtfertigt, daß auch im Zentrum nur etwa zehn Abgeordnete sich für den Antrag Huene erklären. Der Versuch, die Entscheidung durch eine Vertagung des Reichstages hinauszuschieben, scheitert charakteristischerweise am Widerstand der Konservativen. Darauf beantragt Richter in der letzten Sitzung des Reichstages am 6. Mai Schluß der Diskussion über die Militärvorlage. Er glaubt gerade in dieser schwierigen Situation eher der Gefolgschaft seiner Fraktion sicher zu sein, als wenn sich weitere Gelegenheit zu Einigungsvorschlägen bietet[369]). Das Abstimmungsergebnis ist eine Ablehnung des Antrages Huene mit 210

---

[365]) Feder: Bambergers Tagebücher, S. 479.
[366]) Nation, 1893, Nr. 33.
[367]) Nation, 1893, Nr. 29.
[368]) Freisinnige Zeitung, Nr. 105, vom 5. Mai 1893.
[369]) Eugen Richters Sprengbombe, S. 10.

gegen 162 Stimmen. Von der Freisinnigen Partei haben die Abgeordneten Brömel, Hintze, Maager, Meyer, Schröder und Siemens für den Antrag gestimmt. Der Abgeordnete Schrader hat nach seinem Votum für den Antrag den Austritt aus der Fraktion angezeigt[370]). Die Abgeordneten Barth und Bamberger haben mit Richter gegen den Antrag gestimmt. Die Regierung beantwortet die Ablehnung sofort mit der Auflösung des Reichstages. Ihre Wahlparole ist der Antrag Huene.

## C.

# Der Auseinanderbruch der Partei.

Noch am gleichen Abend findet die letzte Fraktionssitzung der Deutsch-Freisinnigen Partei statt. Eugen Richter stellt den Antrag auf Ausschluß der sechs Dissentierenden. Er gibt zu, daß ein formeller Verstoß gegen das Programm der Partei nicht vorliegt. Aber gerade die Wahlparole der Regierung macht es der Partei unmöglich, in geteilter Front den Wahlkampf zu führen. Vermittlungsversuche der Abgeordneten Virchow und Bamberger sind vergeblich. Der Antrag wird mit siebenundzwanzig gegen zweiundzwanzig Stimmen angenommen. Die sechzehn mit den Dissentierenden stimmenden Abgeordneten sind der Ansicht, daß man Leute, „die ihrer veränderten Überzeugung durch ein abweichendes Votum Ausdruck gegeben hatten, nicht auszuschließen brauche[371])". Demgegenüber betont Richter: „Mir persönlich wäre ohne die herbeigeführte Trennung jede Fortsetzung einer parlamentarischen und politischen Tätigkeit unmöglich gewesen[372])." Die vom Parteiführer im Anschluß an eine Meinungsverschiedenheit gestellte Vertrauensfrage führt zum Auseinanderbruch der Partei. Beide Teile geben für ihre Haltung Erklärungen ab. Eugen Richter in einer Mitteilung:

„Ein Wahlkampf in gebrochener Linie kann aber unmöglich mit Aussicht auf Erfolg geführt werden. . . . . In der Erörterung hierüber erklärten mehrere Fraktionsmitglieder, daß sie im Falle meines Antrages aus der Fraktion ausscheiden würden. Die Verhandlungen hierüber befestigten mich und andere nur in der schon seit längerer Zeit gesteigerten Überzeugung, daß die Fraktion in ihrer Gesamtheit nicht mehr von derjenigen Einheit der politischen

---

[370]) Freisinnige Zeitung, Nr. 107, vom 7. Mai 1893.
[371]) Nation, 1893, Nr. 33.
[372]) Freisinnige Zeitung, 1893, Nr. 108.

Denkart getragen wird, welche unerläßliche Voraussetzung ist für den Einfluß jeder parlamentarischen Partei und jeder Aktion nach außen[373])."

Theodor Barth:

„Es kam in Betracht, ob innerhalb einer Fraktion in Fragen, die außerhalb der Parteiprinzipien liegen, die Freiheit der Entschließung den einzelnen Mitgliedern beschränkt werden soll, und sodann, ob in diesem Fall eine Frage vorlag, bei der die Spaltung in der Abstimmung ein Ausscheiden aus der Partei erforderte. Ich stand nicht an, in beiden Beziehungen mich auf den verneinenden Standpunkt zu stellen. . . . . Gerade die Naturen mit einer starken Individualität lassen sich nicht gern die Freiheit ihrer Entschließung einschränken[374])"..... Die aus der Partei ausscheidende Gruppe betont die innere Notwendigkeit der Spaltung und begrüßt beinahe die reinliche Scheidung der verschiedenen Naturen: „Wir haben den formalen Zusammenhalt zu hoch bewertet." „Die Deutsch-Freisinnige Fraktion war innerlich längst gespalten[375])." Der Aufruf der Richter-Gruppe dagegen zeigt deutlich die Enttäuschung, und den Willen, durch festen Zusammenhalt der Rumpfpartei darüber hinwegzukommen. „Es würde über meine Kräfte gehen, einen parlamentarischen Feldzug wie in diesem Jahre unter den bisherigen Parteiverhältnissen noch einmal durchzukämpfen... Scharren wir uns allerwärts eng zusammen in dem festen Geist und der treuen Gesinnung der alten Fortschrittspartei, deren sturmerprobtes Banner noch einmal alte Kampfgenossen und jüngere Mitstreiter zusammenführen möge . . . ."

Der Auseinanderbruch beendet das politische Leben von Virchow, Bamberger, Baumbach, Hänel, Siemens und Stauffenberg.

Wie wenig sachliche Meinungsverschiedenheiten bei dem Auseinandergehen der Abgeordneten eine Rolle spielen, zeigt das Fortleben der beiden Gruppen. Die in der Freisinnigen Vereinigung zusammengeschlossenen Dissentierenden veröffentlichen am 10. Mai ihren Wahlaufruf, in dem sie gegen die Militärvorlage Stellung nehmen. Es gibt nach der Trennung noch Delegierte und Landtagsabgeordnete, die beiden Gruppen angehören. Richter bringt, was auch von der „Nation" anerkannt wird, den größten Teil der freisinnigen Vereine im Lande zum Anschluß an seine Gruppe, die Freisinnige Volkspartei. Das ist Beweis dafür, daß auch die Wähler im Lande sich wenig um die Sache

[373]) Nation, 1893, Nr. 33.
[374]) Nation, 1893, Nr. 33.
[375]) Nation, 1893, Nr. 39 und 43.

sondern mehr um die ihnen nahestehenden Personen kümmern. Freisinnige Vereinigung und Freisinnige Volkspartei arbeiten friedlich nebeneinander, bis es in der nächsten Parlamentariergeneration im Jahre 1906 zunächst zu einem Wahlbündnis mit Einschluß der Deutschen Volkspartei und im Jahre 1910 wiederum zu einer Verschmelzung unter dem Namen Fortschrittliche Volkspartei kommt. Bei diesem Zusammenschluß, siebzehn Jahre nach der Spaltung, kann die „Vossische Zeitung" feststellen: „Wenn man gefragt würde, wodurch sich die Freisinnige Volkspartei von der Freisinnigen Vereinigung unterscheidet, man hätte seit Jahren einen Preis auf die zutreffende Antwort setzen können, und sie wäre nicht gefunden worden[376])."

Eine Generation liberaler Parlamentarier, die in sich das Zeug zu beachtenswerter Leistung hatte, schloß sich in der Deutsch-Freisinnigen Partei zusammen, um die Möglichkeit zur Kräfteanwendung und zur Bewährung zu bekommen. Sie hat Unglück gehabt und mußte abtreten, ohne daß ihre Namen mit den Schöpfungen der Zeit wesentlich verknüpft blieben. Eigenes Verschulden liegt dabei insofern vor, als die ausschließliche Beschäftigung mit der Parlamentspolitik eine gewisse Entfremdung gegenüber dem wirklichen Leben mit sich brachte. Kritik wird aus eben diesem Grunde zu oft für positive Arbeit gehalten. Der größte Mißerfolg der Deutsch-Freisinnigen Partei ist, daß sie die Arbeitermassen vollends in die Arme der Sozialdemokratie getrieben hat. Die geschichtliche Bedeutung liegt in der Bildung eines deutschen Linksliberalismus, der auch zum Beispiel darin zum Ausdruck kommt, daß nach 1893 an die Wiedervereinigung mit den Nationalliberalen kein freisinniger Parlamentarier denken kann. Der deutsche Linksliberalismus ist durch die Deutsch-Freisinnigen weltanschaulich und parteimäßig geformt worden. Seine praktische Bewährungszeit allerdings hat er erst in späteren Jahren erlebt.

---

[376]) Vossische Zeitung 1910, Nr. 110.

# Literatur und Quellen


Bachem, Carl: Die Zentrumspartei (Handbuch für Politik, II. Bd.). Berlin und Leipzig 1912/13.
Bamberger, Ludwig: Charakteristiken. Berlin 1894.
Bamberger, Ludwig:: Erinnerungen. Berlin 1899.
Bamberger, Ludwig:: Gesammelte Schriften, Bd. 5 (Sezession). Berlin 1897.
Bamberger, Ludwig:: Die Nachfolge Bismarcks. Berlin 1889.
Barth, Theodor und F. Naumann: Die Erneuerung des Liberalismus. Ein politischer Weckruf. Berlin 1906.
Barth, Theodor: Der Freisinn im Block. Berlin.
Barth, Theodor: Liberalismus und Sozialdemokratie. Berlin 1908.
Barth, Theodor: Politische Portraits. Wien und Bern 1923.
Baumbach, K.: Der deutsche Reichstag, Bd. 1. Breslau 1890.
Bergsträsser, L.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Mannheim 1926.
Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart und Berlin 1922.
Blum, Hans: Fürst Bismarck und seine Zeit, Bd. VI. München 1895.
Boguslawski, v.: Die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit. Berlin 1891.
Borussen: Was für einen Kurs haben wir? Eine politische Zeitbetrachtung. Gotha 1891.
Brandenburg, E.: 50 Jahre Nationalliberale Partei. Berlin 1917.
Busch, M.: Tagebuchblätter, Bd. III. Leipzig.
Bunsen, Marie von: Georg von Bunsen. Berlin 1900.
Caprivi, v.: Die Reden im Deutschen Reichstage, Preußischen Landtage und bei besonderen Anlässen. Berlin 1894.
Chroust, A.: Lebensläufe aus Franken, 2. Band. München 1919.
Delbrück, Hans: Weltgeschichte, Band 5 und Anhang. Berlin 1931.
Dietzel, H.: Das 19. Jahrhundert und die Parteien des Liberalismus. Bonn 1900.
Dix, A.: Die deutschen Reichstagswahlen. Tübingen 1930.
Ebmeyer, v.: Caprivis Entlassung. Aufsatz in: Deutsche Revue, Dezember 1922.
Eckardt, J. V.: Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi. 1920.
Eickhoff, R.: Politische Profile. Erinnerungen an Richter, Schurz und Virchow, 4. Jahrgang. Dresden.
Feder, Ernst: Theodor Barth und der demokratische Gedanke. Gotha 1919.
Feder, Ernst: Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Frankfurt a. M. 1932.
„Frankfurter Zeitung“: Geschichte der „Frankfurter Zeitung“. Volksausgabe 1911.
„Freisinnige Zeitung“: Jahrgänge 1890—1893.
Freytag, Gustav: Politische Aufsätze. Leipzig.
Geis, R.: Der Sturz des Reichskanzlers Caprivi. Berlin 1930.
Gebhardt: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 2. Teil Band I und IX. Berlin 1898/99.
Gothein, G.: Theodor Barth in: Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog. XIV, S. 337—365.

Gothein, G.: Reichskanzler Graf Caprivi, erste kritische Würdigung. München 1918.
Gotzel, Fr. v. d.: Eugen Richters deutschfreisinnige Heldentaten. Berlin 1893.
Gradenwitz, O.: Bismarcks letzter Kampf (Skizzen nach den Akten). 1924.
Grambow, L.: Die deutsche Freiheitspartei zur Zeit ihrer Blüte. Halle 1902.
Grimpen, Alb.: Zeittafel der Weltgeschichte (1866 bis 1910).
Grotewald, Chr.: Die Parteien des deutschen Reichstages. Leipzig 1908.
Hammann, O.: Der neue Kurs. Berlin 1918.
Harden, M.: Köpfe. Berlin 1911.
Hartwig, O.: Ludwig Bamberger, eine biographische Skizze. Marburg 1908.
Haussmann, C.: Der Linksliberalismus (Handbuch für Politik, II. Bd.). Berlin und Leipzig 1912/13.
Heyderhoff, J. und Paul Wentzke: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, II. Bd. Bonn 1926.
Hinze, H.: Die Militärgesetzgebung im Deutschen Reich. Bd. VIII a bis c. Breslau.
Hirsch, Paul: Die Sozialdemokratie (Handbuch für Politik, II. Bd.). Berlin und Leipzig 1912/13.
Hohenlohe: Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe, herausgegeben von Curtius. II. Bd. Stuttgart 1906.
Jastrow, J.: Sozialliberal. Ein Weckruf zu den Landtagswahlen. Berlin 1893.
Jellinek, Walter: Albert Hänel und Schleswig-Holstein (Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 49. Band).
Kalkoff, H.: Nationalliberale Parlamentarier 1864 bis 1917. Berlin.
Klein-Hattingen, O.: Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. Bd. Berlin-Schöneberg 1912.
„Kreuzzeitung": Nr. 134 vom 21. März 1906 (zitiert aus Wochenschrift „Der Deutsche").
Kulemann: Politische Erinnerungen. Berlin 1911.
Lasker, Eduard: Seine Biographie und letzte öffentliche Reden; ferner drei Gedenkblätter von Rickert, Hänel, Gneist und Nekrolog von Baumbach. Stuttgart 1884.
Liman, Paul: Bismarck. Denkwürdigkeiten aus seinen Briefen, Reden und letzten Kundgebungen sowie nach persönlichen Erinnerungen. Berlin 1899.
Massow, W. v.: Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II. Stuttgart, Berlin 1913.
Meyer, A.: Graf v. Caprivi (in: Biographisches Jahrbuch, Bd. 4).
Meyer, A.: Karl Baumbach und Georg von Bunsen (in: Biographisches Jahrbuch, S. 199 und S. 34 ff.).
Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Leipzig 1925.
Mommsen, Wilhelm: Bismarcks Sturz und die Parteien. Stuttgart—Berlin—Leipzig 1924.
Mommsen, Wilhelm: Johannes Miquel, Bd. 1. Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928.
„Nation", die: (Zeitschrift von Theodor Barth), Jahrgänge 1883—1907.
Naumann, Friedrich: Die Leidensgeschichte des deutschen Liberalismus. (In: „Freiheitskämpfe", Gesammelte politische Aufsätze. Berlin-Schöneberg 1911).
Naumann, Friedrich: Die politischen Parteien. Berlin-Schöneberg 1910.
Naumann, Friedrich: Eugen Richter (in: „Die Hilfe" 1906, Nr. 11).

Oncken, Hermann: L. Bamberger, P. J. B. (Preußische Jahrbücher, Bd. 101 Heft 1 vom 1. April 1900.)
Oncken, Hermann: Rudolf von Bennigsen, II. Bd. Stuttgart 1910.
Oncken, Hermann: Max von Forckenbeck (in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 48, S. 630 ff.).
Pachnicke, Hermann: Liberalismus als Kulturpolitik. Berlin 1907.
Parisius, L.: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878.
Peitz, R.: Die Parteien im deutschen Reichstag, ihre Entstehung, Entwicklungen und Bestrebungen. 1892.
Philippson, M.: Max v. Forckenbeck (Männer der Zeit, 6. Bd.). Dresden und Leipzig 1898.
Poschinger, H. v.: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, 3. Bd. Breslau 1896.
Poschinger, Margarethe v.: Kaiser Friedrich, Bd. II. Berlin 1899.
Rachfahl, Felix: Kaiser und Reich (1888—1913). Festschrift zum 25jährigen Regierungsjubiläum. Berlin 1913.
Rachfahl, Felix: Eugen Richter und der Linksliberalismus im neuen Reiche (Zeitschrift für Politik, 5. Bd. S. 261 ff.). 1912.
Richter, Eugen: Im alten Reichstag, 2. Bd. Berlin 1896.
Richter, Eugen: Jugenderinnerungen. Berlin 1893.
Richter, Eugen: Politisches A.B.C.-Buch, Jahrgänge 1884, 1885, 1890—1893, 1895—1896.
Richters, Eugen Sprengbombe und ihre Wirkung. Von einem Freisinnigen. Berlin 1893.
Richter, Eugen: Zu seinem Todestag. Berlin 1906.
Richter, Friedrich: Ein Wort über den Abgeordneten Dr. Eugen Richter. Wittenberge 1892.
Rössler, C.: Die Vorgänge in der inneren Politik seit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. Berlin 1888.
Salomon F.: Die deutschen Parteiprogramme. 1900.
Schneidewin, M.: Briefe des Reichskanzlers von Caprivi, 1933 (in: Deutsche Revue Mai/Juni 1922).
Schneidewin, M.: Das politische System des Reichskanzlers Grafen von Caprivi. Danzig 1904.
Schulte: Erinnerungen an Graf Caprivi (in: Deutsche Revue, 24. Jahrgang, Band 2).
Spahn, Martin: Bismarck. M.-Gladbach 1919.
Specht, F. und Paul Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Berlin 1904.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jahrgänge 1884, 1889, 1890, 1892. Berlin.
Stein, August: Alexander Meyer (in: „Es war alles ganz anders"). 2. Auflage. Frankfurt a. . 1922.
Stillich, O.: Liberalismus. Leipzig 1908.
Ullstein, Leopold: Eugen Richter als Publizist und Herausgeber (in: Wesen der Zeitung II., 1, Leipzig 1930).
Verfassung, Die: . . . . des deutschen Reiches vom 16. April 1871, Leipzig.
„Vossische Zeitung": 1910 Nr. 110; 1913 Nr. 224 Aufsatz über Karl Schrader.
Walcker, Karl: Kritik der deutschen Parteien. Leipzig 1887.
Wenck, M.: Handbuch für liberale Politik. Berlin 1911.
Wiermann, H. (d. i. Hermann Robolski): Deutsche Politik seit Bismarcks Entlassung. Berlin 1893.

# VITA

Als Sohn des Kaufmannes Jakob Rubinstein und seiner Ehefrau Erna geb. Wittenberg bin ich, Adolf Rubinstein, am 30. März 1910 zu Bodschwingken Kreis Goldap in Ostpreußen geboren. Meine Eltern verlegten bereits im Jahre 1911 ihren Wohnsitz nach Lötzen in Ostpreußen. Meine Mutter starb dort 1915.

Von 1918 bis 1928 besuchte ich in Lötzen das Staatliche Gymnasium und erwarb am 22. März 1928 das Zeugnis der Reife. Danach widmete ich mich dem Studium der Philologie (Geschichte, Deutsch, Erdkunde, Philosophie), vom Sommersemester 1928 bis zum Wintersemester 1929—1930 an der Albertus-Universität in Königsberg i. Pr., im Sommersemester 1930 an der Ludwig-Maximilians-Universität München, im Wintersemester 1930—1931 und Sommersemester 1931 an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin und im Sommersemester 1935 an der Universität Basel. Vom Wintersemester 1931 bis zum Sommersemester 1935 war ich teils beurlaubter Student, teils berufstätig. An den verschiedenen von mir besuchten Universitäten war ich insbesondere Schüler der Herren Professoren

Rothfels, Königsberg i. Pr.
Ziesemer, Königsberg i. Pr.
Nadler, Königsberg i. Pr.
A. Schultz, Königsberg i. Pr.
J. Geyser, München
A. von Müller, München
Kutscher, München
H. Oncken, Berlin
E. Caspar, Berlin
Max Herrmann, Berlin
G. Ritter, Basel
H. Schmalenbach, Basel
F. Zinkernagel, Basel

Meine Dissertation ist in Berlin selbständig begonnen und in Basel unter der Leitung von Herrn Professor Gerhard Ritter abgeschlossen worden.

# VITA